

Die Politische Meinung

JUGEND

Was sie will, wohin sie geht

ZUM SCHWERPUNKT Inge Kloepfer, Wie Jugendliche erzogen werden wollen;
Nicola Erny, Brave new brain?; Serap Güler, „Buntscheckige Fetzen“

WEITERE THEMEN Daniel Vernet, Freundschaft plus – fünfzig Jahre Élysée-Vertrag

“

Politikerinnen und Politiker sind keine Feindbilder für Jugendliche, sie sind aber auch keine Hoffnungsträger.
(Marc Calmbach, SINUS-Institut)

Junge Menschen wollen und brauchen die Motivation und Ermunterung. Sie haben ein Recht darauf, dass ihre Eltern und Lehrer ihnen mehr zutrauen als sie sich selbst.

(Inge Kloepfer, Journalistin)

Nach den 68ern, die den Tabubruch zum Programm, fast schon zur Regel gemacht haben, stellt sich die Frage: Gegen was soll die heutige Jugend noch rebellieren, wenn ihre Eltern bereits die revolutionärsten Revolutionäre waren?
(Birgit Schuhbeck, Doktorandin)

Wenn eine Gesellschaft ihre Normen und Werte ändert, dann ist das besonders an der jungen Generation zu erkennen. Sie gibt die Richtung vor, in der sich die Gesellschaft bewegt.
(Thomas Petersen, Allensbach-Institut)

1,7 Millionen gehören zu einer Gruppe von Jugendlichen, die kaum Möglichkeiten für eine berufliche Laufbahn sehen.
(Christine Henry-Huthmacher, Konrad-Adenauer-Stiftung)

Gehrt gar nicht! Man kann Erwachsene nicht unsere Probleme erklären. Die kapieren das nicht, die denken ganz anders.
(Louisa, 14 Jahre)

So viele Unsicherheiten. So viele Unbekannte. So viele Sehnsüchte, Ängste, Hochgefühle, Tiefgefühle. So ein langer Weg, bis man das eigene Ich erkennt, sich akzeptiert.
(Ute Wegmann, Jugendbuchautorin)

“

Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur

Es ist still geworden um die Jugend. In-Ohr-Kopfhörer sind ihre Insignien. Wozu lärmend Aufmerksamkeit erregen, wenn sich die Gefechtsformationen im Generationenkonflikt seltsam verkehrt zu haben scheinen und in die Jahre gekommene Berufsjugendliche – wohl bis zum Abwinken – Rebellentum und zügellose Selbstbestimmung hochleben lassen? Erst recht in einer alternenden Gesellschaft, in der ein klischeebeladener Jugendkult fast panische Züge annimmt, hat es die reale Jugend nicht leicht. So makellos sind sie in Wirklichkeit nämlich nicht – die Jugendlichen, die weiterhin viel mit sich und ihrer Umwelt auszutragen haben. Weil Jugend eine schwierige Lebensphase bleibt, geht man ihr alltags lieber aus dem Weg und überlässt sie der wohlmeinenden Jugendpflege, deren defizitgesteuerter Blick ein weiteres Zerrbild evoziert: Ausbildungsklemme, Akademikerschwemme, Drogen, Missbrauch und Gewalt – Jugendliche sind auch die Problembären der Nation!

Nimmt man das nachlassende zahlenmäßige Gewicht beispielsweise bei Wahlen hinzu, dann läuft alles auf eine Marginalisierung der Jugend hinaus – und das in einer Zeit, in der jeder Jugendliche noch „wertvoller“ ist. Ihm wird die Wahrung des Generationenvertrags mehr abverlangen als uns. Wenn er erfolgreich ist und ihm zum Glück die Welt offensteht, muss seine soziale Rückkopplung an die, die weniger mobil und dynamisch sind, stärker gefestigt sein. Gewinnen wir ihn und seinesgleichen nicht frühzeitig für Politik und Gesellschaft, drohen versteinerte Verhältnisse.

Jugend ist kein Kümmer-, sondern ein Kernthema. Nicht von ungefähr bildet es den Schwerpunkt dieser besonderen Ausgabe unserer Zeitschrift, die erstmals in neuem Layout erscheint und mit jetzt ständig 128 Seiten in sechs Ausgaben jährlich ihre Inhalte noch facettenreicher ausleuchten kann. Gerade das konturenreiche „Untersuchungsobjekt“ Jugend bedarf einer Vielzahl von Perspektiven, auch von Brechungen. Dabei bewahrt das neue Element der „Fotostrecke“ davor, vor lauter Jugenddeutung den individuellen Blick zu verlieren: Mit teils herausfordernder Direktheit treten uns Jugendliche gegenüber, probieren Rollen, testen Posen, entwickeln aber auch Natürlichkeit und Haltung oder werden sich ihrer persönlichen Ausstrahlung und Besonderheit bewusst.

Spannender ist keine Lebensphase! Was wird, ist offen. Aber wie für eine gute Zukunft im Allgemeinen gilt für die Jugend besonders, dass wir die vorhandenen Potenziale nach Kräften fördern müssen!



INHALT

1 EDITORIAL

SCHWERPUNKT

Jugend – was sie will, wohin sie geht

10 WIE JUNGE MENSCHEN ERZOGEN WERDEN WOLLEN

Inge Kloepfer

Gegen der Larmoyanz der Jugenddeuter

15 WIE TICKT DIE JUGEND?

Marc Calmbach

Gesellschaftliches und politisches Interesse junger Menschen in unterschiedlichen Lebenswelten

20 REBEL WITHOUT A CAUSE?

Birgit Schuhbeck

Jugend und Tabubruch

27 BRAVE NEW BRAIN?

Nicola Erny

Junge Menschen kritisieren neue Tendenzen des Hirndopings

39 „BUNTSCHECKIGE FETZEN“

Serap Güler

Junge Menschen zwischen den Kulturen

43 JUGEND IM ABSEITS?

Christine Henry-Huthmacher

Neue Wege zum Berufsabschluss

48 GENERATION Y

Christian Schmidt

Porträt einer neuen Mitarbeitergeneration

54 SPOTLIGHTS

JUGEND WELTWEIT

Kurzberichte aus vier Weltregionen

60 UNPOLITISCH, UNPARTEIISCH, UNBETEILIGT?

Nadine Schön

Social Media statt Stammtisch – ein Blick auf das Verhältnis von Jugend und Politik

66 DER LANGE NACHHALL DER DIKTATUR

Thomas Petersen

Systemprägung und die Rebellion der jungen Generation

74 WAS IST GERECHT?

Jan Schoofs

Programmatische Perspektiven der Jungen Union

86 FRISCH, FROMM, FACEBOOK, FREI

Andreas Jacobs

Ägyptens revolutionäre Jugend zwischen Fremdzuschreibung und Selbststilisierung

92 INTERVIEW: JUGEND IN ZWEI DIKTATUREN

Werner Dolata im Gespräch mit Wolfgang Tischner und Bernd Löhmann

Von der instinktiven Gegnerschaft zum politischen Widerstand

98 JUGEND ALS POLITISCHES SUBJEKT

Christopher Beckmann,
Jürgen Nielsen-Sikora

Deutsche Jugendbewegung von ihren Anfängen bis zum Zweiten Weltkrieg

Kommentiert

79 „GEHT GAR NICHT!“

Ute Wegmann

Wie kann man Erwachsenen die Probleme von Jugendlichen erklären?

Seitenblick Frankreich

107 STREITLUST UND STOLZ

Charles Delamare

Frankreich 2063 Jahre nach dem Gallischen Krieg

111 FREUNDSCHAFT PLUS

Daniel Vernet

Fünfzig Jahre Élysée-Vertrag

Gesehen und Gelesen

34 „KÖNNEN SIE MICH HIER RAUSLASSEN?!“

Stefanie Mathilde Frank

Generationenkonflikte im aktuellen deutschen Spielfilm

117 OBAMA BORGIA?

Michael Böhm

Staatlich sanktionierte Tötungen und die „Individualisierung des Krieges“

120 EXPERIMENT GELUNGEN – PATIENT GESUND?

Michael Borchard

Das Buch zum Dialogprozess der Bundeskanzlerin

Aus der Stiftung

125 DENKER FÜR MORGEN

Elisabeth von Uslar

Projekt für ein „Kaleidoskop der Perspektiven“

128 FUNDSTÜCK



Fotostrecke:
Facetten jugendlicher Individualität –
Porträts vom Finden und Erfinden
der eigenen Persönlichkeit

Fotografen:

Lina Scheynius (Cover)
Chris Steele-Perkins/Magnum Photos/Agentur Focus
Kristin Loschert
Claudia Grassl
Marion Poussier
Joachim Manuel Riederer
Tanja Kernweiss

Jugend

Was sie
will,
wohin sie
geht









Wie junge Menschen erzogen werden wollen

Gegen die Larmoyanz der Jugenddeuter

INGE KLOEPFER

Geboren 1964 in München, Buchautorin und Journalistin. Sie schreibt für die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“. Mit ihrer Tochter Isabel hat sie unlängst das Buch „Glucken, Drachen, Rabenmütter. Wie junge Menschen erzogen werden wollen“ herausgebracht.

Kindheit und Adoleszenz haben in Deutschland ihren Zauber verloren. Zum mindest in der öffentlichen Debatte. Selten wurde so emotional über Kindheit und Jugend diskutiert. Und selten war die Konnotation eine derart negative. An der Kindheit und Jugend, so bipolar, wie sie sich heute abzuspielen scheint, ist offenbar nichts mehr so, wie es

einmal war: Kinder werden – so die Mainstreammeinung – entweder vernachlässigt oder aber überfordert. Die Jugend mäandert zwischen Orientierungslosigkeit und falschen Peers auf der einen und Leistungsdruck und zu viel elterlicher Kontrolle auf der anderen Seite. Dabei mündet jede Welle der öffentlichen Aufregung um Deutschlands Nachwuchs im immer gleichen, zutiefst larmoyanten Fazit: Irgendetwas läuft hierzulande gehörig falsch.

Das wirft (mindestens) drei Fragen auf. Erstens: Entspricht das überhaupt der Wirklichkeit? Zweitens: Was wollen junge Menschen eigentlich? Und drittens: Warum wird Jugend heute so negativ gedeutet?

Wagen wir zunächst eine Gegenthese. Kinder und Jugendliche werden hierzulande seit Jahren unterschätzt: in ihrer Eigenständigkeit, ihrer Widerstandsfähigkeit, in ihrem Abstraktionsvermögen und vor allem in ihrer Leistungsbereitschaft und Lebensfreude. Das Gros der Jugendlichen ist zufrieden, leistungsbereit und vor allem leistungsfähig. Die jungen Menschen sind mehrheitlich weder überfordert noch vernachlässigt. Sie suchen sich Herausforderungen, wollen den Antrieb ihrer Eltern und Lehrer und messen sich darüber hinaus gerne mit ihresgleichen. Sie fühlen sich von ihren Freunden akzeptiert und von ihren Eltern geliebt. Sie feiern ausgiebig, arbeiten viel und haben Spaß am Leben.

Fast tollkühn wirken diese Behauptungen angesichts des aktuellen öffentlichen Diskurses. Aber wenn man Jugendliche der immer noch breiten Mitte unserer Gesellschaft nach ihrem Lebensgefühl befragt, also junge Menschen aus den unterschiedlichsten Lebensräumen und Schichten, die bei Eltern mit gewissen Bildungsambitionen für ihre Kinder aufwachsen, dann bekommt man tatsächlich ihre Energie und Lebensfreude zu spüren. Das jedenfalls ist aus dem Stimmungsbild herauszulesen, das der Feldversuch einer Vierzehnjährigen in Deutschland ergab, in dem Schüler unterschiedlicher Altersklassen und unterschiedlicher Herkunft ausnahmsweise einmal nicht von besorgten Soziologen, geschäftstüchtigen Entwicklungspsychologen oder vermeintlich wohlmeinenden Pädagogen befragt wurden, sondern dieser Vierzehnjährigen und damit ihresgleichen Rede und Antwort standen. Dieser Umfrage lag kein Anfangsverdacht zugrunde, keine der steilen Hypothesen, wie katastrophal es um Deutschlands Jugend bestellt sein könnte, sondern einfach nur die pure Neugierde eines Teenagers: Wie geht es uns und was wollen wir eigentlich?

UNTER DRUCK, ABER GLÜCKLICH

Es gibt Studien wissenschaftlicher Provenienz, die Ähnliches konstatieren – allen voran die 16. Shell-Jugendstudie. Inmitten der Finanz- und Schuldenkrise fördert sie nämlich eine äußerst zuversichtliche junge Generation zutage, die sich weder durch die Wirtschaftskrise noch durch die unsicher gewordenen Berufsverläufe und Perspektiven ihre positive Grundeinstellung nehmen lasse. Mehr noch: „Prägend für diese Generation sind insbesondere eine starke Leistungsorientierung und ein ausgeprägter Sinn für soziale Beziehungen.“ Forscher des Kindermarktforschungsinstituts Iconkids & Youth behaupten, dass Kinder unter enormem Druck stehen, aber erstaunlicherweise dann

doch sehr glücklich sind. Und das Heidelberger SINUS-Institut hat unlängst herausgefunden, dass es „die“ Jugend gar nicht mehr gibt, dass es manchen Gruppen von Jugendlichen schlechter, anderen wiederum besser geht und dass die meisten jungen Leute ihre Zukunft pragmatisch positiv sehen.

SCHWARZMALER HABEN DIE DEUTUNGSHOHEIT

Der Deutungshoheit über die Befindlichkeit von Deutschlands Jugend haben sich aber inzwischen sehr erfolgreich die Schwarzmauer bemächtigt. Aus individuell ganz unterschiedlichen Gründen zeichnen sie ein weit weniger positives Bild. Deutschlands Kinder und Jugendliche könnten gar nicht glücklich sein. Zu viel spräche dagegen: das erhöhte Lebenstempo, der Wettbewerbsdruck einer zunehmend meritokratischen Gesellschaft, die medialen Verlockungen und vor allem fehlgeleitete, überbesorgte Eltern, die ihre Kinder nur mehr zu unmündigen Menschen erzögeln. Mit den Argusaugen, mit denen die Pädagogen, Psychologen, Erziehungsberater und Jugendexperten noch vor ein paar Jahren vor allem die vernachlässigten Kinder und Jugendlichen der *new urban underclass* ins Visier nahmen, beobachten sie jetzt den Nachwuchs der Mittelschicht. Sie haben längst eine neue Debatte entfacht, in der der Alarmismus wieder keine Grenzen kennt: Kinder und Jugendliche litt unter Leistungsdruck, verursacht durch überambitionierte, rücksichtslose Eltern und eine Bildungspolitik, die dem Nachwuchs angeblich die Möglichkeit genommen habe, die Welt in seiner eigenen Geschwindigkeit zu entdecken. Kinder würden regelrecht zu Strebern erzogen, Leistung werde mit Bildung verwechselt. Die Jugend jage Zusatzqualifikationen hinterher, um sich am Ende mit ihrer Zielstrebigkeit eine Biedermeieridylle mit Häuschen und solidem Einkommen zu erarbeiten (Marktforschungsinstitut Rheingold). Es herrscht die felsenfeste Überzeugung, dass Kinder heute nicht mehr Kinder sein dürfen und Teenager nicht mehr echte Teenager, so wie wir damals.

Derartige Deutungsversuche bringen nicht weiter. Im Gegenteil: Sie sind nachgerade gefährlich. Sie stellen das Kindeswohl in Frage und stoßen damit das Einfallstor in die Familien ganz weit auf. Sollten sie irgendwann den Common Sense dominieren, würden sie bildungspolitische Richtungsentscheidungen nach sich ziehen, die an den Bedürfnissen junger Menschen vorbeiging. Wer wissen möchte, wie junge Menschen in Deutschland ihr Leben einschätzen und wie sie erzogen werden wollen, sollte sich auf ein Spiel mit unterschiedlichen Perspektiven einlassen. Er muss sich der typischen Skepsis der Experten gegenüber den Lebensumständen junger Menschen hin und wieder entziehen und es wagen, die Selbsteinschätzung des Nachwuchses für bare Münze zu nehmen.

AUF DER JAGD NACH ERFOLG

Wechseln wir also wieder die Perspektive: Kinder und Jugendliche suchen die Herausforderung. Spätestens im frühen Jugendalter haben sie intuitiv begriffen, dass sie ohne fremde Motivation und mitunter auch äußerem Druck nicht die Erfolge erfahren können, die einen Teil ihres positiven Lebensgefühls ausmachen, weil sie nur dann das Glück des Könnens erfahren. Die meisten werden in diesem Kontext erzogen. Diejenigen, denen viel abverlangt wird, zeigen – zumindest in dem Feldversuch der Vierzehnjährigen – die positivste Lebenseinstellung. Die großen Erwartungen deuten sie als Zuneigung und Interesse und als unerschütterlichen elterlichen Glauben an ihre Fähigkeiten. Diese Interpretation, die jener der stets kritischen Expertenschar diametral entgegensteht, hat viel mit dem Erziehungsstil zu tun, der in den bildungsambitionierten Familien vorherrscht. Er kommt dem von der Fachwelt weitgehend präferierten, autoritativen Stil sehr nahe. Dabei gelingt es der Mehrzahl der Eltern im täglichen *Trial and Error* offenbar gut, Freiheit und Grenzen in der Balance zu halten. Kinder und Jugendliche spüren die hohen Erwartungen, sie akzeptieren die formulierten Leistungsstandards und haben trotzdem nicht das Gefühl, nur im Erfolgsfall geliebt zu werden. Erfolge werden gelobt, bei Niederlagen wird getröstet, bei Regelverletzungen ist elterliche Enttäuschung Strafe genug. Die klassische Bestrafung ist dagegen aus dem elterlichen Instrumentenkasten nahezu verschwunden. Dem Selbstbewusstsein des Nachwuchses, seinem Blick aufs Leben und seiner Leistungsbereitschaft ist diese „naturpädagogische“ Melange nur zuträglich. Viele Jugendliche haben daran nicht allzu viel auszusetzen, im Gegenteil. Auch das ist aus der Umfrage der Vierzehnjährigen herauszulesen. So manche Übertreibungen und vor allem die dauernde Inkonsequenz nehmen sie ihren Eltern nicht übel.

REIZWÖRTER DISZIPLIN UND LEISTUNG

Schade ist es daher, dass es immer wieder gelingt, Leistungswillen und Erfolgsstreben, Ehrgeiz, Disziplin und Pragmatismus, den die meisten jungen Menschen von niemand anderem als ihren Eltern gelernt haben, derart negativ zu werten. Leistung und Disziplin – diese beiden Worte stehen bis heute in Misskredit. Bei den Erwachsenen, nicht bei der Jugend. Und Erfolg erregt Argwohn, vor allem dann, wenn von ihm im Zusammenhang mit Kindern und Jugendlichen allzu oft die Rede ist. Hier nehmen die beiden Zweisilber „Leistung“ und „Erfolg“ sofort ein negatives Timbre an: das von Training, Übung, Drill und Paukerei, von Arbeiten und Zwang, von Leistungsdruck und Überforderung. Von allem also, was Erfolg überhaupt erst ausmacht, denn vor den Erfolg haben die Götter nun einmal den Schweiß gesetzt.

Wagen wir deshalb noch einmal einen Perspektivwechsel: Jedes Kind und jeder Jugendliche sehnt sich nach Erfolg. Erste Anzeichen einer Leistungsmotivation zeigen sich bei Kindern bereits im Alter von etwa drei Jahren. Dann nämlich beginnen sie zu begreifen, dass das Ergebnis ihrer Handlung etwas über ihre eigene Tüchtigkeit aussagt. Erfolg ist Selbstzweck. Die Feststellung, besser geworden zu sein, ist der Anreiz für die nächste Anstrengung. Erfolg ist damit die Grundvoraussetzung dafür, sich weiterzuentwickeln. Erfolg in der Schule, beim Sport, bei Freunden, Erfolg beim anderen Geschlecht – auf welchem Gebiet auch immer. Dabei stehen im Jugentalter nicht nur Akzeptanz und Anerkennung über den Erfolg im Vordergrund, sondern durchaus auch die Einschätzung der eigenen Leistung im Vergleich mit anderen.

STREIT UMS MENSCHENBILD

Die negative Deutung der Leistungsfreude junger Menschen offenbart ein tiefes Misstrauen in das Menschenbild einer Leistungsgesellschaft, mit der man es im Jugentalter leichter aufnimmt als vielleicht mit Ende vierzig. Nirgends manifestiert sich das deutlicher als im Wehklagen einer Erwachsenengeneration, die ihrer eigenen Jugend hinterherträumt, in der sich alles angeblich idyllischer, besonnener, immaterieller oder in späteren Jahren auch rebellischer anließ. Und die sich vor der Zukunft fürchtet. Aus dieser Perspektive müssen junge Menschen von heute als zu wenig nachdenklich und gesellschaftspolitisch kritisch erscheinen. Es wird unterstellt, dass eine leistungs- und erfolgsorientierte Erziehung den jungen Menschen keinen Freiraum mehr lässt, aus einem anderen Tugendkanon zu lernen, der für den gesellschaftlichen Zusammenhalt eben auch wichtig ist, nämlich Empathie, Verantwortungsbewusstsein, Hilfsbereitschaft und Solidarität. Ist diese Skepsis berechtigt? Sind leistungsorientierte Jugendliche als Erwachsene dann wirklich rücksichtsloser, egoistischer, weniger fantasievoll? Sicher nicht. Denn all die wohlklingenden Tugenden wie Kreativität, Fantasie, Hilfsbereitschaft, Mitgefühl sind ohne eine gesunde Leistungsbasis gar nicht denkbar. Nur leistungsstarke Jugendliche trauen sich genügend Urteilsvermögen zu, um sich dem Gruppenzwang ihrer Peers zu widersetzen und vermeintliche Autoritäten fachlich oder gar persönlich infrage zu stellen. Und nur wer in sich selbst ruht, wird auf Dauer in der Lage sein, Zivilcourage zu entwickeln. Wer erfolgreich einen Beruf erlernt hat und schließlich ausübt, wird sich sehr viel leichter tun, sich für die Schwächeren in der Gesellschaft zu engagieren. Junge Menschen haben ein Recht darauf, dass ihre Eltern und Lehrer ihnen mehr zutrauen als sie sich selbst. Keine Angst also vor Disziplin und Leistungsdruck. Im Gegen teil: Das ist das, was junge Menschen in Deutschland wollen. Nur dadurch entstehen die Erfolge, die einen großen Anteil an ihrem Lebensglück haben. Deutschlands Jugend ist auf gutem Wege. Zumindest das Gros.

Wie tickt die Jugend?

Gesellschaftliches und politisches Interesse junger Menschen
in unterschiedlichen Lebenswelten

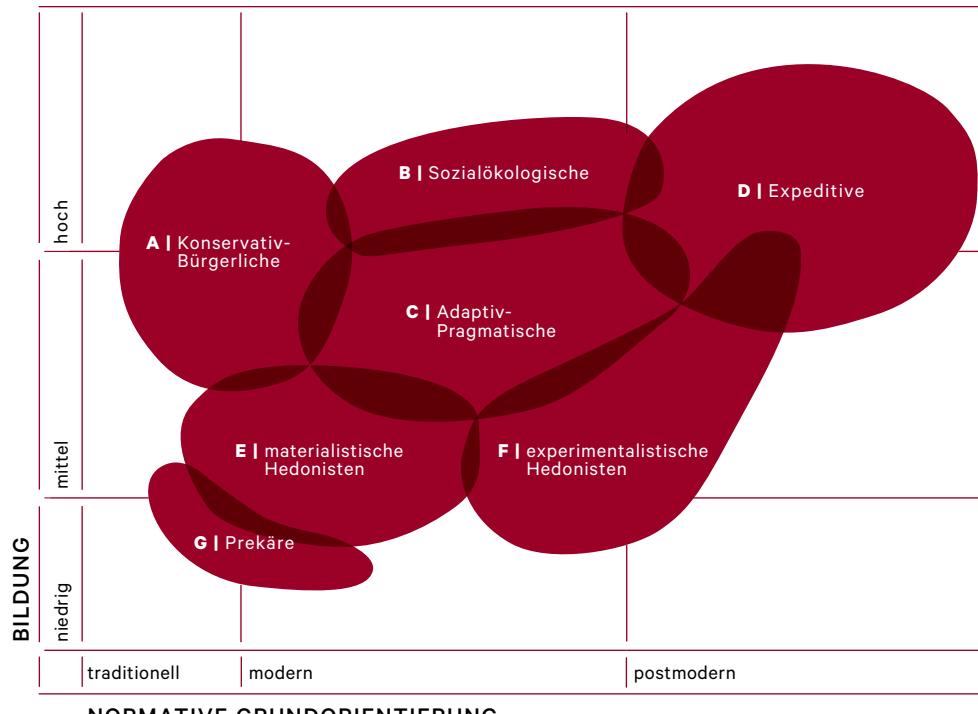
MARC CALMBACH

Geboren 1974 in Ostfildern, Dipl.-Wirtsch.-
Ing., Direktor der Sozialforschung am
SINUS-Institut.

Wer erfolgreich Angebote für Jugendliche
gestalten will, muss seine Zielgruppe ver-
stehen; das gilt für das kommerzielle Mar-
keting ebenso wie für die soziale Arbeit

und die politische Bildung. Will man Jugendliche erreichen, muss man ihre Werte, Lebensziele, Lebensstile, ästhetischen und medialen Präferenzen kennen und nachvollziehen können. Um thematische Einflugschneisen für die politische Bildungsarbeit zu identifizieren, hat das SINUS-Institut die Lebenswelten und politischen Interessenlagen Jugendlicher im Rahmen der Studie „Wie ticken Jugendliche 2012?“ exploriert. Dieser Artikel fasst die zentralen Befunde dieser qualitativen Studie zusammen und geht der Frage nach, inwiefern Jugendliche an gesellschaftlichen und politischen Themen interessiert sind und welche Einstellungen sie zu Politik, Politikern und Wahlen haben.

Nachfolgende Grafik stellt das Panorama jugendlicher Lebenswelten, mit dem wir es heute zu tun haben, kurz vor. (Sie entspricht dem SINUS-Lebensweltenmodell U 18).



A
Die familien- und heimatorientierten Bodenständigen mit Traditionsbewusstsein und Verantwortungsethik

C
Der leistungs- und familienorientierte moderne Mainstream mit hoher Anpassungsbereitschaft

E
Die freizeit- und familienorientierte Unterschicht mit ausgeprägten markenbewussten Konsumwünschen

B
Die nachhaltigkeits- und gemeinwohlorientierten Jugendlichen mit sozialkritischer Grundhaltung und Offenheit für alternative Lebensentwürfe

D
Die erfolgs- und lifestyleorientierten Networker auf der Suche nach neuen Grenzen und unkonventionellen Erfahrungen

F
Die spaß- und szeneorientierten Nonkonformisten mit Fokus auf Leben im Hier und Jetzt

G
Die um Orientierung und Teilhabe bemühten Jugendlichen mit schwierigen Startvoraussetzungen und Durchbeißermentalität

Die Zeit der großen Utopien und rebellischen Jugendbewegungen scheint vorbei. Jugendliche sind heute vor allem am gegenwärtig Machbaren, das heißt an realistischen Optionen, orientiert. Ihre Sorgen kreisen im Wesentlichen um die eigenen Zukunftsperspektiven. Vor allem die Entwicklungen der globalisierten Wirtschaft verunsichern Jugendliche, die eine steigende Unberechenbarkeit und eine zunehmende Arbeitsmarktunsicherheit wahrnehmen. Diese Phänomene werden jedoch weniger als gesellschaftspolitische Aufgaben, sondern vor allem als persönliche Herausforderungen verstanden.

NICHT UNBEDINGT POLITIKVERDROSSEN

Dabei verlieren die Jugendlichen jedoch die sie umgebende Gesellschaft und deren Probleme nicht aus dem Blick. Viele haben ein ausgeprägtes Ungleichheitsbewusstsein, für das sie „Datenmaterial“ im eigenen Alltag erheben, aus den Medien beziehen (zum Beispiel Hartz-IV-Thematik) und über die Schule vermittelt bekommen. Auffällig ist, dass zwar zuvorderst die formal höher gebildeten Jugendlichen Interesse an sozialpolitischen Themen äußern, die „dichtere“ Beschreibung von Ungerechtigkeiten – zumindest in Bezug auf die unmittelbare eigene Lebenswelt – jedoch von den sozial Benachteiligten vorgetragen wird. Sie thematisieren verschiedene soziale Problemfelder wie zum Beispiel Bezug von Transferleistungen, Armut, Benachteiligung aufgrund von Ethnie und nationaler Herkunft (bis hin zu Diskriminierung), Wohnen in sozialen Brennpunkten, Gewalt. Obwohl diese Probleme breit wahrgenommen werden, engagieren sich aber am ehesten die bildungsnahen Jugendlichen gegen soziale Missstände.

Versteht man unter „politisch sein“, klassische politische Themenfelder sowie Politikerinnen und Politiker benennen zu können, systematisch die politische Berichterstattung zu verfolgen, den Diskurs politischer Kreise wahrzunehmen sowie die Festigung und Begründung einer bestimmten Parteipräferenz, so können heute die wenigsten Jugendlichen als politisch bezeichnet werden. Bei Sozialökologischen und Konservativ-Bürgerlichen sind das Interesse an politischen Akteuren, politisch-historischen Ereignissen, Abläufen und aktuellem Geschehen sowie das Wissen über diese Sachverhalte noch am größten, bei den formal niedriger gebildeten Jugendlichen erwartungsgemäß am geringsten. Aus dem Spektrum der klassischen politischen Themenfelder interessieren Jugendliche am ehesten gesellschaftliche (Un-)Gerechtigkeit, Sinn und Unsinn von Hartz IV, Energiepolitik, Umweltpolitik und manchmal Schul- oder Bildungspolitik. Auffällig ist, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund die soziale Absicherung und den Arbeitsmarkt in Deutschland häufig sehr viel besser bewerten als Gleichaltrige ohne Migrationshintergrund. Ihre Einschätzung speist sich meist aus dem Vergleich der wahrgenommenen Verhältnisse in Deutschland mit den (eigenen oder überbrachten)

Erfahrungen aus den Herkunftsländern. Jugendliche sind nicht notwendigerweise politikverdrossen, aber doch (noch) weitgehend leidenschaftslos, was Politik betrifft. Sie wägen pragmatisch ab, in welche Themen Zeit investiert werden soll. Scheint das Thema keinen Bezug zum Alltag zu haben oder völlig außerhalb eigener Einflussmöglichkeiten zu liegen, sehen sie keinen Grund, sich damit zu beschäftigen; dies gilt etwa für die Finanzkrise.

Fasst man den Politikbegriff weiter, sind Jugendliche keineswegs politikfern. Versteht man unter „politisch sein“, sich für Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft und die Gestaltung von Lebensräumen zu interessieren, Sprachrohre zu suchen, die die eigenen Probleme, Sehnsüchte und Interessen in „ihrer“ Sprache artikulieren können, Bereitschaft, sich für andere, sich persönlich für konkrete soziale Probleme im eigenen Umfeld zu engagieren, dann finden sich sowohl bei bildungsaffinen als auch bei bildungsfernen Jugendlichen deutliche Spuren von Interesse und Teilhabe an Politik. Jugendliche selbst übernehmen jedoch den dominanten engen Politikbegriff – und sind sich daher oft überhaupt nicht bewusst, dass sie sich politisch äußern. Das gilt insbesondere für die bildungsbeteiligten Jugendlichen. Selbst die politische Dimension eines Engagements als gewählte Vertreter/-innen in Schul- oder Vereinszusammenhängen wird kaum wahrgenommen.

Verdrossenheit gegenüber institutionalisierter Politik zeigt sich am stärksten in den Lebenswelten der Prekären und der Materialistischen Hedonisten. Thematische Überforderung und gesellschaftliche Ausgrenzungserfahrungen im Alltag, gleichzeitig die Wahrnehmung, dass sich Politik nicht um ihre Sorgen und Nöte kümmert, münden in dieser Lebenswelt in eine reaktive Grundhaltung.

POPKULTURELLE DISKURSE

Empfänglich sind die bildungsbeteiligten Jugendlichen vor allem für medienwirksam inszenierte politische Themen. Hier ist deutlich erkennbar, dass Medien, in erster Linie das (Privat-)Fernsehen, in hohem Maße als Orientierungsgesgeber funktionieren. Expeditive und Sozialökologische lassen im Vergleich dazu ein sehr breit gefächertes Informationsverhalten erkennen, das sich über persönliche Gespräche, die Lektüre von Zeitungen, Magazinen oder Onlineangeboten bis hin zum Schulunterricht erstreckt. Auffällig ist hier, dass auch popkulturelle Diskurse als Anknüpfungspunkte dienen. Der Großteil der (bildungsnahen) Jugendlichen bezieht sich bei der Frage nach politischen Themen jedoch vergleichsweise leidenschaftslos auf das, was im Schulunterricht besprochen wird.

Politikerinnen und Politiker sind keine Feindbilder für Jugendliche, sie sind aber auch keine Hoffnungsträger. Sie werden meist emotional indifferent als „ungreifbare Wesen“ wahrgenommen. Alles in allem gelten Politikerinnen

und Politiker als austauschbar, profillos, machtmotiviert und volksfern („alle sehen gleich aus“, „alle reden dasselbe“, „alle lügen“). Die Jugendlichen zeigen sich zwar insgesamt enttäuscht von den politischen Vertreterinnen und Vertretern, tragen diese Kritik jedoch relativ teilnahmslos vor. Lediglich von den Konservativ-Bürgerlichen werden Politikerinnen und Politiker vereinzelt als Vorbilder genannt. Aus der Perspektive bildungsferner Jugendlicher erscheinen Politikerinnen und Politiker übermächtig; in den sehr modernen und bildungsnahen Milieus mit ihrer globalisierungskritischen Perspektive werden die politischen Akteure hingegen oft als machtlos beschrieben („Marionetten der Finanzmärkte“).

Die Bedeutung von Wahlen für die Demokratie und das Zusammenleben in der Gesellschaft ist in den Gruppen mit mittlerer und höherer Bildung unbestritten. Entsprechend sind sich viele Jugendliche sicher, auch wählen zu gehen, wenn es so weit ist und wollen sich dann auch informieren. Bei Konservativ-bürgerlichen und Sozialökologischen Jugendlichen handelt es sich dabei um ein intrinsisch motiviertes Anliegen, bei Adaptiv-pragmatischen Jugendlichen spielt auch der soziale Druck eine Rolle. In den bildungsbenachteiligten Lebenswelten weicht die Motivation, wählen zu gehen, schnell der Resignation, da man meint, nichts mit der eigenen Stimme bewirken zu können. Diese Einstellung ist vor allem bei den Prekären Jugendlichen weit verbreitet.

ÜBERSETZUNG IN DIE JUGENDLICHE LEBENSWELT

Die Ergebnisse der SINUS-Studie „Wie ticken Jugendliche 2012?“ sollen dazu ermutigen, die real existierenden Themeninteressen der Jugendlichen zum Bestandteil politischer Bildungsarbeit zu machen – und zwar sowohl in den Angeboten für die Jugendlichen selbst als auch in den Angeboten, die sich an (schulische wie außerschulische) Multiplikatoren richten. Als Umsetzungsbispiel lässt sich etwa die bpb-Reihe *Entscheidung im Unterricht* nennen, die das jugendliche Kernthema „Respekt“ aufgreift.

Politische Bildner sind also aufgerufen, noch stärker als bisher „Übersetzungsarbeit“ zu leisten, um ihr politisches Curriculum in die Lebenswelt der Jugendlichen zu transportieren – und zwar auf mehreren Ebenen: inhaltlich, sprachlich, didaktisch, medial. Erst wenn Jugendliche das Gefühl haben, dass sie von politischen Themen auch persönlich tangiert sind, besteht die Chance, dass sie ihre eigenen Handlungsmöglichkeiten erkennen und erweitern.

Literatur:

- Thomas, Peter / Calmbach, Marc: Jugendliche Lebenswelten: Perspektiven für Politik, Pädagogik und Gesellschaft, Heidelberg 2012, Springer Spektrum.
Calmbach et al.: Wie ticken Jugendliche 2012? Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung.
Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): „Respekt. Eine Frage der Ehre?“, Folge 2/2011 in der Reihe „Entscheidung im Unterricht“, Bonn 2012.

Rebel without a cause?

Jugend und Tabubruch

BIRGIT SCHUHBECK

Geboren 1985 in Trostberg, Stipendiatin der Graduiertenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sie promoviert derzeit im Fach Neuere deutsche Literatur an der Ludwig-Maximilians-Universität München zum Thema „Theater und Tabu“.

nomene Revolution, Grenze, Jugend und Apokalypse in einer engen Verbindung sieht, aktueller denn je – es stammt von Melanchthon, der es etwa 500 Jahre vor dem für Ende Dezember des vergangenen Jahres prophezeiten Weltuntergang formulierte. Befindet sich auch die gegenwärtige Jugend an solch einem Endpunkt?

Die Shell-Deutschland-Studie von 2002 beschrieb die Jugendphase „als steinigen Weg in eine unbekannte und unsichere Zukunft“. Obwohl die Jugendlichen 2010 wieder positiver in die Zukunft blickten, scheinen die unsichere Arbeitsmarktsituation, die Leistungsorientierung der Gesellschaft,

„Der grenzenlose Mutwillen der Jugend ist ein Zeichen, daß der Weltuntergang unmittelbar bevorsteht.“ – Angesichts der sich ritualisierenden Weltuntergangsprognosen und -stimmungen, produziert von Medien, aber auch von der Kunst, ist dieses Zitat, das gleichermaßen die Phä-

die Kluft zwischen Arm und Reich, die Virtualität des Lebens, gleichzeitig die fundamentale Offenheit sowie die Kontingenz aller Entscheidungen die Jugend von heute zu überfordern und geradezu in eine Krise zu stürzen. Ironisierend nach Orientierung ringend, singt die deutsche Popband Tocotronic:

*„Ich möchte Teil einer Jugendbewegung sein,
Ich möchte mich auf Euch verlassen können
Und jede unserer Handbewegungen hat einen besonderen Sinn,
weil wir Teil einer Bewegung sind.“*

Der Zusammenschluss mit Schicksalsgleichen ist eine Form, um sich in der unsicheren Phase der Adoleszenz einen Weg, der einer Suchbewegung gleicht, zu bahnen. Wie geht die Jugend mit ihrer besonderen Situation um? Welche Voraussetzungen bestimmen sie und wie wird sie bestimmt? Führt ihr Weg auch heute noch, wie beispielsweise im Expressionismus oder bei den bewusst an die historische Moderne anknüpfenden 68ern, über apokalyptische Visionen, terroristische Revolutionen, über den totalen Tabubruch? Bedingen sich Jugend und Tabubruch geradezu – oder ist dieser in der heutigen Gesellschaft überhaupt nicht mehr möglich, nicht mehr nötig, weil schon alle Tabus gebrochen wurden? Ist Jugend genuin revolutionär? Oder ist die Jugend, ihre Jugendlichkeit vielmehr selbst tabu?

TEMPORÄRE ANDERSARTIGKEIT

Das Leben an der Grenze, Grenzüberschreitungen und Tabubrüche, die das Gefüge – nicht nur in transzendornter Sicht, sondern auch auf die Gesellschaft bezogen – sprengen, scheinen unmittelbar an die Jugend gebunden. Dieser wird so ein exzptioneller Status zugewiesen. Die Bestimmung der Jugend folgt einer Fremd- und einer Selbstzuschreibung und ist nicht zuletzt einer Stereotypisierung unterworfen: Wer kennt nicht die sich wiederholenden und bereits ritualisierten Aussagen der jeweils älteren Generation: „Die heutige Jugend ist furchtbar, verdorben, katastrophal – sie hat keine Werte mehr – unsere Jugend war viel besser – die Jugend von heute erntet die Früchte, die wir in harter Arbeit gesät haben.“ Die temporär bedingte und bestimmte Andersartigkeit führt jedoch auch bei der Jugend zu einer Errichtung von Grenzen. Wo die Jugend sich nicht der Zeitlichkeit hingibt, bilden sich Wir-Gruppen, die eigene kulturelle und politische Konzepte in Manifesten verankern. Sie konstruieren ein Paralleluniversum. Immer wieder und auch heute hat sich das in der Bildung von Jugendbewegungen, abgeschlossenen Bereichen, für die neben variablen Zugehörigkeitskriterien die Jugendlichkeit vorderste Bedingung ist, niedergeschlagen. Sichtbar wird die Differenz von Jung und Alt oft schon bei der Namensgebung: „Avantgarde“, „Junges Deutschland“,

„Jugendstil“, „Jung Wien“, „Jugend“, „Moderne“, „New Romanticism“ – oder sie trägt bereits ein bestimmtes Programm in der Bezeichnung, das auf Bewegung zielt: „Sturm und Drang“, „Wandervogel“, „Wiener Aktion“.

Es lässt sich beobachten, dass, neben der politischen und generell kulturellen Ausrichtung, eine enge Verbindung zur Kunst besteht, sich die Jugend als Vertreter einer eigenen Ästhetik versteht und sogar Revolutionen in der Kunst ihren Anfang genommen haben. Dabei werden verschiedene Strategien sichtbar: zum einen die „Innere Emigration“, Widerstand, der aus Rückzug besteht – und zum anderen die Flucht nach vorn, die sich in gezielter Provokation, Tabubrüchen und damit einem hohen Skandalpotenzial, das die Aufmerksamkeit der Gesellschaft erzwingt, ausagiert. Beiden Formen der Auseinandersetzung mit der eigenen Position sind das Streben nach Innovation, der Überwindung von veralteten und entfremdeten Formen der Kultur und Selbstreflexivität eigen, die sich dann im künstlerischen Ausdruck niederschlagen und ausdifferenzieren.

REBELLION GEGEN DIE ORDNUNG DER VÄTER

Bevorzugtes Medium der Jugend und des Tabubruchs, der radikalen Form der Auseinandersetzung mit der herrschenden Gesellschaftsordnung, scheint, wohl seiner Öffentlichkeit, Direktheit, Liveness und Unmittelbarkeit geschuldet, das Theater und ab den 1960ern auch die Performance zu sein. Mit dem Sturm und Drang und seinen jugendlichen Autoren – Schiller war 22, als er die *Räuber* schrieb, Lenz bei seinem *Hofmeister* ebenso und Klinger, der Bewegung mit seinem Drama den Namen gebend, 25 – nimmt die jugendliche Revolutionierung des Theaters, seiner Ästhetik und seiner Inhalte, einen gewaltigen Anfang: Das Zeitalter der Jugend beginnt, mit seinen jugendlichen Autoren und fiktiven Figuren vom Typus des Antihelden, auf dem Theater. Die Jugend, die Kinder als eigenständige, vernunftbegabte Wesen zu sehen und nicht nur in ihrer Negation zu den Alten als „Nichterwachsene“, ist ein Verdienst der Aufklärung, das im Sturm und Drang seine Radikalisierung erfährt. An die Aufklärung anknüpfend versuchen später junge, liberal gesinnte Dichter wie Gutzkow, Laube, Börne oder Büchner gegen die politische Restauration aufzubegehren und für demokratische Freiheitsrechte zu kämpfen. Im Expressionismus der 1920er-Jahre erfährt das Generationenproblem dann wieder eine radikale Zuspitzung und steht stellvertretend für die Ordnung der Gesellschaft. *Der Sohn* in Walter Hasenclevers gleichnamigem Drama geht gegen den Vater an, was im Drama *Vatermord* von Arnolt Bronnen regelrecht im Vatermord gipfelt. Nach 1945 sind es die 68er, die Wiener Aktion und die ganze Generation der Studenten, die auf allen Kanälen den Aufstand proben. Sie knüpfen dezidiert an die Tabubrüche der Jahrhundertwende und

des Expressionismus an: Sexualität, Religion und Kirche, die sie mit den „neuen“ Problemen verknüpfen, dem Verschweigen des Nationalsozialismus und der Konsumgesellschaft. Eine Revolutionierung nicht nur der Kunst, sondern des gesamten Alltags soll vonstattengehen: und das, indem versucht wird, alle Tabus auf einmal zu brechen. Trotz aller Radikalität, die bis zum Einsatz terroristischer Gewalt geführt hat, gibt es aber auch Ende der 1970er-Jahre noch Tabus, wie vor allem an einem Fernsehauftritt Nina Hagens, die dort öffentlich über Selbstbefriedigung sprach, deutlich wird. Dies zeigt vor allem, dass künstlerische und politische Revolutionen ein serielles, immer wieder neu auftretendes (Jugend-)Phänomen und einer ständigen Wellenbewegung eines Ausweitens und Zusammenziehens von Grenzen unterworfen sind.

Die Rebellion gegen die Ordnung, bestehend aus den Traditionen der Väter und damit auch der Gesellschaft, deren Autorität und gefühlte Repression, sind so die immer wiederkehrenden Ausgangspunkte von revolutionären Anläufen. An diesem punktuellen Aufbegehren, das in der Tat die Jahrhundertwenden als Wendepunkte zu markieren scheint, zeigt sich auch, dass durch den Bruch eines Tabus dieser Bruch nicht definitiv für die Gesellschaft Gültigkeit bewahren muss. Radikale Jugendbewegungen wie der Sturm und Drang waren ein momentanes Ereignis und wurden von traditionalistischen Bewegungen konterkariert, die dann in der apolitischen Klassik und Romantik andere Wege gingen. Es ist dennoch nicht so, dass die Anstrengungen der Jugend und die Tabubrüche nach einem kurzen Versetzen der Gesellschaft in einen Ausnahmezustand völlig wirkungslos wären. Wenn eine Gruppe – und das ist eben zumeist eine Formation, die sich aus der Jugend heraus generiert – kontinuierlich Tabus bricht und einfach anders lebt, können die Traditionen der Gesellschaft sehr wohl aufbrechen und sich Diskurs und Handlungsweisen ändern. In bestimmten Kontexten und unter Einhaltung von gewissen Codes lässt sich dann sehr wohl beispielsweise über den Nationalsozialismus sprechen, das Schweigen durchbrechen. Auch im Bereich des Tabus Sexualität hat sich die Grenze des Möglichen geweitet: Der Akt an sich ist in der Gesellschaft durchaus akzeptiert, in seiner medialen Omnipräsenz hat er sich gewissermaßen auch auf der Bildebene ritualisiert – ein öffentliches Sprechen über sexuelle Vorlieben findet jedoch nicht statt. Besonders in Fällen sexuellen Missbrauchs wird von den Opfern auch der Tabubruch tabuisiert.

POLITICAL CORRECTNESS

Tabus haben Auswirkungen auf die Art und Weise der Kommunikation und den Gebrauch der Sprache: In etwa seit den 1990ern ist ein neues Phänomen, das bestimmte Worte tabuisiert und Alternativen anbietet, virulent: *political correctness*. Vor allem zur Förderung eines besseren Umgangs mit Minderheiten werden bestimmte, vorher alltägliche Worte umgangen und ersetzt. Hier werden

also sogar neue Tabus geschaffen, um das Zusammenleben zu erleichtern. Das ist im Grunde auch der Ursprung von Tabus – sie regeln das Verhalten in einer Gesellschaft, ohne dass Gesetze notwendig wären. Als tief verinnerlichte Regeln konstruieren sie die Identität einer Gemeinschaft. Der Bruch dieser Regeln bedeutet den Ausschluss aus dieser Gemeinschaft oder im besten Falle noch ein absolutes Schweigen. Tabus gibt es in allen Kulturen und sie sind dennoch sehr kulturspezifisch. Kulturübergreifend ist wohl das Inzesttabu, das in Deutschland zusätzlich durch ein Gesetz gesichert wird. Das, was dieses Tabu verhindert, nämlich, dass eine Gemeinschaft nur unter sich bleibt, stagniert und sich schließlich selbst zerstört, und gleichzeitig fordert, nämlich eine Orientierung nach außen, Fortschritt und Horizonterweiterung im Kontakt mit anderen Gruppen, ist die Grundlage aller progressiven, grenzüberschreitenden Handlungsweisen. Hier werden das Potenzial eines Tabus und seine Gegensätzlichkeit deutlich: Es verbietet und schützt zugleich und macht nach Freuds Urhordenhypothese den Menschen mit dem Heraustreten aus der Familie erst zum Kulturmenschen. So steht die Errichtung eines Tabus am Anfang der menschlichen Kultur, was ein Zusammenleben erst ermöglicht. Prominenter, jugendlicher und vor allem tragischer, weil unwissender und fremdbestimmter Tabubrecher ist wohl Ödipus. An seinem Schicksal zeigt sich, was nach einem Bruch des Inzesttabus folgt: der Ausschluss aus der Gemeinschaft, was in einer Selbstausschließung, der eigenen Blendung, gipfelt.

Die Jugend und der Tabubruch sowie die daraus entstehenden Avant-garden, die die Ordnung hinterfragen und Fortschritt erreichen wollen, scheinen unmittelbar verbunden und konstitutiv füreinander. So weisen Jugend und Tabu strukturelle Ähnlichkeiten auf: Sie errichten eine Grenze, sind aus der Gesellschaft ausgeschlossen und zugleich eingeschlossen. Sie „leben“ beide in einem Ausnahmezustand, in einer liminalen Phase, die von Ununterscheidbarkeit und Unentscheidbarkeit geprägt ist: Die Jugend oder die Jugendlichkeit selbst sind in einem gewissen Sinne tabu.

SUCHE NACH DEM JUNGBRUNNEN

Die heutige Gesellschaft ist bestimmt von der Suche nach diesem Tabu: Als anthropologische Konstante in der Auseinandersetzung mit Leben und Tod kann wohl die Suche nach dem Brunnen der ewigen Jugend bestimmt werden. Mehr denn je ist heute jung sein „in“, alt sein „out“. So werden Schönheitsoperationen vollzogen, aber verschwiegen und vom Gegenüber nicht angeprochen. Der Einzelne will nicht altern, vielmehr herrscht ein Jugendwahn und -kult vor: die Zivilisationsneurose der modernen Gesellschaft; niemand gibt zu, dass er nicht alt werden will, dass er sich nicht von dem Wunsch, schön, jung, flexibel zu sein, lösen kann. Es ist nicht akzeptiert, gleichzeitig die Vor-

züge von Jugend und Alter zu genießen. Deren Abgrenzungen scheinen dennoch immer brüchiger zu werden, wenn die ältere Generation die Lebensweisen der Jugend übernimmt und sich die Jugend in einer leistungsorientierten Gesellschaft den Traditionen der Eltern verschreibt. Die Erwachsenen, in ihrer heimlichen Bewunderung der Jugend, sind, oft selbst noch in einer Sinnfindungsphase verhaftet, nicht in der Lage, ihren Kindern Werte und Traditionen zu vermitteln. Die Phase der Adoleszenz wird immer länger, die Ablösung vom Elternhaus findet früh – bei Vernachlässigung – oder spät – bei Überversorgung – statt. Diese Entritualisierung wiederum ist die Ursache für das Verlangen nach Präsenz, die vornehmlich durch einen Tabubruch herbeigeführt werden kann. Nach den 68ern, die den Tabubruch zum Programm, fast schon zur Regel gemacht haben, stellt sich jedoch die Frage: Gegen was soll die heutige Jugend noch rebellieren, wenn ihre Eltern bereits die revolutionärsten Revolutionäre waren?

Genauso wie in der heutigen Gesellschaft Jugend inszeniert wird, inszenieren sich die Jugendlichen in einer Art Selbstdesign. Social Media verbinden die Individualisten und versprechen eine ultimative Offenheit und Gleichzeitigkeit: Realität und Virtualität werden ununterscheidbar, während alle Authentizität inszeniert bleibt. Das spiegelt sich auch auf dem Theater wider, in Regiekonzepten, wie sie beispielsweise die Akteure von „Rimini Protokoll“ vertreten, die mit Laienschauspielern, Experten des Alltags, arbeiten und dadurch eine größtmögliche Nähe zur Wirklichkeit erzeugen wollen. Hier vermischt sich Kunst mit Öffentlichkeit: Die Schauspieler sind, was sie spielen. Gleichzeitig ist auf dem Theater eine Rückkehr zum Text zu beobachten und der Fokus liegt wieder auf dem Erzählen von Geschichten, wodurch die dramatische Form geschlossen wird. Jugendkulturen wie „Gothic“ oder „New Romanticism“ gründen sich auf Ideen, die der Romantik entstammen. Diese Ästhetiken des Substanziellen und Authentischen sind wohl das Resultat eines Zeitgefühls, in einer Epoche zu leben, in der prinzipiell alles möglich ist und deshalb Tabubrüche sinnlos erscheinen.

DIE SINNLOSIGKEIT DES TABUBRUCHS?

Sinnlos erscheinen sie außerdem oft, wenn Tabubrüche nach der Devise „Schockieren ist schick!“ funktionieren. Künstlerische Avantgarde und die verschiedenen Formen jugendlicher Subkultur gehen Verbindungen ein, ohne jedoch ganz der Vermarktung aus dem Weg gehen zu können. Man liegt sicherlich nicht komplett falsch, wenn man das auch einem der neuesten Skandalbücher der letzten fünf Jahre, das auf der Schwelle zwischen Jugend- und Erwachsenenbuch angelegt ist, Charlotte Roches *Feuchtgebiete*, zuschreibt. Die Beschreibung der sexuellen Praktiken der Hauptfigur Helen

haben in den Populärmedien wie in den Feuilletons Aufsehen erregt – und das nicht zuletzt wegen der Nähe der Handlung zu Charlotte Roches eigener Biografie. Auch hier war es also mehr die Authentizität als die Sexualität, die als Tabubruch empfunden wurde.

Das zeigt, dass ein Tabubruch selbst in der Kunst, um zu funktionieren, Anknüpfungspunkte braucht: Das Fremde, Unerwartete, auch Poetische muss an etwas Vertrautes anknüpfen, muss andocken. Bei Helen ist es Roches eigene Biografie, die die Probleme der Hauptfigur, die weniger im sexuellen Bereich liegen als vielmehr in der völlig zerrütteten Familie, andockbar macht: Hier erlebt eine junge Frau ihre Adoleszenzphase – von den Eltern im Stich gelassen – völlig orientierungslos. Der Bezug zur Realität macht den Text einerseits so skandalös, andererseits auch erfahrbar, und das vielleicht sogar im kathartischen Sinne.

ESSENZIELLE ABGRENZUNG

So wird deutlich, dass keine Gesellschaft, auch nicht die moderne Gesellschaft in Deutschland im Jahr 2013, frei von Tabus ist und es kontinuierlich möglich und notwendig ist, die Grenzen der Gesellschaft auszutesten und zu hinterfragen. In der Unübersichtlichkeit, der Ununterscheidbarkeit von Realität und Inszenierung, scheint das Erleben eines absoluten Moments im Tabubruch als Möglichkeit auf. Das Handeln und Leben an der Grenze macht vor allem Jugendliche zur Avantgarde der Gesellschaft. In der Schaffung einer eigenen Tabuzone, die die Erwachsenen ausschließt, inszeniert sich die Jugend so selbst als Tabu, deren Tabu wiederum die ältere Generation ist. Auch wenn sich Jugend- und Erwachsenenkultur immer mehr zu vermischen scheinen, werden sich die beiden Gruppen voneinander abzugrenzen versuchen – und diese Abgrenzung ist für die Entwicklung der Gesellschaft und ihrer auch durch Tabus bestimmten Ordnung essenziell.

Mit dem Tabuforscher Hartmut Kraft lässt sich folgende Tabu-Suchfrage formulieren: Was muss ich tun oder sagen – ohne ein Gesetz zu brechen –, um von einer definierten Gemeinschaft ausgeschlossen zu werden? In mehr oder weniger ausgeprägter Form stellen sich die Jugend und künstlerische Avantgarden genau diese Frage, sie setzen genau an dem Punkt zwischen Gesagtem und Nichtgesagtem an – und wegen der Progressivität der beiden Phänomene kann durch einen Zusammenschluss von Jugend und Kunst, deren Motor jeweils der Tabubruch ist, von einem momentanen Brandbeschleuniger zur Initialzündung alles entstehen – und jede Form der Selbstbeobachtung einer Gesellschaft ist Katalysator für ein funktionierendes Zusammenleben.

Brave new brain?

Junge Menschen kritisieren neue Tendenzen des Hirndopings

NICOLA ERNY

Geboren 1961 in Mannheim, Professorin für Philosophie, Fachbereich Gesellschaftswissen und Soziale Arbeit, Hochschule Darmstadt.

Der schnelle Fortschritt der Biomedizin, der Neurowissenschaften und der Neuropharmakologie hat das menschliche Gehirn erreicht – und damit auch die Kognition und Psyche des Menschen. So sind die

biomedizintechnologischen Möglichkeiten der Leistungssteigerung des Menschen nicht mehr auf den Körper beschränkt, sondern erstrecken sich auch auf das „Innerste“ des Menschen und seines Personseins: sein Denken und Fühlen, Entscheiden und Handeln. Die Stimulierung und Verbesserung kognitiver Fähigkeiten („Neuroenhancement“) wie Denkfähigkeit, Gedächtnis, Aufmerksamkeit, Konzentration und Wachheit ist etwa durch Ritalin® und Modafinil® möglich, die eigentlich zur Therapie von pathologischen Aufmerksamkeitsstörungen entwickelt worden sind. Im medizinischen Kontext wurden sie zunächst zur Behandlung des Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitätssyndroms (ADHS) eingesetzt. Durch die Einnahme des Medikaments Fluoxetin® (US-Handelsname Prozac®, in Deutschland zum Beispiel Fluctin®), das in der

Therapie als Antidepressivum dient, kann eine Stimmungsverbesserung erreicht werden, die wiederum der Steigerung der geistigen Leistungsfähigkeit dient. Zudem verbessert es das Wohlbefinden. In den USA, aber auch in anderen Ländern, wird Ritalin® auch ohne klinische Symptome eingenommen, um die Gedächtnis- und Aufmerksamkeitsleistungen zu verbessern. Fluctin® wird in zunehmendem Maße von nichtdepressiven Menschen verwendet, um das Wohlbefinden zu heben und sich für berufliche oder soziale Stresssituationen fitter zu machen.

Man unterscheidet im Kontext des Neuroenhancements zwischen kognitivem und emotionalem Neuroenhancement, wobei näherhin zwischen vier Anwendungsfeldern differenziert werden muss: (1) Aufhellung der Grundstimmung, (2) Erweiterung kognitiver Fähigkeiten, (3) Korrektur moralischer Defizite sowie (4) transhumanen Erweiterungen. Besonders beim zuletzt genannten Feld bewegt man sich noch im Bereich des Spekulativen; die Bereiche 1 und 2, die das sogenannte progrediente Neuroenhancement, also die Steigerung von Fähigkeiten über das Normalmaß hinaus, betreffen, werden praktiziert und bilden Kernpunkte in der Diskussion und der wissenschaftlichen Auseinandersetzung.

Drei Linien von psychoaktiven Substanzen sind hauptsächlich im Gebrauch: amphetaminähnliche Wirkstoffe wie Ritalin mit dem Wirkstoff Methylphenidat und Vigil mit dem Wirkstoff Modafinil zur Steigerung der Konzentration und Wachheit, Antidepressiva auf der Arzneistoffbasis Fluoxetin wie zum Beispiel Fluctin, das in den USA unter dem Namen Prozac bekannt ist, zur Stimmungsaufhellung sowie Betablocker gegen Prüfungsangst und Stress.

Der stark angestiegene „Off-Label“-Gebrauch dieser Medikamente – das heißt die Verwendung jenseits der medizinischen Indikation einer Krankheit und des Wunsches nach deren Beseitigung – hat zum Beginn einer öffentlichen Diskussion geführt, ob und inwieweit dieses Mittel zum Einsatz kommen sollten. Kognitive Leistungen stellen eine wichtige Ressource dar, die der Steigerung der Effizienz, der Kreativität und der Leistungsfähigkeit dienen, was als Problemlösungsstrategie eine gesellschaftliche und ökonomisch wichtige Funktion erfüllen könnte.

DISKURSFELD: NEUROENHANCEMENT

An dieser Stelle setzt das Diskursprojekt „Brave new brain“ an, das mit einjähriger Laufzeit im Rahmen des Sozial- und kulturwissenschaftlichen Begleitstudiums am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Soziale Arbeit der Hochschule Darmstadt durchgeführt wird. Dieses Projekt wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert, um einen öffentlichkeitswirksamen Diskurs zu initiieren, bei dem vor allen Dingen Jugendliche

(Schülerinnen und Schüler sowie Studierende) in einen Dialog mit Lehrenden und Experten treten können.

Als Akteurs- beziehungsweise Zielgruppen wendet sich das Projekt somit an Schülerinnen und Schüler, Studierende sowie Lehrende an. Ziel ist die Initiierung und Induzierung eines kritischen Diskurses, der die Sensibilität dieser Akteursgruppen gegenüber der Leistungssteigerung des menschlichen Gehirns vergrößert. Vor dem Hintergrund fundierter Wissensgrundlagen sollen die Akteursgruppen zu einer individuellen Urteilsbildung gelangen sowie zu einer gesellschaftlichen Bewertung beitragen.

KONVERGIERENDE GRÜNDE

Der Bildungsbereich bietet sich aus drei konvergierenden Gründen als Diskursfeld an:

- (1) Bildungsbereich als zentraler Absatzmarkt: Die Pharmaindustrie hat zentral die im Bildungsbereich Tätigen als potenzielle Käufer und Konsumenten im Blick, insbesondere junge Menschen in Schule, Hochschule und Ausbildungsberufen.
- (2) Bildungsbereich als sensibles Kondensat und Kristallisierungspunkt der Wissens- und Leistungsgesellschaft: Die derzeitige beschleunigte Entwicklung der spätmodernen Wissensgesellschaft zeigt sich in keinem Bereich so deutlich wie im Bildungsbereich. Kognitive Leistungen gelten als die zentrale Ressource in Wissensgesellschaften. Der Leistungsdruck verstärkt sich; von „Leistungsgesellschaft“ als neuer Typisierung der Gegenwartsgesellschaft wird gesprochen. Neuropharmaka versprechen sowohl Entlastungsformen als auch Umgangsweisen mit dem Leistungsdruck.
- (3) Bildungsbereich als Kern und Quelle der Zukunftsgestaltung: Der Bildungsbereich ist auch insofern von hoher Relevanz, als heutige Schülerinnen und Schüler sowie Studierende die morgige Gesellschaft gestalten. Lehrende stellen zudem Multiplikatoren von Fakten, Werten, Methoden und Handlungsformen dar, die die Zukunft prägen. Umgang mit der Technik von morgen wird heute im Bildungsbereich eingebütt und geprägt.

Das Projekt fördert somit die Sach-, Urteilsbildungs- und Handlungskompetenz von Schülerinnen und Schülern, von Studierenden sowie von Lehrenden exemplarisch im Problemfeld des Neuroenhancements. Außerdem wurde die Partizipationsmöglichkeit durch den Aufbau eines Onlinediskurses (Internet-Diskussionsplattform) erweitert, in der auch externe Interessenten Kommentare abgeben und/oder explizite Fragen stellen können.

Der Teilnehmerkreis des Diskursprojektes besteht aus vier Gruppen:

- 30 bis 35 Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe II beziehungsweise der gymnasialen Oberstufe aus Biologie- oder Ethik-[Leistungs-]Kursen der kooperierenden Schulen,
- 50 bis 75 Studierenden der kooperierenden Hochschulen,
- zehn Pädagogen: Lehrern, insbesondere Fachlehrern der Fächer Biologie und Ethik, gegebenenfalls Jugendgruppenleitern der beteiligten Schulen, aber auch Hochschullehrern,
- fünf bis zehn Experten aus Biologie/Neurobiologie, Medizin (unter anderem Ärzte), Pharmakologie, Philosophie, Ethik, Theologie, Technikfolgenabschätzung, Psychologie, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Anthropologie und Rechtswissenschaften.

Aufbauend auf Konzepten und Erfahrungen mit partizipativen Methoden der Technikfolgenabschätzung, der Wissenschafts- und Technikethik sowie den Diskursverfahren, liegt dem Projekt eine dreistufige Diskursmethodik zu grunde, die man als „Bottom-up-Delphi-Verfahren“ bezeichnen kann. Sie berücksichtigt in besonderer Weise die Heterogenität der teilnehmenden Gruppen, wobei der Laie („bottom“) hier als Experte (für seinen Körper) verstanden wird, der sein individuelles Wissen einbringt („up“) – im Unterschied zum traditionellen (Experten-)Delphi. Nach einer initiiierenden beziehungsweise explorativen Startphase („Kick-off“) werden zunächst gruppeninterne Diskurse eingeleitet, deren Ergebnisse im Modus einer Delphi-Expertbefragung in der anschließenden Hauptphase einem Gesamtgruppendiskurs zugeführt werden. Durch die Kugellagermethode wird eine reziproke Begegnung respektive ein Austausch aller Teilnehmer gewährleistet. Während der gesamten Projektphase wird durch eine Internetdiskussionsplattform eine Partizipationsoption für jeden thematisch Interessierten realisiert, sodass der Diskurs sowohl transparent als auch öffentlich im Sinne der Teilnahmemöglichkeit für jedermann zugänglich war.

NOCH OBERFLÄCHLICHER UND RÜCKSICHTSLOSER?

In den beiden durchgeführten Symposien zum Diskursprojekt ergaben sich vonseiten der jungen Generation vor allen Dingen Fragen und Diskussionsbedarf in folgenden Feldern:

- (1) Leistungsgesellschaft und sozialer Druck
Neuroenhancement könnte die in den westlichen Leistungsgesellschaften vorhandene kompetitive Grundhaltung verstärken. Sollte unsere Gesellschaft

eine solche werden, deren Bürger sich als Leistungsträger „klüger schlucken“? Welche Veränderungen der Bildungs- und Arbeitswelten gehen einher? Sollte es „Dopingkontrollen“ am Examenstag geben? Einige der Studierenden vermissten kritische Hinweise auf den möglichen Missbrauch dieser Mittel, vor allem mit Blick auf deren militärische Nutzung und der „Entgrenzung der Arbeitswelt“.

(2) Die Zukunft von Studium und Arbeitswelt

Das moderne Arbeitsleben ist einer kompetitiven Leitkultur zuzuordnen, das Profit-, Wettbewerbs- und Effizienzsteigerung zu wichtigen Anforderungen in der Arbeitswelt erhebt. Die Zunahme des Konkurrenzkampfes am Arbeitsplatz hat soziale Folgen, die zusätzlich zu den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Werteänderungen als Ursache für die Zunahme des Phänomens „Doping am Arbeitsplatz“ gelten; damit einher geht eine Veränderung der Wertschätzung der Gesundheit als eines ideellen Gutes, die viel mehr aus der Beschäftigungs-, Leistungs- und Wettbewerbsperspektive gemessen wird, was wiederum den verstärkten Einsatz von Neuroenhancement und damit eine Zunahme von Phänomenen wie Präsentismus (Arbeiten bei Krankheit), Störung der Work-Life-Balance sowie Arbeitssucht zur Folge hat. Im Kontext von Schule und Studium wurden vor allen Dingen Probleme wie der Verstoß gegen Fairnessregeln sowie die Anpassung an eine ungerechtfertigte Anhebung des Leistungsniveaus diskutiert. Kritisiert wurde die extreme Ausrichtung auf Leistung, da diese den Menschen in letzter Konsequenz doch nur zu einem funktionierenden Roboter degradiere. Dadurch ergebe sich ein Teufelskreis der Konkurrenz, der noch verstärkt werde, wenn einzelne Personen leistungsfördernde Substanzen einnähmen. Befürchtet wurde ein damit einhergehender Verlust an Lebensqualität. Außerdem wurden noch Bedenken geäußert, die die Urheberschaft einer Leistung berühren: Viele Schüler und Schülerinnen sowie auch Studierende gaben an, dass sie auf eine „ehrliche“ Note stolzer seien als auf eine mithilfe von Neuroenhancern erreichte Note im Höchstbereich. Damit wurde die weitergehende Thematik der gelungenen Identitätsbildung vonseiten der Jugend angeprochen, die auch den Ergebnissen der HISBUS-Studie entspricht, nach der keine außergewöhnlich hohe Bereitschaft zur Einnahme von Neuroenhancern bei Jugendlichen zu verzeichnen sei.

Viele bezweifelten, dass das Neuroenhancement dazu beitragen könne, das Leben schöner zu machen. Vielmehr trage es dazu bei, die Gesellschaft noch oberflächlicher und rücksichtsloser zu machen und Wege der Individualität zu verbauen.

(3) Eigenverantwortung des Individuums

Weiteren wissenschaftlichen Erfolg verspricht in diesem Zusammenhang die im Projekt geplante Verschränkung von individuellen und gesellschaftlichen Problemfeldern dergestalt, dass ein geschärftes Bewusstsein über Widerstandsressourcen gefördert werden kann, das Individuen dazu befähigt, mit erschöpfenden Studien- und Arbeitsbedingungen selbstverantwortlich – und nicht ausschließlich an kompetitiven Wertmaßstäben orientiert – umzugehen. Die Dimension der Eigenverantwortung, bei der es auch um die Auslotung der Grenzen von Autonomie, Souveränität und Autarkie geht, berührt einen bisher wissenschaftlich nur unzulänglich in die Thematik eingebundenen Aspekt: die Frage nach dem gelingenden Leben oder nach dem Glück des Menschen. Neuroenhancement dient der Steigerung des Wohlbefindens (Wohlbefinden als Glücksbedingung) und befördert somit den Anspruch auf ein gelingendes und gutes Leben. Die pharmakologische Verbesserung des Menschen, die eine Steigerung des Funktionsniveaus des Gehirns beinhaltet, wurde somit auch innerhalb der Problematik der Tugendethik diskutiert. Folgendes theoretische Problem stellt sich dabei für die Tugendethik: Es müsste gezeigt werden, dass es möglich ist, einen für alle Menschen gleichermaßen verbindlichen Lebenszweck anzugeben; wenn moralische Urteile auf Tatsachen des menschlichen Lebens verweisen, müsste außerdem gezeigt werden, wie diese Urteile handlungsleitend sein können. Kritisiert wurde in diesem Zusammenhang der Zwang zur Perfektion: Es entstehe, gesellschaftlich vermittelt, zwangsläufig ein allgemeiner Leistungsdruck, der wiederum auf fehlgeleitete gesellschaftliche Ideale zurückzuführen sei. Verstärkt werde dieser Trend noch durch unkritische Berichterstattung in den Medien, die damit den Druck noch verstärkten und eine eigenverantwortliche und dem Mainstream entgegenwirkende Lebensgestaltung verhinderten.

ORIENTIERUNGSWISSEN DURCH INTERDISZIPLINÄRE FORSCHUNG

Die hier angeführten Beispiele sollten verdeutlichen, dass nur durch interdisziplinäre Forschung ein funktionsfähiges Orientierungswissen gewonnen werden kann, bei dem Informationen und Erkenntnisse verschiedener Art und Herkunft unter dem Aspekt der Fragestellung – hier Nutzen und Gefahren des Neuroenhancements – integriert werden. Ziel ist dabei die Gewinnung von Richtlinien, die den eng begrenzten Bereich der Neuroethik in Richtung wissenschaftsethische Überlegungen überschreiten: Im Kontext der Debatte um Neuroenhancement geht es in der Neuroethik zunächst darum, zu einer rational begründeten normativen Einschätzung dessen, was erlaubt oder verboten werden sollte, zu gelangen. In der Überschreitung hin zur Wissenschaftsethik

müssten diese Ergebnisse nach hinreichender Recherche an einen weiter definierten Kontext, der für das Thema von Belang ist, angebunden werden, um historische, geisteswissenschaftliche und soziokulturelle Zusammenhänge, zu denen zum Beispiel aktuelle neurophysiologische Erkenntnisfortschritte und ihre technologische Umsetzung gehören, angemessen zu berücksichtigen.

Die genauere Untersuchung innerhalb der hier thematisierten Bereiche, bei der eine Theorie-Praxis-Vermittlung angestrebt wird, verspricht Aufschluss darüber, ob sich nun die Anzeichen der oben befürchteten Entwicklung zu mehren beginnen. In einer im Anschluss an das Diskursprojekt erscheinenden Sammelbandpublikation werden weitere Bereiche im Fokus der Thematik aus dieser Theorie-Praxis-Perspektive beleuchtet. In diesem Sammelband sind Mitwirkende an den Symposien sowie weitere Experten aus verschiedenen Fachdisziplinen vertreten (Arbeitswissenschaft, Anthropologie, Pädagogik, Philosophie, Techniksoziologie, Medizin, Politikwissenschaft, Psychologie/Psychosomatik, Soziologie).

Die kritische Diskussion der normativen Fragen, die sich aus dem Diskursprojekt ergeben, und deren Einbindung in einen breiteren öffentlichen Dialog könnten der Gewinnung eines Minimalkonsenses dienen, der eine weitere Grundlage der ethischen Entscheidung bildet. Und im Fortgang der Zeit müsste dieser Minimalkonsens sich entweder bewähren oder modifiziert beziehungsweise revidiert werden – und insofern der vermeintlich richtige Standpunkt.

Das Diskursprojekt „Brave new brain“ des Fachbereiches Gesellschaftswissenschaften und Soziale Arbeit der Hochschule Darmstadt wird von Nicola Erny und Jan C. Schmidt geleitet.

„Können Sie mich hier rauslassen?!“

Generationenkonflikte im aktuellen deutschen Spielfilm

STEFANIE MATHILDE FRANK

Geboren 1981 in Erfurt, Studium der Theaterwissenschaft / Kulturellen Kommunikation, Philosophie und Kulturwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seit 2008 Doktorandin am Seminar für Medienwissenschaft. Ihr Forschungsschwerpunkt ist die deutsche Film- und Mediengeschichte.

Selten waren die Lebenswelten jüngerer und älterer Menschen ähnlicher und verschiedener zugleich. Die alten Milieus und festgezurrten Generationsmuster, die sich über Lifestyle, Musik und Konsumgüter definierten, haben sich in ihren Erscheinungsbildern aufgelöst. Im Kontrast dazu divergieren die Zukunftsperspektiven und Realitäten zwischen Jung und Alt fundamental: Während sich Arbeitswelten in Ost und West – so unterschiedlich sie auch waren – bis in die 1990er-Jahre mit lebenslangen Arbeitverhältnissen und einer Aussicht auf eine „sichere“ persönliche Zukunft verbanden, gestern die Ansprüche



des mobilen Arbeitsmarkts, ungewisse Rentenaussichten und die Veränderungen traditioneller Familien durch die gegenwärtigen Lebenswelten der Kindergeneration. Damit stehen solidarische Konzepte wie der Generationenvertrag, Zukunft und Sicherheit zur Debatte. Tiefe Verunsicherung erzeugt zudem die Zerstörung der natürlichen Umwelt. Diese Themen betreffen verbindend und trennend die Auseinandersetzung zwischen den Generationen. Es mögen inhaltliche Fragestellungen sein, die bis dato vor allem dem Dokumentarfilm vorbehalten gewesen sind, doch jetzt finden sie sich – in aller Ambivalenz – auch im aktuellen Spielfilm.

Die deutschen oder amerikanischen Filme, die einst die Schwierigkeiten und Probleme zwischen den Generationen inszenierten, sind längst zu etablierten Klassikern avanciert: *Rebel Without A Cause* (1955), *Die Halbstarken* (1956) oder *Berlin – Ecke Schönhauser* (1957). Sie konnten in der filmischen Umsetzung auf die Codes der Mode und Musik rekurrieren. Im deutschen Kino übersetzten sodann der Autorenfilm und – nach der Wiedervereinigung – die Beziehungskomödie Aktualität ins Filmische. Das hat sich seit einigen Jahren geändert. Der deutsche Spielfilm

glänzt derzeit im In- und Ausland durch die Hinwendung zu Stoffen der deutschen Vergangenheit – genannt seien hier nur Sophie Scholl (2005), *Das Leben der Anderen* (2006) oder jüngst *Russendisko* und *Barbara* (2012). Die Perspektiven junger Menschen jedoch bleiben in diesen deutschen Erfolgsfilmen bestenfalls im historischen Gewand ernst oder heiter verkleidet.

VORBEI DIE ZEITEN, IN DENEN DIE ÄLTEREN UNBEDINGT ELTERN WAREN!

Ferner dominieren die kürzlich viel diskutierten „Alte-Leute“-Themen: *Wolke 9* etwa, „eine leidenschaftliche und tragische Lebensgeschichte von alten Menschen in Berlin“, jubelte die *Süddeutsche Zeitung*, als Andreas Dresens Film 2008 in Cannes Premiere feierte. Dieser Film verortet das Thema Senioren außerhalb der familiären Funktionalität und verweist damit auf einen wichtigen Punkt des Problems: Der Film verarbeitet die Ausdifferenzierung der Gesellschaft, was bedeutet, dass Generationenkonflikte heute nicht mehr als konzeptuell übergreifende Eltern-Kind-Kontroversen inszeniert werden können. Vorbei die Zeiten, in denen die Älteren unbedingt Eltern waren! Vorbei die Zeiten, in denen Adoleszenz als Kriterium des jungen Protagonisten fungierte! Denn es sind grundlegend neue Protagonisten: der suchende oder fordernde Jugendliche und das erwachsene Kind der Wohlstandsjahre, das die alten Sicherheiten und Lebensweisheiten nicht einzulösen vermag. In einem Streifzug durch das vergangene deutsche Kinojahr lassen sich genau diese Differenzierungen exemplarisch aufspüren.

Bereits auf der Berlinale im Februar 2012 prägte in einem der drei deutschen Wettbewerbsbeiträge die Auseinandersetzung zwischen Eltern und Kindern die Filmhandlung. Regisseur Hans-Christian Schmid legte mit *Was bleibt* einen Film vor, der einen Wochenendbesuch der erwachsenen Söhne bei den Eltern im Ruhestand zum Anlass nimmt, alte und neue Familienkonflikte auszuloten. Während die beiden Söhne ihre Rivalitäten und ihre Lebensstile zwischen schreibendem Wahlberliner mit Kind und biederem Landzahnarzt aushandeln, beschließt die Mutter – dargestellt von Corinna Harfouch –, ihre Psychopharmaka abzusetzen und damit den Schritt in ein neues Leben zu wagen. Es wird viel geredet, gestritten und – in einer der rührendsten Szenen – gemeinsam Charles Aznavour gesungen.

HYPOTHEKEN GLÜCKLICHER FAMILIEN

Als die Mutter verschwindet, bricht die heile Welt endgültig zusammen, die Familie wird vergeblich im großen deutschen (und gesunden) Wald nach ihr suchen. Der dominante Vater, gespielt von Ernst Stötzner, verbirgt nun seine langjährige Liebesaffäre nicht mehr vor den Söhnen. Der dramatische Konflikt löst sich auf, die Konflikte der Familie bleiben virulent. Es bleiben den Kindern und mit ihnen den Zuschauern nur Rat- und Sprachlosigkeit. Die Erben des inszenierten Wohlstands der 1970er-Jahre erscheinen als erwachsene Kinder, die mit den unausgesprochenen Hypotheken der glücklichen Familie

zu kämpfen haben: Während den angepassten Sohn die Schulden seiner Praxis und das Scheitern gegenüber dem erfolgreichen Verleger-Vater erdrücken, wagt selbst der Berlinflüchtling nicht, den Eltern das Scheitern seiner eigenen Familie einzustehen.

All jene unbewältigten, unausgesprochenen Gefühle zeigt der Regisseur in kühlen Farben, vielsagenden Blicken und einsamen Protagonisten. Interessant ist dabei, dass der Typ des dominanten und wenig vorbildhaften Vaters an eine Tradition des Vater-Sohn-Konflikts anknüpft, der in der künstlerischen und performativen Ausgestaltung über die Halbstarkenkonflikte im Kino, den literarischen Expressionismus (Hasenclever und Bronnen) bis ins Theater des Naturalismus (Ibsen und Strindberg) zurückreicht.

Ganz anders die Hauptfigur in dem Film *Die Vermissten*, der ebenfalls auf der Berlinale seine Premiere feierte, allerdings in der Sektion „Perspektive Deutsches Kino“. Jan Speckenbach inszenierte in seinem ersten Spielfilm einen Vater (André Hennicke), der seine Vaterschaft über Jahre verdrängt hat, sich aber nun auf den Weg macht, um seine verschwundene vierzehnjährige Tochter zu suchen. Der Ingenieur für Strahlenschutz, der am Beginn des Films müde im kühlen Scanner seinen Körper nach nuklearen Resten checken lässt, begibt sich in eine Art „Coming-of-Age-Roadmovie“. Scheint sich der Film zunächst noch auf Familienkonflikte zu fokussieren, verliert er sich leider zusehends im Fahnden des Vaters, den die Bilder als ziellos Suchenden ausstellen. Seine Tochter wird er sehen, aber nicht sprechen. Am Ende lässt er sie ziehen.

ANACHRONISTISCHE FREIHEIT UND EIGENSINN

Stattdessen begegnet er dem Mädchen Lou, das ihn – und den Zuschauer – in knappen Formulierungen in die Lebenswelt der vermissten Kinder einführt. Die erste gemeinsame Szene, in der er sie in seinem Wagen gen Wolfsburg mitnimmt, endet im trotzigen „Können Sie mich hier rauslassen?!\", an einer Kreuzung im Irgendwo. Das scheint paradigmatisch für die Haltung der Jugendlichen, wie sie Jan Speckenbach beschreibt.

Eigensinnig flüchten Jugendliche vor den Erwachsenen in ein selbst organisiertes Leben und finden – in den leeren Landschaften Niedersachsens – Gemeinsamkeit untereinander. Als sie noch innerhalb der Gesellschaft lebten, diente Facebook ihrer Kommunikation. Nun als Outlaws stellen sie die modernen Medien in einen schroffen Gegensatz zum anachronistisch gewordenen „Leben in Freiheit“: Eine Ratte mit Flügeln haben sie zu ihrem gemeinsamen Symbol gemacht! Aus den Tauben, die als altmodische Brieftauben den „ausgestiegenen Kindern“ wieder als Träger von Freiheit und Kommunikation dienen, werden in der Tat „Ratten der Lüfte“, wie sie in verschmutzten Großstädten allgegenwärtig sind.

SICHERHEIT IM OUTLAW-LEBEN

Der Protagonist steigt sukzessive ab in die Ohnmacht der ausgebrochenen Kinder, die von den Staatsorganen der Erwachsenen verfolgt und eingesperrt werden. Er

selbst gerät mit ihnen in Konflikt und flieht mit Lou. Ihr wirft er vor, das Leben so zu nehmen, „als ob es endlos Nachschub gibt“. „Besser als selbst Nachschub zu sein“, kontert sie knapp.

So wie diese dialogischen Passagen deuten die Bildkontraste zwischen den sorgsam eingerichteten Wohnungen der Erwachsenen und der kalten, unbarmherzigen Freiheit der Natur, in die sich die Jugendlichen zurückgezogen haben, auf das grundlegende Thema der generationalen Auseinandersetzung hin: Wir folgen einem Ingenieur für die Atomkraftsicherheit in ein Outlaw-Leben, das den Jugendlichen offensichtlich sicherer erscheint als das vorgelebte Leben der Erwachsenen. Die von Verkehr und Industrialisierung zerklüfteten Landschaften, rauchende Kraftwerke und der groteske Tanz des Vaters mit einer ebenfalls nach ihrem Kind suchenden Mutter – zum Alexandra-Ökoschlager „Mein Freund der Baum ist tot“ – künden von einer tiefen Sorge um die verwundete Natur.

AUFKÜNDIGUNG DES GESELLSCHAFTLICHEN DIALOGS

Damit verraten die Andeutungen mehr über die Beweggründe der Vermissten als die kargen Dialoge und umschiffen agitatorische Eindeutigkeit. Nur bleibt der Film dabei stets dem Blick des Vaters verhaftet, den die Kamera in endlos erscheinende Nahaufnahmen verfolgt. Die Bilder der Kameratotalen betten ihn ein – meist dezidiert klein im Raum, vor allem immer wieder durch Scheiben und Spiegel von der Welt um ihn getrennt. Die Jugendlichen

sind es, die diese Glasbarrieren mit ihren Steinen splittern lassen. Schließlich erblickt der Vater das Kindercamp der Vermissten, das durch die flüchtenden Vorschulkinder inmitten der Menge umso schockierender wirkt. Die Gewalt der herannahenden Bürgerwehr erscheint umso bösartiger. Aber gerät der Film nicht eben durch die Konzentration auf den Vater zu einem Paradox? Es erscheint konsequent, die titelgebenden Vermissten in ihren Motiven und Gedanken zurücktreten zu lassen; konsequent auch, mehr Fragen und Assoziationen als Antworten zu inszenieren. Die Jugendlichen dieses Films haben den Generationenvertrag gekündigt, sie steigen aus und verweigern damit den gesellschaftlichen Dialog. Diese Verweigerung wird nicht romantisch verklärt, sondern erscheint – in der Aufkündigung jeglicher Solidarität – ebenso fürchterlich wie die nackte Gewalt der Erwachsenenwelt. Doch mit diesem beobachtenden, positiven Vater und dessen unbedingtem Willen, zu verstehen, gerät eben auch die Perspektive von jungen Menschen ins Abseits.

An diesem Punkt begegnen sich beide Filme. Zwar folgt *Die Vermissten* – im Kontrast zum dominanten Vater aus *Was bleibt* – einem ohnmächtigen Protagonisten. Doch entfaltet die von ihm mitgestaltete Lebenswirklichkeit ein ungeheures Bedrohungspotenzial, aus dem diese jugendlichen Kinder aussteigen. Die dezidiert „junge“ Perspektive wird in beiden Filmen ins Sprachlose radikaliert. Die Suche nach Bildern, die Differenzen und Themen erfahrbar zu machen, das Ausloten der Stummheit sind in diesem Kontext möglicherweise das, was der Spielfilm leisten kann. So spiegeln die Filme bei allen dramaturgischen Eigenarten trotz höchst divergierender Handlungen und Protagonisten deutlich die Themen und die Ambivalenzen, die aktuelle filmische Inszenierungen von Generationen und ihren Konflikten an Wirklichkeitsdeutung leisten und aushalten können.

Fotos:

Stills aus „*Die Vermissten*“ von Jan Speckenbach
© JUNIFILM/Jenny Lou Ziegel



„Buntscheckige Fetzen“

Junge Menschen zwischen den Kulturen

*„Wir bestehen alle nur aus buntscheckigen Fetzen,
die so locker und lose aneinanderhängen,
dass jeder von ihnen jeden Augenblick flattert, wie er will ...“*

(Michel de Montaigne)

SERAP GÜLER

Geboren 1980 in Marl, integrationspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.

Die Frage nach dem „Wer bin ich?“ stellt sich jedem von uns, vor allem den Heranwachsenden, und sie ist durch den Bestsellerautor Richard David Precht im Titel

eines seiner Bücher nur halb im Scherz um gleich zwei weitere Fragestellungen verkompliziert worden: „... und wenn ja, wie viele?“ Die eigene Identität zu finden ist sicherlich eine der großen Herausforderungen des Erwachsenwerdens. Die heutige Pluralität der Möglichkeiten, das eigene Leben zu gestalten, macht es spannender, aber gewiss auch schwieriger als früher, die eigene Persönlichkeit, die Identität auszubilden.

Nicht wenige halten die Fragen aus dem Buchtitel Prechts auch für bestens geeignet, um sie an unsere deutsche Gegenwartsgesellschaft zu richten. Muss sich nicht auch die deutsche Zuwanderungsgesellschaft die Frage stellen, wer sie ist, wer wir sind und wer alles dazugehören soll? Zumindest erwecken manche Äußerungen durchaus den Eindruck, dass es da eine Gesellschaft gibt, die noch dabei ist, eine neue soziale Wirklichkeit zur Kenntnis zu

nehmen und sich dazu zu positionieren. Diese neue Wirklichkeit, die so neu gar nicht ist, ergibt sich zu einem erheblichen Teil aus der Tatsache, dass annähernd zwanzig Prozent der Einwohner Deutschlands eine Zuwanderungsgeschichte haben.

Nun sind weder Gesellschaften noch Personen frei, die eigene Identität uneingeschränkt zu gestalten. Niemand ist ein weißes Blatt, das nach Herzenslust beschrieben werden könnte. Vielmehr ist vieles schon eingeschrieben, manches davon unauslöschlich, was prägt und definiert. Elternhaus und Familienverhältnisse, frühe Prägungen, das soziale Umfeld – all diese Faktoren haben schon Spuren in unserer Persönlichkeit hinterlassen, bevor wir wissen oder zu wissen glauben, wer wir sind.

Das gilt natürlich für jeden jungen Menschen. Für junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte kommt allerdings ein weiterer Faktor hinzu: Zuschreibungen, sowohl der Mehrheitsgesellschaft wie auch der eigenen Herkunftsgruppe, die identitätsbildend sind. Im Amtsdeutsch ist es das Etikett „Zuwanderungsgeschichte“. Die Umgangssprache ist da etwas weniger distanziert, und so werden auch Kinder und Jugendliche, die ihr ganzes Leben in Deutschland verbracht haben, zu Türken, Russen, Afrikanern oder Aussiedlern.

ZWEI SPRACHEN, ZWEI IDENTITÄTEN?

Für die Zuwanderer der ersten Generation war die Sache klar – für sie wie für die deutsche Mehrheitsgesellschaft. Es ist eine Generation von Männern und Frauen, die lange Zeit „Gastarbeiter“ genannt wurden. Gäste sind Anwesende auf Zeit. Es ist gar keine Frage, dass sie auch wieder gehen. Daher erschien es weder der Generation meiner Eltern noch den Deutschen sinnvoll oder erforderlich, dass Gastarbeiter Deutsch lernten. Wozu, wenn der Aufenthalt, der im Wesentlichen aus Arbeiten bestand, alsbald wieder beendet sein würde?

Die Identität dieser Generation war lange klar definiert und ist es im Grunde bis heute, auch wenn viele aus dieser Altersgruppe nicht in das Ursprungsland zurückgegangen sind. Besonders spannend ist vielmehr ein Blick auf die zweite und die dritte Generation der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Die Mehrzahl der Jüngeren, die heute üblicherweise als Migranten bezeichnet werden, wurde, anders als ihre Eltern und Großeltern, in Deutschland geboren und ist hier aufgewachsen, hat Schulen in Deutschland besucht, hier eine Ausbildung gemacht oder studiert oder ist noch damit beschäftigt. Ist ihre Identität auch klar – so klar wie die ihrer Verwandten einerseits oder ihrer Mitschüler, Freunde ohne Zuwanderungsgeschichte, andererseits?

Für die heutigen jungen Menschen aus Zuwandererfamilien in Deutschland dürfte es in vielerlei Hinsicht komplizierter sein. Deutlich wird das, wenn man sich ihr Kommunikationsverhalten einmal genauer anschaut.

Bei der jüngsten Mehrthemenbefragung der Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung ging es unter anderem um die Frage, welche Sprache von aus der Türkei stammenden Zuwanderern benutzt wird. Es zeigte sich, dass auch bei der zweiten und dritten Zuwanderergeneration in der Familie zwei Drittel der Befragten und im Freundeskreis fast die Hälfte überwiegend Türkisch sprachen.

Nun sei vor Kurzschlüssen gewarnt! Aus diesen Daten lässt sich keineswegs ein Integrationsproblem ableiten. Weil aber Sprache Identität prägt und formt – und um Identität soll es hier vorrangig gehen –, deutet das Vermögen, in zwei Sprachen zu sprechen, auch darauf hin, dass Identitätsbildung wirklich kompliziert sein kann. Hier konkretisiert sich, was der Philosoph Michel de Montaigne bereits im sechzehnten Jahrhundert als „buntscheckig“ bezeichnete, als er von Identität sprach.

CHRISTEN UND MUSLIME – NÄHE IM GLAUBEN

Ein weiterer prägender Faktor für die Identität ist die Religion. Die vielfach diskutierte Frage lautet: „Islam und Europa – passt das?“ Man kann in diesem Zusammenhang froh darüber sein, dass der damalige Innenminister Wolfgang Schäuble mit seinem Satz, der Islam sei ein Teil Deutschlands, der integrationspolitischen Debatte erheblichen Schub gegeben hat. Armin Laschet schrieb dazu 2009 in seinem Buch *Die Aufsteigerrepublik*, warum gerade die CDU als wertorientierte und religionsfreundliche Partei den Kurs der nachhollenden Integration einschlagen konnte. Für mich nachvollziehbar schrieb er, dass er sich als Christ einem gläubigen Muslim näher fühle als demjenigen, der nicht glaube und Religion aus dem öffentlichen Leben herausdrängen wolle. Dass Thilo Sarrazin demgegenüber die Ursachen für die in Teilen unzureichende Integration von Migrantinnen und Migranten muslimischen Glaubens in der „Kultur des Islam“ begründet sah, hat ihn seinerzeit zu Recht das Amt des Bundesbankvorstands gekostet.

Zu guter Letzt tritt auch der deutsche Staat mit seinem Streben nach Klarheit und Ordnung auf dem Feld der Identitätsbildung auf. Dabei fragt er nicht explizit nach Identität, sondern nach Zugehörigkeit, genauer nach der Staatsangehörigkeit.

Für junge Menschen, die ab 1990 geboren sind und deren Eltern beide eine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit haben, sieht das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht seit 2000 die sogenannte Optionspflicht vor. Mit Erreichen der Volljährigkeit, spätestens aber mit Vollendung des 23. Lebensjahres, müssen sich die sogenannten Optionskinder zwischen der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern und der deutschen entscheiden. Wer das nicht tut, verliert den deutschen Pass.

EMOTIONALE BINDUNG UND STAATSANGEHÖRIGKEIT

Montaignes „Buntscheckigkeit“ wird hier konkret erlebt in den Landesfarben, zwischen denen sich die jungen Menschen nunmehr entscheiden sollen. Da ist die Mehrheitsgesellschaft, die neuerdings fest davon ausgeht, dass sich der junge Migrant, der bis dahin weitgehend unhinterfragt auf Distanz gehalten wurde, nun ebenso selbstverständlich für die deutsche Staatsbürgerschaft entscheidet. Vielen fällt diese Entscheidung emotional schwer. Dennoch haben sich über neunzig Prozent der Optionskinder, die sich jetzt entscheiden müssen, für die deutsche Staatsangehörigkeit entschieden. Aus rationalen Gründen.

Das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht erlaubt „Buntscheckigkeit“ nicht – zumindest nicht den Drittstaatlern. Es verlangt von ihnen eine exklusive Identität, ein klares Entweder-oder. Dabei ist nicht minder realistisch, dass sich die Zugehörigkeit der jungen Zugewanderten der zweiten und dritten Generation additiv („sowohl-als auch“) oder transitiv („weder-noch“) entwickeln könnte.

Wie auch immer man zur Optionspflicht steht, klar ist, dass sie junge Menschen vor eine schwere Lebensentscheidung stellt. Eine Entscheidung, die überwiegend aus rationalen und weniger aus emotionalen Gründen zu Gunsten der deutschen Staatsbürgerschaft ausfällt. Aber genau Letzteres sollte das Ziel sein: diese jungen Menschen emotional an sich zu binden!

ZIEL: BUNT UND GEBILDET

Womit wir wieder auf die Identität der deutschen Gegenwartsgesellschaft zurückkommen: Wohin soll sich Deutschlands Identität entwickeln? In den 1970er- und 1980er-Jahren der Bundesrepublik war die „Bewahrung der Herkunftsidentität“ der Ausländer das bildungs- und ausländerpolitische Ziel. Dabei ging es den einen darum, die Rückkehr ins Heimatland „sicherzustellen“, den anderen um den Schutz vor einer vermeintlichen „Zwangsgermanisierung“. Im Ideal einer multikulturellen Gesellschaft klingt der zuletzt genannte Gedanke noch immer durch. Dabei wird allerdings übersehen, dass für viele Jugendliche das zentrale Problem der Wirklichkeit vor allem vieler Großstädte nicht darin besteht, ihre Identität nicht hinreichend entwickeln zu können, weil sie zwischen ethnischen, kulturellen und religiösen Ansprüchen zweier Gesellschaftsteile hin- und hergerissen sind. Das zentrale Problem ist vielmehr, dass es zu vielen nicht gelingt, sich in Bildungssystem und Arbeitsmarkt der Aufnahmegerügsellschaft zu integrieren. Bildungspolitik ist und bleibt daher eine der zentralen integrationspolitischen Aufgaben unserer „buntscheckigen“ Gesellschaft. Eine „Bildungsrepublik Deutschland“ (Angela Merkel) wäre zugleich auch eine integrative Nation.

Jugend im Abseits?

Neue Wege zum Berufsabschluss

CHRISTINE HENRY-HUTHMACHER

Geboren 1955 in Saarbrücken, Studium des Sozialrechts, der Sozialpsychologie und Soziologie, Koordinatorin für Bildungs-, Familien- und Frauenpolitik in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Befragt man Jugendliche in Deutschland nach ihrer Zukunft, so zeigt sich in allen aktuellen Untersuchungen eine positive Grundstimmung. Die guten Aussichten auf dem Arbeitsmarkt und der demografische Wandel, der ihre Arbeitskraft

aufwerten wird, sorgen für Zuversicht unter den Jugendlichen.

Die heutigen Jugendlichen präsentieren sich kontrolliert, vernünftig und zielstrebig. Dabei stehen Bildung, Karriere und ein gutes Einkommen hoch im Kurs. Das gilt aber nicht für alle. Wie die PISA-Studien in den letzten Jahren zeigen, wird die Bildungsorientierung der Jugendlichen stark von dem Bildungsniveau der Eltern, deren sozioökonomischem Status und der ethnischen Herkunft beeinflusst. Gerade auch die Frage, ob ein Migrationshintergrund vorliegt, wirkt sich darauf aus, wie erfolgreich die Schullaufbahn durchschritten und beendet wird. Die erfreuliche persönliche Zuversicht der Mehrheit der Jugendlichen lässt diejenigen erst recht in einer Verliererposition erscheinen, die in schulischer und beruflicher Ausbildung schlecht abschneiden.

Dabei beginnen die Leistungsunterschiede bereits in der Grundschule. Kinder aus bildungsfernen Familien, in denen es nur wenige Bücher gibt, gehen bereits mit einem Leistungsrückstand von bis zu einem Jahr an den Start. Wie der internationale Leistungsvergleich der IGLU- und der TIMSS-Studie von Dezember 2012 zeigt, ist in den Disziplinen Lesen, Schreiben und Rechnen in der Grundschule eine Risikogruppe von fünfzehn bis zwanzig Prozent der Schülerschaft erkennbar, der am Ende für die weiterführenden Schulen wichtige Basisfähigkeiten fehlen und die es schwer haben wird, eine erfolgreiche Bildungskarriere einzuschlagen. Kinder mit Migrationshintergrund schneiden überall deutlich schlechter ab als ihre Altersgenossen ohne Migrationshintergrund.

RÄNDER DER LEISTUNGSESELLSCHAFT

Wie die PISA-Studien und Shell-Studien verdeutlichen, ist ein starkes Gefälle nach sozialer Herkunft im Blick auf Bildungsaspiration, Schulerfolg und persönlicher Zuversicht bei der Gestaltung der Zukunft zu erkennen. Laut Shell-Ergebnissen gehören zwanzig Prozent zu den zögerlichen, resignierten und unauffälligen Jugendlichen, die keinen großen Erfolg in Schule und Ausbildung vorweisen können, sich aber mit ihrer gegenwärtigen Lebenslage abgefunden haben. Ebenfalls zwanzig Prozent machen die erfolglosen „robusten Materialisten“ aus. Sie wollen zwar einflussreiche Positionen bekleiden und dabei das Leben genießen, ihre leistungsmäßigen und sozialen Kompetenzen reichen dafür allerdings nicht aus.

Diese Jugendlichen sieht die Shell-Studie am Rande der Leistungsgesellschaft. Vor allem Jugendliche ohne Schulabschluss oder die 1,7 Millionen Jugendlichen ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung gehören zu einer Gruppe von Jugendlichen, die kaum Möglichkeiten für eine berufliche Laufbahn sehen.

Seitdem sich Deutschland an den PISA-Studien beteiligt, zeichnet sich eine Risikogruppe ab, der es nicht gelingt, in den Berufsbereich zu münden, da sie die Anforderungen des Übergangs in den Beruf nicht bewältigen kann. Je nachdem, wie man misst, lässt sich das Potenzial der bildungsarmen Jugendlichen in Deutschland auf acht Prozent (Schulabbrecher/-innen) bis zwanzig Prozent (PISA-Risikogruppe) eines Jahrgangs beziffern. Diese Zahlen entsprechen überschlägig gerechnet bis zu 150.000 jungen Menschen, die jedes Jahr nur eingeschränkt ausbildungsfähig den Arbeitsmarkt erreichen. Jugendliche Misserfolgskarrieren häufen sich vor allem bei Jugendlichen ohne Schulabschluss und mit Hauptschulabschluss. Hinzu kommt, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund geringere Kompetenzwerte als Gleichaltrige ohne Migrationshintergrund aufweisen.

„Aber wenn sie zu uns in die Schule kommen, haben unsere Schüler/-innen schon viel erlebt, schwierige familiäre Geschichten, Geschichten von Migration, Flucht, Arbeitslosigkeit, auch von Gewalt. Und wir verlangen von ihnen, dass sie einfach funktionieren“ (Hauptschullehrerin). Sie funktionieren jedoch nicht, sind oft phlegmatisch, ängstlich, desinteressiert, ohne Biss – und so ernten sie in der Schule Misserfolge. Manche resignieren vollends. Ein Teufelskreis entsteht.

Zwar wirkt ein ganzes Bündel unterschiedlicher Faktoren auf den Lern- und Entwicklungsprozess der Jugendlichen ein, doch gehören die Mitgift „Familie“ sowie die Peergroup zu den prägendsten Einflüssen. Alltagsbewältigung, familiäre Orientierung, Peergroup, soziale Einbindung und die konkreten individuellen Fähigkeiten und Kompetenzen wirken ineinander und beeinflussen die persönliche Entwicklung und die Bildungsbiografie der Jugendlichen.

Gerade die Frühadoleszenz, das Alter von dreizehn bis vierzehn Jahren, ist zur wichtigen Schaltstelle in der Haltung von Schülern gegenüber Schule und Lehrern geworden. Manche Lehrer sehen diese Phase bereits in der Altersspanne zwischen zehn und zwölf Jahren. Die Schüler gehen in diesem Alter in eine deutlich stärkere Distanz zur Schule; ihr positiver Schulbezug sowie auch die Akzeptanz der Lehrer gehen zurück, damit verbunden die Schul- und Lernfreude.

SCHULE VOR NEUEN HERAUSFORDERUNGEN

Demgegenüber gewinnen Peergroups und jugendkulturelle Welten an Bedeutung und Einfluss. In diesem Alter bilden sich auch schuldistanzierte Milieus heraus, in denen die Schuldistanz durch die Peers Anerkennung findet und somit der Selbstwert der Jugendlichen gestärkt wird. Schule und Bildung erfahren eine Konkurrenz durch die Anerkennung der Peers. Das hat wiederum Rückwirkungen auf die Schule beziehungsweise den Unterricht. Es kommt zur jugendkulturellen Durchdringung der Schule – mit der Folge, dass ein Spannungsverhältnis zwischen den von der Schule geforderten Leistungen und der jugendlichen Eventkultur entsteht. Verschärft wird diese Spannung durch die Entwicklung vom Bildungsprivileg zum Bildungszwang. Den Jugendlichen ist durchaus bewusst, dass ein erfolgreicher Bildungsabschluss die Voraussetzung für eine spätere erfolgreiche Teilnahme am Arbeitsmarkt ist.

International zeichnet sich ein ähnliches Bild ab. Soziale Ungleichheit, geschlechtsspezifische und ethnische Segregation, Armut, Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsmarktlage bilden ein Geflecht der Benachteiligung, mit dem eine Reihe von modernen Gesellschaften zu kämpfen haben. „Good-Practice-Center“ versuchen, über international bestehende Lernpartnerschaften und Kooperationen die *effective measures of school-to-work-transition* zu analysieren

und daraus Konsequenzen zu ziehen. Persönliche und strukturelle Faktoren summieren sich zu einem Zusammenspiel, das in biografischen Verläufen Lern- und Bildungsprozesse befördert oder behindert. Eltern und Peers sind genauso wie Schule und Medien in diesen Prozess involviert. In der Schule entwickeln sich beispielsweise aus diesem Konglomerat Anerkennungsproblematiken, die jugendliche Risikoschüler dazu veranlassen, sich von schulischen Bildungsprozessen ganz bewusst zu distanzieren, nicht nur über schulischen Absentismus, sondern auch durch schulisches Stören oder mit schlechten Abschlüssen.

Die zwanzig Prozent „robusten Materialisten“ unter den Jugendlichen (Shell-Studie) sind durch ein niedriges Niveau von Leistungsfähigkeit und schulischer Abschlusskompetenz gekennzeichnet. Viele von ihnen haben sich bereits während der Schulzeit aufgegeben. Sowohl in fachlicher als auch in sozialer und persönlicher Hinsicht sind die Jugendlichen in ihrer Entwicklung weit zurück. Geringe Selbstständigkeit, Unzuverlässigkeit, geringe Lern- und Leistungsbereitschaft, niedrige Ausdauer und ungenügendes Durchhaltevermögen kennzeichnen diese Jugendlichen. Das sind in der Ausbildung belastende Dauerthemen der Ausbilder.

Zahlreiche Studien zeigen, dass eine Gruppe von zwanzig Prozent der Jugendlichen nicht mithält. Bei jedem fünften Jugendlichen ist ein soziales Deklassierungsdenken zu erkennen. In der Mehrzahl sind es junge Menschen aus bildungsfernen Schichten und zerrütteten Familien. Diese Jugendlichen hatten bereits in der Schule das Gefühl, abgehängt zu sein.

Allerdings verbessert der demografisch bedingte Rückgang der Schülerzahlen mit einer als problematisch einzustufenden Bildungsbiografie die Ausbildungssituation der Jugendlichen. Der demografische Wandel allein wird es allerdings nicht richten. Um zu verhindern, dass die Gruppe der Geringqualifizierten weiter wächst, steht die schulische und berufliche Bildung vor neuen Herausforderungen. Dabei ist bereits ein Training von Soft Skills in der Grundschule von Bedeutung. Wie amerikanische Programme zeigen, können persönliche und soziale Fähigkeiten in der Grundschule erfolgreich vermittelt werden.

ERFAHRUNGEN POSITIVER SELBSTWIRKSAMKEIT

Betrachtet man im Nachhinein die gescheiterten Bildungsbiografien von Jugendlichen, dann ist festzustellen, dass viele dieser Jugendlichen zwischen zwölf bis vierzehn Jahren der Schule „verloren“ gegangen sind. Die Pädagogen in den Schulen stellen fest, dass die Jugendlichen mit dem „Normalmodell“ Schule kaum zu erreichen sind. Daher ist über neue Lernformate nachzudenken,

die praktisches Arbeiten und Lernen verbinden. Mit dem „produktiven Lernen“ wird Kindern und Jugendlichen eine Alternative zu den kognitiv ausgerichteten Lernsettings angeboten, die ihnen zu Erfahrungen positiver Selbstwirksamkeit verhelfen könnten.

Neben einer Begleitung in der Schule und einer assistierenden Betreuung in der Ausbildung sind diese Jugendlichen, die mehrfach Risiken in ihrer Entwicklung ausgesetzt sind, auf eine enge Zusammenarbeit von verschiedenen Institutionen angewiesen. Konkret plädiert die Konrad-Adenauer-Stiftung in ihrem Reformansatz (siehe Literaturhinweis) für die Einführung einer Jugendagentur, in der die relevanten Akteure unter einem Dach zusammenarbeiten, ohne dass sie ihre Herkunftsbehörde aufgeben müssen. Diese Jugendagenturen wären für die gesamte Fallsteuerung zuständig. Denn die vorhandene Unübersichtlichkeit der zahlreichen Maßnahmen ist für den Jugendlichen wenig hilfreich. Die Bündelung und Steuerung der Maßnahmen, eine frühe Berufsorientierung und ein praxisorientiertes Lernformat sowie eine assistierte Ausbildung sind wichtige Unterstützungsmaßnahmen, die den Jugendlichen mit Startschwierigkeiten den Weg zu einem erfolgreichen Berufsabschluss ermöglichen.

Literatur:

Christine Henry-Huthmacher / Elisabeth Hoffmann (Hrsg.):
Der erfolgreiche Weg zum Berufsabschluss – neue Reformvorschläge,
Sankt Augustin / Berlin 2011.

Generation Y

Porträt einer neuen Mitarbeitergeneration

CHRISTIAN SCHMIDT

Geboren 1967 in Münster, seit 2009
Medizinischer Geschäftsführer der
Kliniken der Stadt Köln gGmbH.

„Die Jugend liebt heute den Luxus, sie hat schlechte Manieren, verachtet die Autorität, hat keinen Respekt mehr vor älteren Leuten und diskutiert, wo sie arbeiten sollte.“ Das

soll Sokrates (geboren um 470, gestorben 399 vor Christus) gesagt haben. Der „Clash of Generations“ ist weit davon entfernt, ein ausschließliches Phänomen unserer Zeit zu sein. Naturgemäß sind auch die Erwartungen junger Menschen an ihren Arbeitsplatz andere als bei vorangegangenen Generationen. Das alles sollte uns eigentlich gelassen stimmen. Nur ist die heutige Situation mit Blick auf die demografischen Effekte und wegen des erheblichen Fachkräftemangels, insbesondere bei jungen Mitarbeitern, deutlich schwieriger.

Grundlegend geändert haben sich die Gründe, warum junge Menschen einen bestimmten Arbeitgeber auswählen. Eine Umfrage unter über 1.600 Studierenden der Medizin vor Beginn der Arbeit als Arzt zeigte, dass gutes Arbeitsklima, Breite und Verbindlichkeit der Ausbildung sowie ein familienfreundliches Umfeld heute an erster Stelle stehen (siehe Umfrage in

der Zeitschrift HNO laut Literaturverzeichnis). Zur dieser Erkenntnis kommt auch der *Workplace Survey* von Robert Half.

Für Unternehmen, die künftig verstärkt um qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werben müssen, lohnt es sich, die Generation Y, die nach 1981 Geborenen – also die heute Zwanzig- bis Dreißigjährigen –, intensiver zu betrachten. Die Nachkriegsgeneration, Babyboomer und Generation X haben bisher das Arbeitsleben dominiert. Die auf sie folgende Generation Y charakterisiert sich jedoch dadurch, dass die, die ihr angehören, zwar als technisch hoch interessiert und ausgebildet gilt, aber insgesamt weniger gut auf die Arbeitswelt vorbereitet ist als ihre Vorgänger. Das bestätigen aktuelle Studien von Schofield und Honoré von der Ashridge Business School in England. Der Umgang mit diesen sehr selbstbewussten und fordernden Mitarbeitern, die mit hohen Erwartungen an den Arbeitsplatz kommen, fällt vielen erfahrenen Kollegen jedweder Branche oftmals schwer.

Die Generation Y arbeitet gerne mit modernsten Technologien, wobei eher eine Faszination für technische Spielereien als fundiertes IT-Wissen vorhanden ist. Diese Generation ist an Laptops, das Web 2.0 und andere Kommunikationsinstrumente gewöhnt und kann sich schnell in neue Applikationen einarbeiten. Darüber hinaus herrschen große Ansprüche an die Ausstattung des Arbeitsplatzes: Internetzugang, ein eigener Schreibtisch und Ruhezonen sind laut Studien wichtige Forderungen.

TRAINING IN SOFT SKILLS GEFORDERT

Die Generation Y kommuniziert sehr intensiv über elektronische Medien, scheint laut aktuellen Untersuchungen aber Defizite bei der direkten Interaktion mit Menschen zu haben. Das betrifft den Umgang sowohl mit Kunden als auch mit Mitarbeitern. Anscheinend fehlen den Jobeinsteigern Kenntnisse in der Teamdynamik und der Unterstützung von Teamzielen. Aktuellen Studien zufolge benötigen diese Mitarbeiter Training in Soft Skills wie aktivem Zuhören und in der arbeitsbezogenen Kommunikation mit Kollegen. Dazu gehört auch das Basiswissen in mündlicher und schriftlicher Präsentation. Eine weitere wichtige Erkenntnis der Studien besteht darin, dass die Generation Y bei Routineaufgaben schneller gelangweilt ist als vorherige Generationen von Mitarbeitern. Etablierte Prozesse werden daher rasch hinterfragt und entsprechend den eigenen Vorstellungen geändert. Auch hier sind Führungskräfte gefordert.

Mitarbeiter der Generation Y sind an einer gut strukturierten, breiten und stetig begleiteten Ausbildung interessiert. Ihnen fehlt jedoch der Drang, mehr und tiefer gehendes Wissen zu erwerben, zu recherchieren und ihr Wissen weiterzuvermitteln. Das hat Auswirkungen auf die Motivation, in Forschung, Lehre oder Entwicklung mitzuwirken. In diese Bewertung passt der Stellenwert

von Promotion und Habilitation, die in ihrer Bedeutung abgenommen haben. Gerade für forschende Unternehmen oder Universitäten ist es jedoch wichtig, den wissenschaftlichen Nachwuchs für Forschungsthemen oder knifflige Produktentwicklungen zu begeistern. Einige Universitäten, wie beispielsweise die Medizinische Hochschule Hannover, haben im Rahmen eines Modellstudiengangs wissenschaftliches Arbeiten zum Ausbildungsinhalt des Medizinstudiums gemacht, um junge Studierende frühzeitig für die Forschung und Entwicklung zu begeistern.

Diese Art der Lerneinstellung hat mehrere Auswirkungen. Zum einen wächst das Interesse an problembasiertem Lernen, zum anderen wird weniger analysiert und mehr ausprobiert, was den Handlungsgewohnheiten des Computerspielens ähnelt. Als Folge sinkt die Aufmerksamkeitsspanne. Das bedeutet wiederum, dass dort, wo Wissen vermittelt wird, kürzere Zeiteinheiten für die Wissensvermittlung sinnvoll sind. Wöchentliche Fortbildungen gewinnen somit an Bedeutung. Bei den Lerninhalten zählt, dass sie relevant für den Arbeitsalltag sein müssen, Erlebtes besser verständlich machen und bei der Lösung konkreter Probleme hilfreich sind. Daher sollten Kurse und Seminare für diese Mitarbeiter weniger das klassische Konsumieren und Zuhören, sondern mehr die aktive Teilnahme fordern beziehungsweise „Hands-on“-Charakter haben.

Für die Weiterbildung sieht sich die Generation Y kaum selbst in der Verantwortung. Vielmehr treten diese Mitarbeiter als fordernde Konsumenten auf, die von ihrem Arbeitgeber Bildungsangebote und Unterstützung erwarten. Die Berufseinsteiger wollen dazulernen, denn in Untersuchungen werteten sie die berufliche Weiterbildung als einen der fünf wichtigsten Jobfaktoren. Für Arbeitgeber ist es daher wichtig, relevante Fortbildungen mit Kostenübernahme anzubieten und zusätzlich darauf zu achten, dass soziale Kommunikations- und Managementfähigkeiten weiterentwickelt werden können.

FAMILIE GEHT VOR GEHALT

Wegen des hohen Frauenanteils steht das familienfreundliche Umfeld bereits an vierter Stelle. Gerade hier bleibt für zahlreiche Arbeitgeber viel zu tun. Die Anzahl der Kitaplätze nimmt mittlerweile zu, aber das Problem besteht im mangelnden Betreuungsangebot für Grundschüler, um Müttern die Berufstätigkeit zu ermöglichen. Wie eine durch das Bundesfamilienministerium in Auftrag gegebene Studie feststellt, könnten in Deutschland derzeit 460.000 nicht erwerbstätige Mütter bei einer flächendeckenden Ganztagsbetreuung, wie in Skandinavien, in ihren Beruf zurückkehren. Nach dieser Studie würden 77 Prozent der Eltern zwischen 25 und 39 Jahren für mehr Familienfreundlichkeit die Arbeitsstelle wechseln. Über neunzig Prozent der Beschäftigten

zwischen 25 und 39 Jahren mit Kindern ist Familienfreundlichkeit bei der Arbeitgeberwahl sogar wichtiger als das Gehalt.

Die derzeitigen Defizite bei der Kinderbetreuung konnte der „Grundschulcheck“ des Deutschen Industrie- und Handelskammertages bestätigen: Nicht einmal jede vierte Grundschule bietet eine durchgehende Betreuung an, so dass die Ferienzeit – dreizehn Wochen – berufstätige Eltern vor erhebliche Schwierigkeiten stellt. Auch die Nachmittagsbetreuung ist unzureichend. Nur jedes zwölftes Kind in Deutschland wird dreißig Stunden und mehr in der Schule betreut. Dabei bieten in den neuen Bundesländern immerhin 98 Prozent der Grundschulen Programme an, während in den alten Bundesländern nur 85 Prozent eine Nachmittagsbetreuung zur Verfügung stellen. In Schweden sind dagegen alle Grundschulkinder ganztags versorgt, in Italien bis zu neunzig Prozent, in Großbritannien und in Frankreich knapp siebzig Prozent.

Als Folge haben zahlreiche Großunternehmen in Deutschland selber nachgebessert. Beispielhaft sind Ferienprogramme von Siemens, Boehringer Ingelheim und BASF zu nennen. Auch einige Universitäten bieten mittlerweile entsprechende Programme an (zum Beispiel die Medizinische Hochschule Hannover). Gerade für Arbeitgeber wie Krankenhäuser, die einen hohen Frauenanteil aufweisen, ist das von Bedeutung, denn der Frauenanteil wird dort weiter zunehmen. Will ein Unternehmen diese Karrieregruppe nachhaltig anwerben und binden, sollte es seine Familien- und Qualifizierungsprogramme rasch anpassen.

ENGMASCHIGES COACHING

Interessant an der Generation Y ist die Widersprüchlichkeit beim Thema Führung. Auf der einen Seite werden Hierarchien abgelehnt, gleichzeitig jedoch ein engmaschiges Coaching und eine Anleitung beziehungsweise Unterstützung beim Arbeitsalltag gewünscht. Akzeptiert wird fachliche Kompetenz, was sich in der Auswahl des Arbeitgebers nach Ausbildungsqualität widerspiegelt. Der Generation Y fällt jedoch die angemessene Einforderung einer guten Ausbildung schwer. Diese Mitarbeiter gehen davon aus, dass jeder streng nach seinen Leistungen befördert wird und das Dienstalter keine Rolle spielt. Diskussionen über diese Themen sind mit der Generation Y in vielen Branchen Alltag, was ältere Kollegen häufig vor Herausforderungen stellt. Insgesamt wird das Führen anspruchsvoller, denn neben der Rolle als Mentor und Coach gilt es, die Arbeitsinhalte der jungen Mitarbeiter sinnvoll zu gestalten. Die Generation Y will ernst genommen und mit anspruchsvollen Aufgaben beauftragt werden. Darüber hinaus werden kontinuierliches Feedback und regelmäßige Personalentwicklungsgespräche, in denen Perspektiven für die Ausbildung besprochen werden, erwartet. Ohne ein strukturiertes Weiterbil-

dungscurriculum, lebensabschnittsadaptierte Arbeitszeiten beziehungsweise flexible Auszeiten (wie Elternzeit und unbezahlter Urlaub) werden viele dieser Mitarbeiter nicht zu halten sein. Das stellt schließlich auch erhebliche Anforderungen an die Planung der Arbeits- beziehungsweise Einsatzzeiten, vor allem für Branchen wie Krankenhäuser, die 24 Stunden Personal vorhalten müssen.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Aufgrund der demografischen Entwicklung wird sich der Anteil der Menschen zwischen zwanzig und fünfzig Jahren in den nächsten zwanzig Jahren um 25 Prozent verringern. Daher wird es künftig einen noch größeren Fachkräftemangel geben. Die Bedeutung der sogenannten Generation Y als Arbeitnehmer steigt weiter. Diese Generation der Zwanzig- bis Dreißigjährigen ist durch ein hohes Selbstbewusstsein und eine eingeschränkte Kritikfähigkeit gekennzeichnet. Die Mitarbeiter dieser Generation „leben beim Arbeiten“ und lehnen Hierarchien ab, obwohl sie gleichzeitig eng geführt und hervorragend durch ihre Mentoren ausgebildet werden wollen. Ihre Kommunikationswege basieren auf Netzwerken, Internet und Computer. Deshalb ist es sinnvoll, diese Mitarbeiter für den Kundenkontakt weiter zu schulen. Das stellt völlig neue Anforderungen an die Ausbildung, denn sowohl die eingesetzten Lernmedien als auch die Lerninhalte müssen angepasst werden.

Die Entwicklung dieser Mitarbeiter durch erfahrene Fachkräfte wird aufwendiger, wenn das Potenzial dieser Generation voll erschlossen werden soll. Doch gerade aktuelle Themen, wie die kontinuierliche Technisierung, passen gut mit den Fähigkeiten der Generation Y zusammen. Die Weiterentwicklung eines Unternehmens kann mit den Stärken der Generation Y gut gelingen, denn diese Mitarbeiter stellen viele Strukturen und Prozesse infrage, insbesondere weil die Repräsentanten der Generation Y für Veränderungen aufgeschlossen sind. Die Generation Y kann also zur Professionalisierung und damit zur Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens beitragen.

Literatur:

Bertelsmann Stiftung (2010):

Demografischer Wandel verändert den Erwerbspersonenmarkt,

Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, und unter

http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_31500_31501_2.pdf, letzter Abruf: 21.11.2012.

Brandenburg, Uwe/Domschke, Jörg-Peter (Hrsg.) (2007):

Die Zukunft sieht alt aus – Herausforderungen des demografischen Wandels für das Personalmanagement, Gabler Verlag, Wiesbaden.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2010):

Familienfreundlichkeit – Erfolgsfaktor für Arbeitgeberattraktivität. Personalmarketingstudie 2010, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Eigenverlag, Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2010):

Europäischer Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit. Studie in Zusammenarbeit mit der Robert Bosch Stiftung und dem Institut der deutschen Wirtschaft, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Eigenverlag, Berlin.

Deutscher Industrie- und Handelskammertag (2007): Weiterbildung 2010:

Ergebnisse einer IHK-Online-Unternehmensbefragung, 2007 und unter

<http://www.dihk.de>, letzter Abruf: 21.11.2012.

Half, Robert (2010):

Workplace Survey 2010, unter <http://www.roberthalf.de>.

Letzter Abruf: 21.11.2012

Pew Research Center (Hrsg.) (2010):

MILLENNIALS: A Portrait of Generation Next,

Pew Research Center, Pennsylvania, USA.

Neubauer, Walter (2009):

Leadership und Wertemanagement, in:

Johannes Eurich/Alexander Brink (Hrsg.), Leadership in sozialen Organisationen, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, Seite 47–59.

Robert Bosch Stiftung (Hrsg.) (2009):

Demographieorientierte Personalpolitik in der öffentlichen Verwaltung.

Eine Studie in der Reihe „Alter und Demographie“, Eigenverlag, Stuttgart.

Schmidt, C. E./Möller, J./Schmidt, K./Gerbershagen, M. U./Wappler, F./Limmroth, V./

Padosch, S. A. / Bauer, M. (2011):

Generation Y: Recruitment, retention and development. Anästhesist 60:517-524.

Schmidt, K./Meyer, J./Liebeneiner, J./Schmidt, C. E./Hüttenbrink, K.-B. (2012):

Generation Y in der HNO – Führung einer neuen Generation von Ärzten.

HNO 60:993–1002.

Statistisches Bundesamt (2009):

Im Blickpunkt: Jugend und Familie in Europa, unter

<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Publikationen/Querschnittsveröffentlichungen/ImBlickpunkt.psm1>, letzter Abruf: 21.11.2012.

Jugend weltweit

Kurzberichte aus vier Weltregionen

Indien: Die Transformation Indiens vom Entwicklungsland zur selbstbewussten Globalmacht erfolgte nicht ohne Widersprüche. Indiens demografische Dividende, das heißt ein Überschuss an jungen Menschen, der sich in den kommenden Jahrzehnten in einen wirtschaftlich vorteilhaften Überschuss an Arbeitskräften übersetzt, gilt gemeinhin als größte Stärke des Landes und als Garant für Wachstum und Wohlstand. Doch ohne praxisbezogene Ausbildungssysteme und eine am Arbeitsmarkt orientierte Bildungspolitik droht Indien mittelfristig ein demografischer Albtraum. Laut indischem Zensus von 2011 sind 54 Prozent der insgesamt 1,2 Milliarden Menschen zählenden Bevölkerung unter 25 Jahre alt. Es besteht ein eklatanter Mangel, die Möglichkeiten dieses Bevölkerungsreichtums

auszuschöpfen; er ist der indischen Gesellschaft immanent aufgrund mangelhafter Bildungssysteme, volatiler Arbeitsmärkte, starker Beharrungskräfte und ausgeprägten Hierarchiedenkens. Weder staatliche und private Bildungssysteme noch der indische Arbeitsmarkt sind gegenwärtig dafür gerüstet, selbst Hochschulabsolventen zu absorbieren. Die steigende Arbeitslosigkeit unter Akademikern bringt gerade in einer Region, in der Bildung ein hoch angesehener Statuswert ist, gravierende soziale Folgen mit sich. Die breite Kritik an der jüngsten Kabinettsbildung der Regierung angesichts eines Altersdurchschnitts der neuen Minister von 65 Jahren hat in überraschender Deutlichkeit gezeigt, dass das Thema Jugend längst zum Politikum geworden ist, an dem Regierung und Opposition im Vorwahlkampf für 2014

gemessen werden. Insgesamt haben alle politischen Kräfte eine starke Wähler- und Nachwuchsbasis, die jedoch nach wie vor kaum Zugang zu gehobenen Positionen der Parteienhierarchie erhält.

Dennoch steigen unter Indiens junger Bevölkerung kontinuierlich das Interesse an Politik und der Wunsch, später selbst im Staatsdienst oder in der Politik zu arbeiten. Ebenso geht der Ruf nach Wahlreformen zunehmend von Jung- und Erstwählern aus. Der Wechsel von der amtierenden alten Garde zur jungen Generation wird in den kommenden Jahren abrupt verlaufen und kann für das politische System sowohl den Verlust von Amtserfahrung als auch die Chance auf neue Impulse bedeuten. Noch ist die demografische Entwicklung eine Dividende und noch besteht Spielraum, diese auch abzuschöpfen. Was fehlt, sind konkrete Schritte, um den schon deutlich sichtbaren Herausforderungen im Bildungssektor und auf dem Arbeitsmarkt entgegenzutreten, sodass Indien die sich bietende demografische Chance wirklich nutzen kann.

Ende 2012 sorgte der Fall der 23-jährigen Studentin, die in einem öffentlichen Bus in Neu-Delhi Opfer einer Massenvergewaltigung durch zum Teil minderjährige Täter geworden war und an den Folgen der Tat starb, für einen Aufschrei der Empörung. Das Verbrechen, das sich in eine erschreckend lange Reihe früherer Fälle von Gewalt gegen Frauen, zum Teil unter den Augen der Polizei und der Medienvertreter, einreihet, führte zu Massenprotesten und erhöhte den Druck auf die Regierung, das Strafmaß für Jugendstrafdelikte – insbesondere bei Sexualstraftaten – drastisch zu verschärfen. Die furchtbare Tat hat für viele in Indien die zentralen sozialen Konfliktherde schlaglichtartig ins Blickfeld gerückt, mit denen sich die liberale und emanzipierte Jugend Indiens, insbesondere junge und aufstrebende Frauen, in einer weiterhin überwiegend traditionell geprägten Gesellschaft auseinandersetzen muss, ohne dass die Politik bisher gangbare Lösungswege aufgezeigt hätte.

Tomislav Delinic und Malte Gaier
Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Neu-Delhi

Griechenland: Perspektivlosigkeit charakterisiert zu Beginn des Jahres 2013 die Situation der Jugend in Griechenland. In einer komplexen Gemengelage aus wirtschaftlicher Krise im fünften Jahr der Rezession, fehlenden Chancen für Berufseinsteiger in einem rigiden Arbeitsmarkt sowie einem nicht anders als marode zu bezeichnenden Bildungssystem ist der Ausblick für die Jugend düster. Und dies nicht nur in einer Momentaufnahme, sondern aufgrund der strukturellen Probleme mit einer mittel- bis langfristigen Perspektive: Im „Mutterland der Krise“ droht das Heranwachsen einer verlorenen Generation. Die Arbeitslosenquote für die unter 24-Jährigen liegt derzeit bei knapp 57 Prozent – Tendenz steigend.

Sowohl in der öffentlichen Verwaltung als auch im Privatsektor haben junge Arbeitnehmer mit befristeten Verträgen als Erste ihre Stellen verloren. Gewerkschaftlich organisierte Festangestellte dominieren das System.

Problematischer Ausgangspunkt ist der griechische Bildungssektor. Qualitativer Höhepunkt ist die Phase der Vorbereitung auf die panhellenischen Prüfungen, die über die Vergabe der Studienplätze entscheiden. Da die Schulen zur Vorbereitung auf diese Prüfung nicht in der Lage sind, investieren griechische Familien – auch in Zeiten größter finanzieller Not – durchschnittlich 6.000 Euro in den erforderlichen Privatunterricht, das *Frontistirio*. Einmal an der Universität angekommen, setzen sich die Schwierigkeiten fort: Durch die panhellenischen Prüfungsergebnisse nicht zum Wunschstudienfach zugelassen, studieren viele griechische Jugendliche in langen Studienzeiten am Arbeitsmarkt vorbei. Vier von zehn Absolventen sind in Berufen tätig, die nichts mit ihrer Ausbildung zu tun haben. Der aufgeblähte öffentliche Dienst mit seinen Strukturen der Vorteilsnahme hat zahlreiche dieser Berufseinsteiger aufgefangen. Das ist nun vorbei. Viele junge Leute sind zu ihren Eltern zurückgekehrt und wohnen wieder zu Hause. Selbst wenn die Familie als Pol starker Solidarität wahrgenommen wird, so birgt diese doch erheblichen psychologischen Sprengstoff: von der ökonomischen Situation bis zur eigenen Lebens- und Familienplanung.

Trotz aller Protestaktionen nimmt die Jugend ihr Land als politisch und zivilgesellschaftlich gelähmt wahr. Vor allem die jungen Leute warten auf einen politischen Neuanfang, damit Griechenland den Ausweg aus der Krise schaffen kann. Mit Blick auf die beiden vormals großen Parteien, PASOK und *Nea Dimokratia* (ND), könnte die Frustration kaum größer sein, stehen sie doch für die verantwortungslose Politik der vergangenen Jahrzehnte, deren Folgen die jüngere Generation nun zu tragen hat. Eine Vielzahl von Jüngeren hat sich aus Protest dem Linksbündnis *Syriza* des jungen populistischen Charismatikers Alexis Tsipras zugewandt. Auch die rechte Partei *Chrysi Avgi* („Goldene Morgendämmerung“) bekam Zulauf. Doch ahnen die meisten Jugendlichen, dass von den Rändern nichts Konstruktives zu erwarten ist. Und so charakterisiert vorerst auch die griechische Jugend, was für die gesamte Gesellschaft kennzeichnend zu sein scheint: Lähmung!

Susanna Vogt
Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Athen

Uganda: Die Zahlen sprechen für sich – nach Niger hat Uganda die jüngste Bevölkerung der Welt: 78 Prozent sind unter dreißig und 65 Prozent unter achtzehn Jahre alt. Mit einer Geburtenrate von durchschnittlich 6,2 Kindern pro Frau und einer Wachstumsrate von 3,3 Prozent ist die ugandische Bevölkerung eine der am schnellsten wachsenden überhaupt. Das Land folgt damit dem allgemeinen Trend auf dem Kontinent: Subsahara-Afrika ist der jüngste Erdteil der Welt.

Diese demografische Entwicklung ist besorgnisregend – sie bringt Herausforderungen mit sich, denen man begegnen muss. Schon heute finden folgenreiche Vorgänge statt. So führt eine massive Landflucht dazu, dass eine immer größere Zahl junger, ungeliebter Arbeitskräfte aus den ländlichen Gebieten in die urbanen Zentren strömt, auf der Suche nach Bildungs- und Erwerbsmöglichkeiten, Sozialleistungen und Infrastruktur. In den Städten wächst die Zahl der Arbeitslosen, Slumbildung und Kriminalität nehmen zu. In Uganda liegt die Jugendarbeitslosigkeit zwischen siebzig und 83 Prozent, unter den Hochschulabsolventen ist die Quote besonders hoch. „Jung, männlich – arbeitslos“, die Sprengkraft dieser Mischung ist nicht zu unterschätzen. Dabei bietet der Arbeitsmarkt durchaus Chancen,

etwa in den Bereichen Landwirtschaft, Telekommunikation und IT sowie im Tourismus. Doch überall fehlen Fachkräfte, Ausbildungsangebote sind – wo überhaupt vorhanden – zu wenig praxis- und marktorientiert.

Die Regierung hat die Lage erkannt und eine Reihe von Programmen aufgelegt, um den Herausforderungen zu begegnen. Doch Nepotismus, eine ausufernde Bürokratie und Korruption verhindern eine effektive Umsetzung. In der Jugend macht sich Unmut breit. Sie wird sich ihrer Mehrheit – und damit ihrer potentiellen Macht – zunehmend bewusst. Sie will mehr Beteiligung und klagt dies auch immer vehementer ein.

Die afrikanische Jugend muss als entwicklungsrelevanter und politischer Faktor ernst genommen werden. Abgesehen von ihrem enormen Wählerpotenzial – während der letzten Wahlen in Uganda 2011 machten Jugendliche unter dreißig mehr als die Hälfte der Wähler aus – ist ihr Veränderungspotenzial erheblich. Dieses muss genutzt und kanalisiert werden, wenn es sich nicht von selbst und ungeordnet Bahn brechen soll. Die jungen Menschen in politische und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse einzubinden ist wichtiger, politische Bildung dringlicher denn je. Die Entwicklungspolitik wird sich hierauf einstellen müssen.

Angelika Klein
Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kampala

Tunesien: Da stehen sie uns wieder vor Augen, jene Bilder, die sich in den Tagen nach dem 17. Dezember 2010, der Selbstverbrennung des jungen Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi in Sidi Bouzid, ins kollektive Gedächtnis der Tunisiern gebrannt haben. Nicht lang war von da aus der Weg, der am 14. Januar 2011 zum dekretierten Rücktritt des Präsidenten Zine el-Abidine Ben Ali führte. Was viele als „Revolution der Jugend“ oder auch der Twitter-und-Facebook-Generation bezeichneten, lässt gut zwei Jahre danach die Frage berechtigt erscheinen, was sich für diejenigen der Altersgruppe zwischen 17 und 24 Jahren geändert hat, die maßgeblich die Proteste auf die Avenue Bourguiba getragen haben. Sie waren es, die in Tunisiens Hauptstadt nach „Freiheit“, „Würde“ und vor allem auch „Brot“ – sprich Arbeit – riefen. Die Jugendarbeitslosigkeit in den Ländern Nordafrikas ist seit Jahrzehnten extrem hoch: Nach Ägypten führte Tunesien die Reihenfolge mit 31 Prozent an.

Analysten weisen bereits seit Jahren darauf hin, dass die Gemengelage einer großen Jugendbevölkerung, zusammengenommen mit in Aussicht gestelltem Wohlstand sowie einem relativ hohen Bildungsniveau zu erheblichen gesellschaftlichen Konflikten führen würden. Dann kam die Revolution, die Erwartungen waren hoch, naturgemäß zu hoch, und der politische Transformationsprozess scheint auch im Land des Jasmins die Kräfte so sehr zu absorbieren, dass die ursächlichen wirtschaftlichen und sozialen Fragen kaum angegangen werden.

Trotzdem: selbst geschaffenes Luxusproblem

Obwohl Tunesien zeitweise über ein Wirtschaftswachstum von über fünf bis sieben Prozent verfügte, mit dem es in der Lage gewesen wäre, entsprechende Reformen im beruflichen wie universitären Ausbildungsbereich zu meistern, strebte man weiterhin das Ziel eines nahezu staatsmonopolistisch regulierten Arbeitsmarktes an: Mit dem kostenfreien Zugang zu den Universitäten gab es quasi die Aussicht auf eine staatliche Anstellung gleich mitgeliefert. Eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst kam daher den meisten wie ein goldener Handschlag vor, Pension inklusive. Der staatliche Sektor, der bereits zuvor seine eigentlichen Absorptionskapazitäten weit überschritten hatte, wurde weiter überdehnt. Der Vernachlässigung des Privatsektors ist es zudem zu verdanken, dass nicht ausreichend Arbeitsplätze geschaffen wurden. Die eigentliche Misere vermittelt jedoch der Blick auf die dadurch bedingt völlig asymmetrische Struktur des Arbeitsmarktes: Knapp 35 Prozent der Hochschulabgänger sind derzeit arbeitslos, wobei sich die generelle Arbeitslosenquote bei rund 18 Prozent bewegt. Tunesien hat zudem ein selbst geschaffenes Luxusproblem zu lösen: Mit Blick auf die insgesamt vorhandenen Bildungsmöglichkeiten entfallen immer noch nur zehn Prozent auf den Bereich der beruflichen Bildung, neunzig Prozent auf den universitären Bereich. Und dies,

obwohl die Nachfrage genau umgekehrt ist. Gut 120.000 Arbeitsplätze im handwerklichen Bereich können derzeit in Tunesien nicht besetzt werden, weil die Betriebe Schwierigkeiten haben, entsprechend qualifiziertes Personal zu finden. Schon wird über die Anwerbung von Arbeitsmigranten gesprochen, was nur zynisch stimmen kann.

Druck aus dem Kessel nehmen

Die Regierung hat mit der Privatwirtschaft versucht, auf diese Entwicklungen zu reagieren, jedoch überlappen die nahezu täglichen politischen Spannungen im Land eine Konzentration auf die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Deutschland und Europa haben Ausbildungspartnerschaften ins Leben gerufen, mit denen man über eine weitere Professionalisierung von Arbeitslosen den Druck aus dem Kessel nehmen will. Zahlreiche Maßnahmen bleiben aber an der Oberfläche, da sie nur kurzfristig die Symptome beheben. Zudem belasten sie zusätzlich die Staatsbudgets, deren Abhängigkeit von ausländischer Unterstützung wächst. Maßnahmen wie die Mikrokreditvergabe an Jungunternehmer, wie sie derzeit verstärkt praktiziert werden, sind demgegenüber nachhaltiger. Selbst wenn nur ein Teil derjenigen, die motiviert sind, ihr Schicksal selber in die Hand zu nehmen, erfolgreich ist, ist dies wirtschaftspolitisch sinnvoller, als weiterhin auf staatliche Intervention zu hoffen.

Verantwortung im Kleinen und Großen

Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Tunesien ist damit nicht allein eine wirtschaftliche, sondern eine eminent politische und soziale Frage, deren Lösung über Erfolg oder Misserfolg der Transformation entscheidet. Arbeit zu haben, entscheidet im kulturellen Kontext Tunesiens darüber, überhaupt Perspektiven und Zukunft zu haben. Schon heute führt die hohe Jugendarbeitslosigkeit zu einem „Zwangszölibat“, da an Heirat ohne eine feste Anstellung nicht zu denken ist. Es bedarf erst gar keiner salbungsvollen Reden über politische Freiheiten und Demokratie, wenn jungen Menschen, die zudem das Potenzial haben, nicht einmal die grundlegendste Form gesellschaftlicher Partizipation möglich ist, nämlich eine Familie zu gründen, Verantwortung zu übernehmen, im Kleinen wie im Großen. Genau hier zeigt sich die grundlegende Herausforderung für den Erfolg der – gleichwohl – immer noch jungen Revolution.

*Hardy Ostry
Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Tunis*

Unpolitisch, unparteiisch, unbeteilt?

Social Media statt Stammtisch –
ein Blick auf das Verhältnis von Jugend und Politik

NADINE SCHÖN

Geboren 1983 in Lebach, Juristin, Altstipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung, von 2004 bis 2009 Mitglied des Saarländischen Landtages, seit 2009 Mitglied der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Lassen Sie mich meinen Beitrag mit einem kleinen Experiment beginnen. Ich bitte Sie, frei zu assoziieren: Welche Begriffe kommen Ihnen in den Sinn, wenn ich die Stichworte „Jugend“ und „Politik“ nenne? Ich würde einmal tippen, da finden sich mehrheitlich Wörter wie Politikverdrossenheit, Desinteresse, fehlendes Engagement, kurzum: Die Assoziationen sind vornehmlich negativ besetzt. Nun kann es sein, dass ich mit meiner Vermutung im Einzelfall falschliege, doch wird meine etwas zugespitzte These auch getragen von der großen Mehrheit der Medienberichte und Überschriften in Zeitungen und Magazinen. Ich erinnere mich beispielsweise an einen Beitrag der Deutschen Welle vom August des vergangenen Jahres, der mit „Die Unpolitischen“ betitelt wurde, oder an einen Artikel in der *Süddeutschen Zeitung* desselben Monats, der den Jugendlichen grundsätzlich eine steigende Politikverdrossenheit attestierte. Durch diese Berichterstattung wird der Eindruck erhärtet: Jugend und Politik, das passt irgendwie nicht zusammen!

senheit, Desinteresse, fehlendes Engagement, kurzum: Die Assoziationen sind vornehmlich negativ besetzt. Nun kann es sein, dass ich mit meiner Vermutung im Einzelfall falschliege, doch wird meine etwas zugespitzte These auch getragen von der großen Mehrheit der Medienberichte und Überschriften in Zeitungen und Magazinen. Ich erinnere mich beispielsweise an einen Beitrag der Deutschen Welle vom August des vergangenen Jahres, der mit „Die Unpolitischen“ betitelt wurde, oder an einen Artikel in der *Süddeutschen Zeitung* desselben Monats, der den Jugendlichen grundsätzlich eine steigende Politikverdrossenheit attestierte. Durch diese Berichterstattung wird der Eindruck erhärtet: Jugend und Politik, das passt irgendwie nicht zusammen!

Doch ist das wirklich so? Spiegelt dieser oberflächliche erste Eindruck wirklich so die Realität wider? Schauen wir uns zunächst einmal die einschlägigen Studien an, die Auskunft über das Verhältnis von Jugend und Politik geben.

So konstatiert die Shell-Jugendstudie 2010 als überlagernden Trend zunächst, dass Jugendliche – wir sprechen hier von jungen Menschen zwischen 12 und 25 Jahren – sich im Vergleich zu den 1970er- und 1980er-Jahren immer weniger für Politik interessieren. Besonders in bildungsfernen Schichten ist diese Feststellung empirisch belegt. In den vergangenen Jahren ist die Prozentzahl der politisch Interessierten zwar in den gut gebildeten Milieus etwas angestiegen, doch in der aktuellen Studie wird der Anteil der „politisch interessierten“ Jugendlichen mit 37 Prozent beziffert.

UNGLAUBLICH WEIT ENTFERNT

Es ist unstrittig, dass das trotz der positiven Tendenz – im Jahr 2006 wurden 35 Prozent festgestellt – zu wenige sind. Was steckt dahinter? Bei genauerer Betrachtung ergibt sich ein differenzierteres Bild: Kein Interesse an Politik, das bedeutet im Sinne der wissenschaftlichen Befunde übersetzt: kein Interesse an institutionalisierter Politik. Jugendliche nehmen den Politikbetrieb oft als etwas wahr, das mit ihrer persönlichen Lebenswelt, ihren Problemen und Sorgen nichts oder nur sehr wenig zu tun hat. Politik werde auf einem anderen, uninteressanten Planeten gemacht, ist in der Publikation *Unsichtbares Politikprogramm?* der Bundeszentrale für politische Bildung zu lesen, also unglaublich weit entfernt.

Politiker und Parteien machen bei der großen Mehrheit der Jugendlichen auch keinen Stich. So fragten die Wissenschaftler der Shell-Studie, wem Jugendliche Vertrauen entgegenbringen. Auf einer Skala von eins bis fünf erreichten Parteien lediglich einen Wert von zweieinhalf und landeten damit weit abgeschlagen hinter Polizei, Gerichten, Menschenrechtsgruppen und auch der Bundeswehr. Den Untersuchungen des SINUS-Instituts in Heidelberg zufolge betrachten Jugendliche Politiker als austauschbar, profillos, machtorientiert und volksfern. In diesem Kontext ist immer wieder davon die Rede, Jugendliche würden in die vorhandenen Strukturen nicht hineinpassen, was zu einer Verweigerungshaltung führe. Die Gruppe derjenigen, die angibt, sich parteipolitisch engagieren zu wollen, lag bei gerade mal siebzehn Prozent. Das ist besonders beunruhigend, da es ja gerade Politiker und Parteien sein sollen, die den Willen der Menschen innerhalb der Institutionen unseres politischen Systems repräsentieren und durch Verhandlung und Kompromiss zu einer Lösung finden sollten. Das Bild, das sie dabei abgeben, scheint aber bei Jugendlichen auf wenig Gegenliebe zu stoßen. Die Tatsache, dass sich dieser Befund in einen gesamtgesellschaftlichen Trend einordnet, sollte uns nur noch mehr zu denken geben.

Bei all den negativen Eindrücken kommt die Forschung – ich beziehe mich hier auf die Shell-Studie sowie das SINUS-Institut – aber auch zu ermutigenden Ergebnissen, die uns mehr über Denken, Motivationen und Interessen von Jugendlichen berichten. Denn es ist keineswegs so, dass sie Politik per se ablehnten. Der übergroßen Mehrheit der Jugendlichen wird vielmehr eine grundsätzliche bis sehr hohe Bereitschaft attestiert, sich an politischen Aktionen zu beteiligen und sich gesellschaftlich einzubringen, wenn ihnen eine Sache persönlich wichtig ist – die weiblichen Jugendlichen sind den Daten folge besonders aktiv. Es sind die Formen und Kanäle, die die Jugendlichen zur Artikulation ihres politischen Willens nutzen, die sich mehrheitlich sehr von den festgetretenen Strukturen eines Parteiapparates unterscheiden. Spontaneität, ein gewisses Maß an Unverbindlichkeit, aber auch Kreativität scheinen Parameter zu sein, an denen sich die Aktivitäten der Jugendlichen orientieren, die aber in den bekannten politischen Strukturen und Institutionen wenig Raum finden – noch, möchte ich hier optimistisch hinzufügen.

POLITIK KONKRET, VOR ORT UND UNMITTELBAR

Der Shell-Studie zufolge stehen Unterschriftenaktionen (77 Prozent) und der Boykott (von Waren, 54 Prozent) aus politischen, ethischen oder Umweltgründen hoch im Kurs – die Mehrheit der Befragten kann sich folglich laut Shell-Studie vorstellen, auf diese Art und Weise aktiv zu werden. Diese Haltung geht einher mit der Bereitschaft zur Teilnahme an Protestversammlungen (44 Prozent) und Bürgerinitiativen (37 Prozent), also Aktionen, die sich vornehmlich auf ein bestimmtes Themengebiet oder konkretes Anliegen vor Ort konzentrieren. Wenn sich Jugendliche in ihrem Alltag von einer Frage direkt berührt fühlen, scheint die Bereitschaft zur politischen Artikulation recht ausgeprägt zu sein. Dies ist eine sehr wichtige Feststellung, auf der man aufbauen kann und die all jene widerlegt, die pauschal das vermeintliche Desinteresse junger Menschen im Allgemeinen beklagen.

Jugendliche interessieren sich also sehr wohl für politische Inhalte, weniger für institutionalisierte Politik. Für mich als junge Politikerin bedeutet das zweierlei:

Zum einen ist der positive Befund, dass junge Menschen sich sehr wohl für politische Inhalte interessieren, ermutigend. Er deckt sich absolut mit meinen Erfahrungen. Bei meinen regelmäßigen Schulbesuchen gibt es immer gute Diskussionen über politische Themen. Und diese sind für mich genauso aufschlussreich wie für die Jugendlichen. Besonders interessant: Wenn ich die Schülerinnen und Schüler frage, ob sie schon mit sechzehn Jahren wählen wollen, gehen kaum Hände nach oben. In meinen Augen zeigt das deutlich, dass diejenigen, die lauthals mehr Mitbestimmung fordern – zumeist etablierte

Politiker aus dem politisch linken Lager –, die Jugendlichen selbst überhaupt nicht fragen, in welcher Form und ab wann sie mitbestimmen wollen.

Spannend finden junge Leute auch, in den Politikbetrieb einzutauen: Wie sieht der Alltag eines Politikers aus? Was macht ihr eigentlich den ganzen Tag? Wie geht man mit Lobbyisten um? Wieso ist der Plenarsaal oftmals so leer? Über 1.000 Schülerinnen und Schüler habe ich in den letzten Jahren in Berlin getroffen. Wenn es um einzelne Themen und um den Menschen im Politiker geht, dann wird Politik greifbar und interessant. Und dann können auch viele Vorurteile ausgeräumt werden.

Dieses grundsätzliche Interesse an Themen und an Menschen muss Auftrag und Verpflichtung sein für alle, die mit Jugendlichen zu tun haben. Etwa durch Projekte, an denen sich junge Menschen beteiligen können. Sei es die Kampagne für bessere Nachtbusverbindungen am Wochenende, die Spendenaktion für ein Kinderheim in Indien oder eine gemeinsame Streichaktion mit der Jugendfeuerwehr, um endlich die hässliche Bahnunterführung im Dorf sauber und schön zu gestalten – all dies sind ganz konkrete Beispiele aus meiner eigenen politischen Tätigkeit, wo sich plötzlich junge Menschen für ein Anliegen begeistert haben. Gemeinsam haben wir es in die Hand genommen und uns gemeinsam am Ergebnis gefreut. – Politik konkret, vor Ort und unmittelbar. Das ist es, was Jugendliche wollen.

„WEB CAMP“ IN SANKT WENDEL

Besonders beeindruckend war das „Webcamp“ im saarländischen Landtagswahlkampf 2012. Unsere Junge Union hatte spontan ein paar Räume angemietet, sie mit PCs, Laptops, Couch und Kühlschrank ausgestattet, und schon war dieses Camp für Tage und Wochen der Treffpunkt für eine Menge junger Leute, die ich vorher noch nie bei der Jungen Union gesehen hatte. Politik im Netz mischte sich mit Straßenwahlkampf, Pizza- und Videoabende gingen nahtlos in die Produktion eines Wahlspots über, aus Teambesprechungen wurden „chillige“ Nachmittage, aus einem Facebook-Chat eine politische Diskussion. Die Landespartei, Medien, gestandene Politiker aller Parteien beobachteten mit Verwunderung, was in diesem Webcamp vor sich ging. Aber: Sie ließen sie machen, mischten sich nicht ein, überließen ihnen Verantwortung. Und das war wohl das Erfolgsgeheimnis: Verantwortung geben, den Jugendlichen etwas zutrauen und die Inhalte, Wege und Methoden selbst finden lassen.

Jugendliche wollen auf anderem Weg politisch angesprochen werden, als wir es gewohnt sind. Welcher junge Mensch liest regelmäßig Zeitung, wer interessiert sich für den Inhalt eines Flugblatts? Wenn Lehrer in den Schulen meines Wahlkreises ihre Schüler fragen, woher sie ihre Bundestagsabgeordnete kennen, dann ist die Antwort meistens: Facebook oder Twitter. Diese

sozialen Netzwerke, die „neuen Medien“ verstehen Jugendliche ganz selbstverständlich als Teil ihres Alltags und nutzen diese Angebote individuell, finden hier ihre Informationen. Spiegel online statt Tagesschau, Social Media statt Stammtisch! Über diese Wege kann man jüngere Wähler erreichen und abfragen, wie sie über (politische) Themen denken. Bevor ich zu einer Podiumsdiskussion gehe, frage ich oft meine Community, was sie davon denkt – so erhalte ich spannende Ergebnisse.

SICH GENÜGEND ZEIT NEHMEN

Was können wir als Politiker also tun, um die grundsätzliche Bereitschaft von Jugendlichen, sich politisch zu engagieren, aufzunehmen? Der erste Schritt besteht darin, dass wir uns genügend Zeit nehmen. Sicher, das ist nicht immer einfach, aber wir bekommen etwas zurück und erfahren mehr über die Sorgen und Pläne von Jugendlichen. Sie sind es ja schließlich, die künftig Deutschland gestalten werden!

Dann ist es wichtig, einfach so natürlich und offen wie möglich zu sein. Gerade junge Menschen merken das rasch, wenn ein Politiker ihnen etwas vormachen oder beschönigen will. Und es ist wichtig, sich in die Lebensphase und das Umfeld der Jugendlichen hineinzuversetzen. Es bringt wenig, mit den Mitteln von gestern auf die Generation von morgen zuzugehen. Ein unverkrampfter, offener Umgang mit den Chancen der neuen Medien und sozialen Netzwerke sind genauso bedeutend wie unverbindliche Angebote, sich an politischen Aktionen zu beteiligen. Wie können Nichtmitglieder mitmachen? Bieten wir Testmitgliedschaften in unseren Parteien an? Wie gehen wir auf Wählerinnen und Wähler zu? Gestalten wir einen offenen Diskussionsprozess oder verschanzen wir uns erst einmal in den Hinterzimmern? Ich erlebe in vielen Ortsverbänden, dass sie ganz neue Wege gehen, um die Bürgerinnen und Bürger für Politik zu interessieren – auch junge Menschen. Diese Offenheit, das ist es, was gerade Jugendliche wollen und was Parteien und Politiker ihnen bieten müssen.

SYSTEM ERKLÄREN UND STÄRKEN

Doch kann das alles gewesen sein? Wie wird unsere Demokratie aussehen, wenn alle nur noch punktuell und nach aktueller Interessenlage politisch aktiv werden? Können wir so ein demokratisches System aufrechterhalten, das in seiner Verfassung festschreibt, dass Parteien an der Willensbildung mitwirken? Wer engagiert sich denn noch in einer Partei?

Das ist die schwerste Herausforderung, vor der wir stehen. Interesse an Politik wecken ist wichtig und Grundlage von allem. Alle politisch verantwortlichen Menschen haben aber auch die Aufgabe, unser politisches System zu erklären und zu stärken. Sie müssen deutlich machen, dass es wichtig ist, dass sich Menschen in Parteien engagieren. Denn Parteien bündeln Meinungen und wirken in die Parlamente. Gerade Volksparteien schaffen den Ausgleich zwischen den unterschiedlichsten Positionen und Bedürfnissen. Sie sorgen dafür, dass auch Minderheiten eine Stimme finden und sich die Vielfalt der Bevölkerung in der politischen Willensbildung widerspiegelt. Deshalb haben wir die schwere Aufgabe, auch junge Menschen neben vereinzeltem Engagement auch für politische Strukturen und politisches Engagement in Parteien zu interessieren.

MEHRWERT DER DAUER

Diese Aufgabe haben Politiker, die im Gespräch mit Jugendlichen die Bedeutung unseres politischen Systems erklären müssen. Diese Aufgabe haben Parteien, die ihre Arbeit transparent machen müssen, die sich öffnen müssen für neue Formen der Ansprache und die ihren Mitgliedern einen Mehrwert bieten und sie für das dauerhafte politische Engagement begeistern müssen. Nicht zuletzt haben diese Aufgabe die Medien, die auch über das unglaubliche ehrenamtliche Engagement Hunderttausender Menschen, die sich in Parteien und Räten für andere Menschen einsetzen, berichten sollten, über Menschen, die ihren Ort, ihre Gemeinde, ihr Land besser machen und voranbringen wollen, die viel Freizeit in dieses demokratische Engagement einbringen.

Und schließlich haben wir alle eine Verantwortung. Denn jeder von uns hat mit jungen Menschen zu tun, in der Familie, im Beruf, in der Freizeit, und jeder von uns ist Teil des politischen Systems. Wir alle können dazu beitragen, dass positive Begriffe assoziiert werden, wenn Menschen über Jugend und Politik nachdenken!

Der lange Nachhall der Diktatur

Systemprägung und die Rebellion der jungen Generation

THOMAS PETERSEN

Geboren 1968 in Hamburg,
Projektleiter am Institut für
Demoskopie Allensbach.

Kennt jemand noch das Schlagwort von den „Halbstarken“? Wahrscheinlich können mit dem Wort heute nur noch wenige Menschen etwas anfangen.

Es hätte einen Ehrenplatz in einem Lexikon der untergegangenen Begriffe verdient, denn es steht für den Beginn einer kulturellen Revolution, die die westdeutsche Gesellschaft über Jahrzehnte erschüttern sollte.

Wer den Begriff noch kennt, denkt dabei vielleicht an den gleichnamigen Spielfilm von 1956 mit Horst Buchholz, an den Rock 'n' Roll oder an den amerikanischen Schauspieler James Dean, der als Symbolfigur einer rebellischen Jugend empfunden wurde und dessen Filmplakate bis heute in manchen Studentenwohngemeinschaften hängen. Die aus heutiger Sicht etwas nostalgisch wirkende Ästhetik jener Jugendkultur verdeckt die Dramatik der gesellschaftlichen Auseinandersetzung, die sich damals in Westdeutschland ankündigte. Binnen fünfzehn Jahren sollte sich das Wertesystem der Bevölkerung deutlich verschieben, und über Jahrzehnte hinweg blieb die westdeutsche

Gesellschaft von einem im internationalen Vergleich außerordentlich scharfen Generationenkonflikt gekennzeichnet, der erst in den 1990er-Jahren abklang.

Nicht, dass dies den Menschen damals schon bewusst gewesen wäre, doch viele witterten, dass sich gegen Ende der 1950er-, Anfang der 1960er-Jahre eine Kulturrevolution anbahnte. Vor „Neuerungen der Musik“ müsste man sich in Acht nehmen, hatte Platon bereits im vierten Jahrhundert vor Christus geschrieben, denn dadurch geriete alles in Gefahr. Nirgends werde an den Gesetzen der Musik gerüttelt, ohne dass auch die höchsten Gesetze des Staates ins Wanken gerieten. Und tatsächlich waren es zunächst ästhetische Neuanfänge, die den gesellschaftlichen Wandel ankündigten: Der Musikgeschmack der Jugendlichen wandelte sich, die Wohnzimmer veränderten ihr Aussehen, die Mode unter jungen Leuten sonderte sich von der der Älteren ab. Symptomatisch sind die in den frühen 1960er-Jahren mit aus heutiger Sicht nicht mehr verständlicher Aufgeregtheit diskutierten Frisuren der Beatles. Man fragt sich, was an dieser etwas betulichen Haartracht denn so schlimm gewesen sein soll, doch die Älteren spürten, dass hier weit mehr in Gang war als ein bloßer Wechsel der Mode.

„WERTEWANDLUNGSSCHUB“

Das ganze Ausmaß der Veränderungen wurde am Institut für Demoskopie Anfang der 1970er-Jahre aufgedeckt. 1967 war in einer Repräsentativumfrage die folgende Frage gestellt worden: „Wir haben eine Liste zusammengestellt mit den verschiedenen Forderungen, was man Kindern für ihr späteres Leben mit auf den Weg geben soll, was Kinder im Elternhaus lernen sollen. Was davon halten Sie für besonders wichtig?“ Auf der Liste standen fünfzehn Erziehungsziele wie Höflichkeit und gutes Benehmen, Sauberkeit, Sparsamkeit, die Arbeit ordentlich und gewissenhaft tun. Die meisten dieser Ziele fanden bei den Befragten großen Zuspruch.

Fünf Jahre später, 1972, wurde die Frage unverändert wiederholt. Doch die Antworten unterschieden sich deutlich von denen des Jahres 1967. Es zeigte sich das, was der Speyerer Sozialwissenschaftler Helmut Klages später den „Wertewandlungsschub“ genannt hat: Binnen weniger Jahre war die Zustimmung zu dem, was 250 Jahre lang als bürgerliche Tugenden gegolten hatte, deutlich gesunken. Der Abbau hatte sich in allen sozialen Schichten vollzogen und stets am radikalsten bei denen, die jünger waren als dreißig Jahre. Noch 1967 meinten immerhin 81 Prozent der unter Dreißigjährigen, Kinder sollten im Elternhaus Höflichkeit und gutes Benehmen lernen; 1972 waren es nur noch 50 Prozent. Im gleichen Zeitraum sank die Zustimmung zu der Aussage, man solle die Kinder dazu erziehen, ihre Arbeit ordentlich und gewissenhaft zu tun, von 71 auf 52 Prozent.

Auch andere Trendfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach zeigten, dass die Bevölkerung ihre Einstellung zu einer Vielzahl von Themen radikal geändert hatte, und zwar in der Politik, im Verhältnis zur Kirche und in den Normen, ganz besonders in den Sexualnormen. Das war weit mehr als die Ablösung einiger überkommener Erziehungsziele durch neue. Es änderte sich der gesamte Zeitgeist: Zum ersten Mal wurden Regeln der Lebensführung in Frage gestellt, die seit den ersten Jahrzehnten des achtzehnten Jahrhunderts unanfechtbar schienen. Diese Veränderung ist unter dem Stichwort „Wertewandel“ in die Geschichte der Sozialwissenschaften eingegangen.

Wenn eine Gesellschaft ihre Normen und Werte ändert, dann ist das besonders deutlich an der jungen Generation zu erkennen. Sie gibt die Richtung vor, in der sich die Gesellschaft bewegt. Und so war es keine Überraschung, als sich im Jahr 1982 bei einer großen internationalen Studie zeigte, dass der ungewöhnlich stark ausgeprägte Wertewandel in Deutschland von erheblichen atmosphärischen Störungen zwischen den Generationen begleitet wurde. Eine Schlüsselfrage in diesem Zusammenhang lautete: „In welchen Bereichen haben beziehungsweise hatten Sie und Ihre Eltern ähnliche Ansichten?“ Dazu wurde eine Liste mit fünf Themen zur Auswahl vorgelegt: Einstellungen zur Religion, Moralvorstellungen, Einstellungen gegenüber anderen Menschen, politische Ansichten und Einstellungen zur Sexualität.

DISTANZ ZUR ELTERNGENERATION

Besonders aufschlussreich war der Anteil derjenigen, die auf diese Frage antworteten, in keinem dieser Bereiche stimmten sie mit ihren Eltern überein, oder sie wüssten nicht, in welchen dieser Bereiche sie mit ihren Eltern übereinstimmten – letztere Antwort muss angesichts des Umstandes, dass es sich bei den vorgelegten Themen um fundamentale Lebenseinstellungen handelt, als Zeichen äußerster Distanz gedeutet werden. Die Zahl derjenigen, die eine dieser beiden Antworten gaben, war in Westdeutschland mit 23 Prozent weit aus größer als in anderen europäischen Ländern und den Vereinigten Staaten. In der jüngeren Generation waren es 26 Prozent. In den kommenden Jahren sollte der Wert zeitweise auf deutlich über 30 Prozent ansteigen, bevor er Ende der 1990er-Jahre auf ein im internationalen Vergleich unauffälliges Niveau von deutlich unter 20 Prozent zurückfiel. Die Kette der Belege ist nicht lückenlos, doch es sieht so aus, als habe die Phase der Generationskonflikte in Westdeutschland ziemlich genau vierzig Jahre angedauert, so lange, bis die junge Generation der Anfangszeit selbst zur Großelterngeneration geworden war.

Auch andere Fragen, die sich mit dem Wertewandel beschäftigen, zeigen einen dazu passenden Verlauf, beispielsweise die bereits erwähnte Frage nach den Erziehungszielen. Seitdem die Frage im Jahr 1967 zum ersten Mal gestellt worden war, nahm – von kurzfristigen Schwankungen abgesehen – über zwei-einhalb Jahrzehnte der Anteil derer ab, die sagten, es sei wichtig, bei der Kindererziehung auf traditionelle bürgerliche Tugenden zu achten. Doch in den 1990er-Jahren drehte sich der Trend. Seitdem wächst die Zahl derjenigen wieder, die sagen, man solle Kindern beibringen, ihre Arbeit ordentlich und gewissenhaft zu erledigen oder sparsam mit Geld umzugehen. Der Anteil derer, die meinen, man müsse Kinder zu Höflichkeit und gutem Benehmen erziehen, ist heute sogar größer als Ende der 1960er-Jahre (Grafik Seite 70)!

Das Beispiel steht stellvertretend für viele weitere: So steigt etwa seit Mitte der 1990er-Jahre die Zahl der Befragten, die sagen, es sei richtig, das Leben nicht nur zu genießen, sondern man müsse es als Aufgabe betrachten, während sie von 1956 bis 1992 fast kontinuierlich zurückgegangen war.

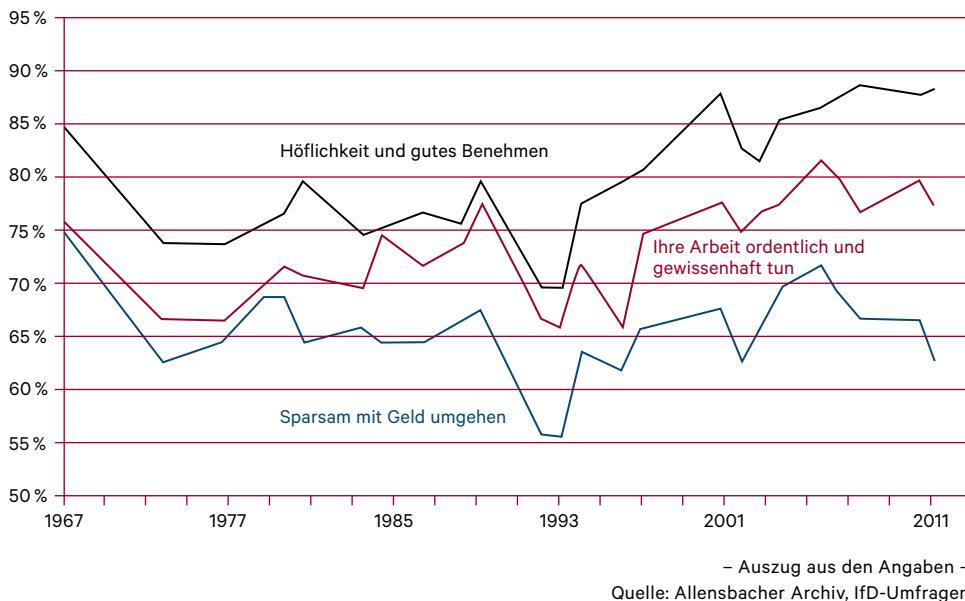
ENTWICKLUNGEN IN WEST- UND OSTDEUTSCHLAND

In den Jahren 1990 bis 1992 wurde die große internationale Studie, bei der ein Jahrzehnt zuvor die westdeutsche Generationskluft entdeckt worden war, wiederholt, und dabei gab es zwei überraschende Ergebnisse. Zum einen zeigte sich, dass der Wertewandel, der sich in Westdeutschland langsam, aber kontinuierlich über zwei Jahrzehnte hinweg fortgesetzt hatte, in den neuen Bundesländern nicht stattgefunden hatte. Die Haltung der Ostdeutschen zu traditionellen bürgerlichen Tugenden glich auffallend der Einstellung der westdeutschen Bevölkerung in den 1950er-Jahren. Eine Generationskluft war nicht erkennbar.

Dennoch stand Westdeutschland nicht mehr allein: Mit Spanien war ein weiteres Land hinzugekommen, das nun einen auffallend starken Generationskonflikt aufwies. War das Zufall? Es drängte sich eine Parallele zwischen Westdeutschland und Spanien auf: In beiden Ländern traten die Generationskonflikte etwa eineinhalb Jahrzehnte nach dem Ende der Diktatur auf, zu dem Zeitpunkt, an dem die erste Generation in Freiheit herangewachsen war. Könnte es also sein, dass es nach dem Ende einer Diktatur zu Kommunikationsproblemen zwischen den Generationen kommt, weil Eltern und Kinder von verschiedenen Systemen geprägt wurden? Wenn das der Fall wäre, dann müsste man heute in Ostdeutschland Zeichen einer wachsenden Generationskluft erkennen können – und tatsächlich gibt es Hinweise darauf.

ERZIEHUNGSZIELE IM WANDEL

Frage: „Wir haben einmal eine Liste zusammengestellt mit den verschiedenen Forderungen, was man Kindern für ihr späteres Leben alles auf den Weg geben soll, was Kinder im Elternhaus lernen sollen. Was davon halten Sie für besonders wichtig?“



Entdeckt wurden die ersten Anzeichen für weltanschauliche Generationenunterschiede in den neuen Bundesländern im Jahr 2003 bei einer Untersuchung zum Thema Freiheit, in die eine Frage aufgenommen wurde, die das Allensbacher Institut bereits seit dem Jahr 1955 immer wieder repräsentativen Bevölkerungsquerschnitten vorgelegt hatte. Sie lautet: „Zwei Männer unterhalten sich über das Leben. Der erste sagt: ‚Jeder ist seines Glückes Schmied. Wer sich heute anstrengt, der kann es auch zu etwas bringen.‘ Der andere sagt: ‚Tatsächlich ist es so, dass die einen oben sind, und die anderen sind unten und kommen bei den heutigen Verhältnissen auch nicht hoch, so sehr sie sich auch anstrengen.‘ Was würden Sie persönlich sagen: Wer von beiden hat eher recht, der erste oder der zweite?“

Auch an dieser Frage lässt sich der typische Verlauf des Wertewandels im Westen ablesen: Seit den 1960er-Jahren sank dort der Anteil der unter Dreißigjährigen, die die Ansicht vertraten, jeder sei seines Glückes Schmied. Nach einem Jahrzehnt folgte die ältere Bevölkerung nach, wobei sich der Abstand zwischen den Generationen mindestens bis Ende der 1980er-Jahre vergrößerte, bis sich die Lücke gegen Ende der 1990er-Jahre allmählich wieder schloss. Heute sagt die junge Generation im Westen sogar wieder etwas häufiger als die Älteren, jeder sei seines Glückes Schmied, doch die Abstände sind gering.

2003 zeigte sich nun zum ersten Mal, dass die junge Generation in den neuen Bundesländern bei dieser Frage vollkommen anders urteilte als ihre Eltern und Großeltern. Während im Westen insgesamt der Anteil derjenigen überwog, die die Meinung vertraten, jeder Mensch sei seines Glückes Schmied, neigte die ostdeutsche Bevölkerung, größtenteils sozialisiert im Wertesystem des Sozialismus, zu der Ansicht, dass die Menschen ihren äußeren Lebensumständen ausgeliefert seien. Die unter dreißigjährigen Ostdeutschen dagegen sagten nicht nur wesentlich häufiger, jeder sei seines Glückes Schmied als die Befragten ab dreißig Jahren, sondern sogar deutlich häufiger als ihre westdeutschen Altersgenossen. Dieser Befund hat sich seitdem bei mehreren Wiederholungen der Frage bestätigt: Zumindest in dieser einen fundamentalen Wertefrage hat sich eine deutliche Kluft zwischen den in der DDR aufgewachsenen und den in der Zeit nach der Wiedervereinigung geprägten Ostdeutschen aufgetan (Tabelle auf Seite 72).

Es gibt darüber hinaus auch Anzeichen dafür, dass heute die alltäglichen Spannungen in den Familien in Ostdeutschland etwas größer sind als im Westen – jedenfalls aus Sicht der Eltern. 77 Prozent der westdeutschen Befragten mit Kindern ab zwölf Jahren sagten bei einer Allensbacher Umfrage vom März 2011, sie könnten sich auf ihre Kinder verlassen. In Ostdeutschland meinten das „nur“ 67 Prozent. Fast das gleiche Verhältnis – 77 zu 68 Prozent – gab es bei der Aussage „Wir halten gut zusammen“ zu verzeichnen. „Wir verstehen uns sehr gut“ sagten 75 Prozent der westdeutschen Eltern über ihr Verhältnis zu ihren Kindern, im Osten waren es 64 Prozent. Umgekehrt sagten 8 Prozent im Westen und 13 Prozent im Osten, bei ihnen in der Familie sei die Stimmung oft sehr angespannt (Grafik hierzu auf Seite 73). Diese Zahlen sind alles andere als dramatisch, doch sie zeigen, dass die Kommunikation zwischen den Generationen in den Familien in Ostdeutschland offensichtlich schwerer fällt als im Westen.

JUNGE OSTDEUTSCHE SAGEN: „JEDER IST SEINES GLÜCKES SCHMIED“

Frage: „Zwei Männer/Frauen* unterhalten sich über das Leben. Der/die erste sagt: ‚Jeder ist seines Glückes Schmied. Wer sich heute wirklich anstrengt, der kann es auch zu etwas bringen.‘“

Der/die andere sagt: ‚Tatsächlich ist es so, dass die einen oben sind, und die anderen sind unten und kommen bei den heutigen Verhältnissen auch nicht hoch, so sehr sie sich auch anstrengen.‘ Was würden Sie persönlich sagen: Wer von beiden hat eher recht, der/die erste oder der/die zweite?“

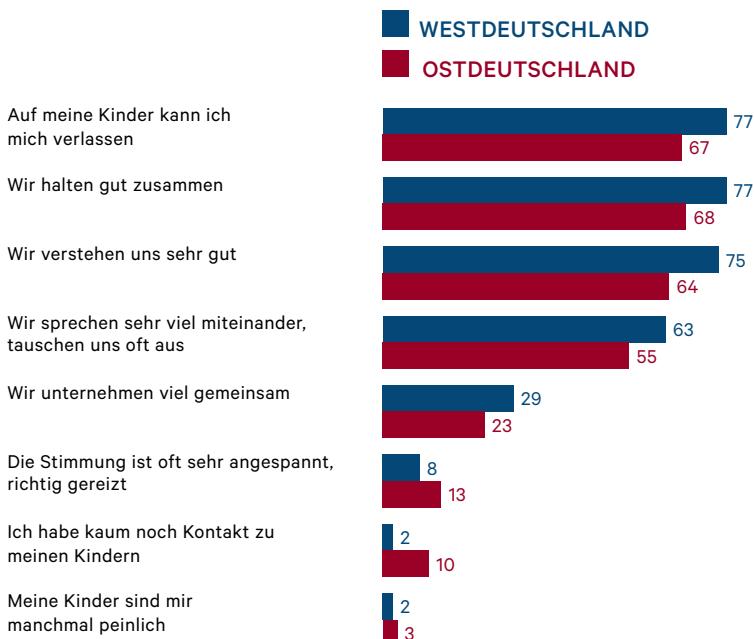
	WESTDEUTSCHLAND		OSTDEUTSCHLAND		
	Befragte unter 30 Jahren %	Befragte ab 30 Jahren %	Befragte unter 30 Jahren %	Befragte ab 30 Jahren %	
Der/die erste: Jeder ist seines Glückes Schmied	54	49	69	38	
Der/die zweite: Die einen sind oben, die anderen unten	31	36	22	43	
Unentschieden	15	15	9	19	
	100	100	100	100	
Anzahl der befragten Personen	235	984	111	481	

* Männern wurde die Frage in der Variante „Zwei Männer unterhalten sich über das Leben ...“ gestellt, bei Frauen lautete die Formulierung: „Zwei Frauen unterhalten sich über das Leben ...“

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10069, März 2011

ELTERN IN OST- UND WESTDEUTSCHLAND ÜBER IHRE KINDER

Frage an Personen mit Kindern ab zwölf Jahren:
„Wie würden Sie ihr Verhältnis zu Ihrem Kind/Ihren Kindern beschreiben:
Welche der Aussagen von diesen Karten hier treffen da auf Sie zu?“
(Kartenspielvorlage)



– Auszug aus den Angaben –

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10069, März 2011

Man muss sich vor Augen halten, wie unterschiedlich die Welten sind, die die Eltern- und die Kindergeneration geprägt haben: In Diktaturen sind andere Verhaltensweisen üblich als in einer freiheitlichen Demokratie. Demokratien verlangen von den Menschen Selbstständigkeit, Diktaturen bestrafen sie. In autoritären Staaten werden die Menschen zu größter Vorsicht erzogen, zum Misstrauen gegenüber anderen Menschen. Demokratien leben dagegen vom Vertrauen. Auch die Sprache entwickelt sich in Diktaturen anders. Sie ist indirekter, doppelbödiger. So ist es nicht verwunderlich, dass es eineinhalb Jahrzehnte nach dem Ende eines autoritären Regimes zwischen Eltern und Kindern zu Verständnisschwierigkeiten kommt. Die Bewältigung der Auswirkungen des SED-Staates auf das Alltagsleben der Menschen wird voraussichtlich noch Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Nach den Erfahrungen im Westen bis fast zur Mitte des einundzwanzigsten Jahrhunderts.

Was ist gerecht?

Programmatische Perspektiven
der Jungen Union

JAN SCHOOPS

Geboren 1986 in Kevelaer, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für das politische System der Bundesrepublik Deutschland an der Universität Duisburg-Essen.

Gerechtigkeit ist in der politischen Auseinandersetzung traditionell ein hart umkämpfter Begriff. Dies gilt nicht nur für den demokratischen Wettbewerb zwischen politischen Parteien, denn auch in der innerparteilichen Arena wird um die Frage

gerungen, was „gerecht“ und was „ungerecht“ ist. Sie lässt sich – je nach machtpolitischen und programmatischen Interessen – ganz unterschiedlich beantworten.

Als Europas größte Partejugendorganisation erhebt die Junge Union den Anspruch, die Anliegen der „jungen Generation“ innerhalb der CDU zu vertreten – eine anspruchsvolle Aufgabe in einer Partei, in der das Durchschnittsalter ihrer Mitglieder 57 Jahre beträgt. Welche Perspektiven hat die Junge Union auf die Programmatik der Christlich Demokratischen Union? Wie buchstabiert sie den Gerechtigkeitsbegriff und welche konkreten Handlungsanweisungen leitet sie daraus ab? Darauf antwortet ihr neues Grundsatzprogramm „Raum für Ideen schaffen – Überzeugungen klar vertreten“, das sie

auf ihrem Deutschlandtag im Oktober 2012 in Rostock verabschiedet hat. In der Analyse kristallisiert sich eine Trias von Chancen-, Leistungs- und Generationsgerechtigkeit als basale Gerechtigkeitskonzeption heraus.

INNERPARTEILICHER IDEENPLURALISMUS

Die Parteienforschung zeigt, dass politische Parteien keine monolithischen und rational durchorganisierten Blöcke sind. Gerade die deutschen Volksparteien sind vielmehr als „lose verkoppelte Anarchien“ zu begreifen. Ihre Subeinheiten verfügen über ein gewisses Maß an Autonomie und repräsentieren innerhalb der Partei ihre machtpolitischen und programmatischen Anliegen.

Diese können zuweilen im scharfen Gegensatz zueinander stehen. Der daraus resultierende innerparteiliche Wettbewerb um Ideen und Ämter ist für die Parteien in Deutschland funktional unverzichtbar – schließlich sollen die parteiinternen Gruppierungen nicht nur nach innen einen Interessenpluralismus repräsentieren, sondern auch nach außen sichtbar sein, um die entsprechenden Zielgruppen anzusprechen und um so für die Politik der eigenen Partei zu werben. Doch nicht immer lassen sich Widersprüche und Friktionen dauerhaft miteinander in Übereinstimmung bringen oder ausgleichen. Innerparteilicher Wettbewerb kann sich dann in das Gegenteil verkehren und dysfunktional sein. Es ist somit vor allem für die Volksparteien angesichts der Vielzahl und der Vielfalt ihrer innerparteilichen Gruppen ein stetiger Balanceakt, einerseits ein Mindestmaß an Integration ihrer Untergliederungen herzustellen und dem Pluralismus andererseits genügend Raum zu gewähren.

Die CDU ist von der Parteienforschung verschiedentlich als besonders fragmentierte Partei charakterisiert worden. Die Landesverbände und die zahlreichen Vereinigungen (zum Beispiel Junge Union, Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft), Sonderorganisationen (zum Beispiel Ring Christlich-Demokratischer Studenten) sowie sonstigen Gruppen (wie der Wirtschaftsrat Deutschland) spielen traditionell eine wichtige Rolle im innerparteilichen Machtgefüge. In ihnen spiegelt sich auch heute noch der Gründungsimpetus der CDU als konfessionsübergreifende, integrierende Mitgliederpartei wider. Als Volkspartei war die CDU immer auch eine Konsensmaschine.

EINHEIT IN VIELFALT

Auch wenn das einigende Band eines geteilten Welt- und Menschenbilds die CDU als programmatisch integrierte Partei erscheinen lässt, schließt das die Akzentuierung von gruppenspezifischen Interessen im vielstimmigen Chor innerparteilicher Gruppierungen nicht aus: Einheit in Vielfalt ist möglich. Vor diesem Hintergrund versteht sich die Junge Union als Interessensachwalterin

der jungen Generation innerhalb der CDU. Sie erhebt den Anspruch, ihre Ziele in allen Politikbereichen zu vertreten und sich nicht allein auf klassische jugendpolitische Policydomänen – wie etwa die Bildungspolitik – zu beschränken.

Der innerparteiliche Ideenwettbewerb dreht sich zum einen um konkrete politische Maßnahmen, zum anderen aber immer auch um fundamentale Wertgrundlagen des politischen Handelns. In Grundsatzprogrammen formulieren Parteien ihren ideologisch-weltanschaulichen Standpunkt, der sie von der politischen Konkurrenz erkennbar unterscheiden soll. Bei der Definition ihres Markenkerns ist die Auseinandersetzung mit politisch umkämpften Begriffen unerlässlich: Freiheit, Demokratie, Gemeinschaft etwa gehören zum obligatorischen Ideologievokabular. Jede Partei muss diese von Ambiguität gekennzeichneten Begrifflichkeiten mit Inhalten füllen, denn sie lassen als solche die Interpretation verschiedener, nicht selten konkurrierender Bedeutungsinhalte zu. Als positive Fahnenwörter haben sie neben dem bezeichnenden gleichzeitig ein bewertendes und handlungsaufforderndes Potenzial – wobei nicht immer eindeutig ist, welche konkreten politischen Handlungen sich aus ihnen ergeben. Nicht selten sind sie daher auch Kampfbegriffe in der innerparteilichen Auseinandersetzung.

FAHNENWORT GERECHTIGKEIT

Ein Begriff, der in Deutschland traditionell politisch hart umkämpft ist, ist Gerechtigkeit. Was als „gerecht“ und was als „ungerecht“ beurteilt wird, ist in hohem Maße von anthropologischen Prämissen abhängig. Weltanschaulich beruft sich die Junge Union auf das christliche Menschenbild, das die Basis lege für ihre christlich-sozialen, konservativen und liberalen Wertvorstellungen. Grundsätze ihrer Politik seien daher der Respekt vor der menschlichen Unvollkommenheit und der Anspruch, die Verhältnisse nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa und der Welt zu verbessern. Zu dieser Unvollkommenheitsperspektive gehöre, die Unterschiedlichkeit der Menschen anzuerkennen, weshalb sich vor allem eine auf Ergebnisgleichheit gerichtete Gerechtigkeitskonzeption verbiete: „Ergebnisgleichheit [...] widerspricht dem Wesen des Menschen und verhindert die Ausbildung individueller Stärken und Neigungen.“ So wird der Ergebnis- die Chancengerechtigkeit und der Verteilungs- die Leistungsgerechtigkeit gegenübergestellt.

Chancengerechtigkeit verbindet die Junge Union in erster Linie mit Chancengleichheit. Jedem Menschen solle die optimale Entfaltung seiner individuellen Persönlichkeit und seiner Fähigkeiten möglich sein: „Die Junge Union glaubt an die Talente und die Gestaltungskraft jedes Einzelnen.“

Voraussetzung seien gleiche – oder: gleichwertige – Startbedingungen und Lebenschancen. Ein Feld, auf dem sich dieses Prinzip anschaulich illustrieren lässt, ist die Bildungspolitik: „Bildung ist der Schlüssel für individuelle Lebenschancen. [...] Jeder einzelne Mensch hat unterschiedliche Begabungen und Bedürfnisse, die es individuell zu berücksichtigen gilt.“ Daraus ergibt sich für die Junge Union ihre Forderung, den Bestand des gegliederten Schulsystems zu erhalten, da es die individuellen Begabungen systematisch anerkenne und den Rahmen biete, um jeden Schüler begabungsgerecht zu fördern und zu fordern.

Mit einer so verstandenen Chancengerechtigkeit korrespondiert Leistungsgerechtigkeit: „Durch Bildung erreichte Chancengerechtigkeit entspricht außerdem einem [...] Leistungsgedanken, der individuelle Anstrengung belohnt und gleichsam die Voraussetzungen für spätere Solidarität gegenüber der Gesellschaft schafft.“ Aus der konsequenten Durchsetzung des Leistungsprinzips ergebe sich, Forderungen nach der Abschaffung von Noten entgegenzutreten. Leistungsgerechtigkeit sei darüber hinaus eine wichtige Grundlage für das Funktionieren des Wohlfahrtsstaats. Freiheit bedeute Selbstverantwortlichkeit des Menschen, sodass Leistungsbereitschaft und die Leistungsfähigkeit die Voraussetzungen für den Sozialstaat bildeten. Dieses Prinzip sei allerdings keine Einbahnstraße: Wer sich selbst nicht helfen könne, habe dauerhaften Anspruch auf die Unterstützung der Gemeinschaft. Daraus erwachse im Umkehrschluss jedoch auch die Pflicht des Gesunden und Leistungsfähigen gegenüber der Gesellschaft, diese erfahrene Solidarität für ein freies und selbstbestimmtes Leben zu nutzen.

FREIHEIT KOMMENDER GENERATIONEN

Diese kurz skizzierten Gerechtigkeitskonzeptionen beinhalten noch keine explizite Verhältnisbestimmung der Jungen Union als Interessenvertreterin der jungen Generation. Während die Chancen- und Leistungsgerechtigkeit vorrangig Unterschiede zwischen sozioökonomischen und soziokulturellen Gruppen thematisieren und somit auf klassen-, schicht-, milieu- oder geschlechterbasierte Ungleichheiten abheben, verweist der Begriff der Generationengerechtigkeit umfassender auf altersbasierte Konfliktkonstellationen, die quer zu Ersteren liegen. Der Begriff der Generationengerechtigkeit ist ein jüngerer Gerechtigkeitsbegriff, der in älteren Grundsatzprogrammen der Jungen Union noch nicht vorkommt. In ihrem neuen Programm misst sie ihm demgegenüber eine große Bedeutung zu, denn wenn wertgebundene Politik ernst gemeint sei, müsse die Freiheit kommender Generationen eine größere Rolle als bisher spielen.

Prominent wird der Generationengerechtigkeit gemeinsam mit dem demografischen Wandel ein eigenes Kapitel gewidmet. Sie sei eine Querschnittspolitik und fuße auf der Einstellung, „die Leistungen und Werte der älteren Generation anzuerkennen, wertzuschätzen und zu wahren und gleichzeitig die Chancen der jungen Generation zu fördern und sie vor untragbaren Belastungen zu schützen.“ Ein neuer Generationenvertrag sei zu entwickeln. Ein intergenerativer Interessenausgleich solle die Bedürfnisse der Generationen in Einklang bringen und die sozialen Sicherungssysteme angesichts der alternenden Gesellschaft zukunftsfähig machen. Grundsätzlich fordert die Junge Union die Abgeordneten im Bundestag und in den Landtagen auf, der Generationengerechtigkeit stärker als bisher Rechnung zu tragen. Aus ihr leitet sie konkrete politische Handlungsanweisungen für unterschiedliche Politikbereiche ab, wie die Gewährleistung einer existenzsichernden Rente und einer geeigneten Gesundheitsversorgung, das Ansparen von „Demografierücklagen“ bei Krankenkassen, die Koppelung des Renteneintritts an die Lebensarbeitszeit unter Einbeziehung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten oder die Verankerung der Schuldenbremse auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene, um die Voraussetzungen für eine „intergenerative Lastenverteilung“ zu schaffen.

INTERGENERATIVE VERTEILUNGSFRAGEN

Politische Parteien sind als fragmentierte Organisationen keine einheitlichen Akteure. Insbesondere in der Christlich Demokratischen Union sammeln sich unter dem gemeinsamen organisatorischen Dach zahlreiche und vielfältige Gruppen, die über eine gewisse Eigenständigkeit verfügen und spezifische programmatische Orientierungen verfolgen können – so auch in Hinsicht auf verschiedene Gerechtigkeitskonzeptionen.

Was ist aus Sicht der Jungen Union gerecht? Der Blick in ihr aktuelles Grundsatzprogramm lässt eine Gerechtigkeitskonzeption erkennen, die – ausgehend vom christlichen Menschenbild – als eine Trias aus Leistungs-, Chancen- und Generationengerechtigkeit charakterisiert werden kann. In Letzterer zeigt sich eine Perspektive, die vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, der den Generationenvertrag auf die Probe stellt, für junge Menschen zunehmend an Relevanz gewinnt. Aus ihr heraus lassen sich diverse intergenerative Verteilungsfragen thematisieren, die wiederum in konkrete politische Handlungsvorschläge münden. Inwiefern diese Vorschläge allerdings inhaltlich schlüssig sind und tatsächlich zu einem Mehr an Gerechtigkeit beizutragen vermögen, steht auf einem anderen Blatt.

„Geht gar nicht!“

Wie kann man Erwachsenen die Probleme von Jugendlichen erklären?

„Geht gar nicht! Man kann Erwachsenen nicht unsere Probleme erklären.
Die kapieren das nicht, die denken ganz anders.“

(Louisa, 14 Jahre)

UTE WEGMANN

Geboren 1959 in Düsseldorf, M. A. in Germanistik, Romanistik und Pädagogik. Freie Journalistin und Moderatorin mit dem Schwerpunkt Kinder- und Jugendmedien. Dozentin an der Universität Duisburg-Essen für Literaturverfilmungen. Seit 1994 redaktionelle Mitarbeiterin für den Büchermarkt beim Deutschlandfunk Köln. Regie und/oder Produktion diverser Bilderbuchverfilmungen („Sein erster Fisch“ von Hermann Schulz, „Gehört das so?“ von Peter Schössow und „Die besten Beerdigungen der Welt“ von Ulf Nilsson). Autorin von Kinder- und Jugendbüchern sowie von Drehbüchern.

Erwachsene denken anders, das stimmt. Aber sie waren doch auch Teenager. Haben sie vergessen, von welchen Sorgen, Nöten, Zweifeln, welcher Suche, welchen Sehnsüchten sie als junge Menschen umgetrieben wurden? Warum muss man diese Gefühlswelt den Erwachsenen Jahre später erklären? Oder verstehen sie die Probleme von Jugendlichen nicht mehr, weil sie – zu sehr mit sich selber beschäftigt – aufgehört haben hinzuschauen, weil sie pubertäres Verhalten als pubertär abtun, aber niemals als ernst zu nehmend? Pubertär, wenn sich ein Vierzehnjähriger aus Liebeskummer umbringt? Pubertär, wenn ein Fünfzehnjähriger die Schule schwänzt aus Verzweiflung,

weil man ihn als schwul bezeichnet? Pubertär, wenn eine Dreizehnjährige aufhört zu essen, weil sie den Stress der Eltern nicht mehr ertragen kann?

Im Grunde ist die Eingangsfrage schnell beantwortet: Man muss die Probleme der Jugendlichen nicht erklären, solange Erwachsene sich erinnern, sich interessieren und ernsthafte Fragen stellen. Nur das Gespräch kann die Generationen zusammenbringen. Nur über das Miteinander können Erwachsene erkennen, was dem eigenen Erlebten ähnlich ist und was sich verändert hat. Die folgenden Überlegungen sind ein Versuch, die Frage dennoch zu beantworten.

oder gestressten Müttern. Mit eigenen persönlichen Einschränkungen und mangelndem Selbstwertgefühl. Mit dem Spagat zwischen zwei Kulturen und oft auch zwischen zwei Sprachen. Gegen Mobbing. Gegen Einsamkeit. Gegen Überforderung.

Auf echte Fragen erhält man fast immer echte Antworten, weil die Jugendlichen spüren, wenn jemand wirklich hören möchte, was sie sagen.

Offenheit für den anderen, Neugierde auf den anderen, Fragen und Zuhören, unabhängig von seinem Lebensalter, verhindern falsche Interpretationen, schafft Ängste ab und führt zur Kommunikation, die der einzige Weg zur Verständigung sein kann.

NEUGIERDE UND OFFENHEIT

ENTWICKLUNGSSTAND

Neugierde und Offenheit bedeuten Anteilnahme und Zuwendung. Verspürt man eine echte Neugierde auf das, was junge Leute denken, was ihnen gefällt, wofür sie sich einsetzen, wen und was sie lieben (und auch was sie hassen, denn lieben und hassen sind wohl die meist benutzten Verben von Teenagern), welche Musik sie hören, welche Bücher sie lesen und wo sie ihre Ferien verbringen wollen, dann nähert man sich an. All das ist spannend.

Manchmal ist man überrascht über die Klugheit und den Weitblick, über Engagement und Empathie. Manchmal, wenn Wut und Unzufriedenheit und Trägheit vorherrschen, ist man gelangweilt, frustriert und irritiert.

Oder man ist erschüttert über die Energie, die Kinder und junge Menschen aufbringen müssen, um ihr Leben zu meistern: mit kranken Eltern oder kranken Geschwistern. Mit arbeitslosen Vätern

Die Pubertät ist die Pubertät. Vierzehnjährige handeln nicht wie Zwanzigjährige oder Erwachsene. Sie können es nicht. Das liegt schlicht und ergreifend an ihrem Entwicklungsstand. Während ich meinen Jugendroman *Never alone* schrieb, las ich zufällig einen interessanten Artikel in einem Wissenschaftsmagazin. Die Erkenntnisse zum Thema Pubertät verarbeitet mein Protagonist Johann knapp und kurz für die Schülerzeitung:

*„Frontallappenschwäche und die Verzögerung der Zirbeldrüse
Neulich fand ich bei meiner Mutter eine Zeitschrift, vorne drauf ein schlappes Zahnspannenmädchen mit verklärtem Blick, darüber in großen Lettern PUBERTÄT. He, dachte ich, das ist doch mein momentaner Zustand. Was liest denn mein Mütterchen darüber? Und siehe da, ich sage euch, es ist der Knüller: Wir*

können nämlich gar nichts dafür! Also für unser Verhalten, weil wir nämlich gewisse, na ja, Teile im Kopf noch nicht ausgeprägt haben, die wachsen noch, so Dinger wie Frontallappen, die sind für ein differenziertes Prioritätensetzen verantwortlich. Ihr wisst, was ich meine:

Dass man statt zum See zu fahren oder ins Kino zu gehen erst mal Vokabel paukt oder ein Erdkundereferat schreibt.

[Zitat ...] Noch so'n Ding ist die Sache mit der Zirbeldrüse. [...] Die Zirbeldrüse produziert ein Hormon, Melatonin, das macht müde. Deshalb gehen die Menschen immer alle brav ins Bett. Nur Pubertierende – solche wie wir – kriegen es nicht gebacken. Und warum? Weil diese durchgeknallte Drüse das Hormon mit bis zu zwei Stunden Verspätung produziert. Schnorcheln also die Alten bereits ab 23 Uhr, geht bei uns im Körper noch die Post ab. Kein Zeichen von Müdigkeit. Wir hören Musik, chatten, telefonieren, sehen fern. Somit ist das jetzt ein für alle mal klar: Wir können nichts dafür! Alleinige Verantwortung hat unsere körperliche Entwicklung. [...]“

(Never alone, Seite 119 f.)

Egal, wie klug die Jugendlichen dahерreden, egal, wie viel man ihnen zumuten kann und was sie bewältigen können, sie und ihr Gehirn befinden sich nach wie vor im Wachstum. Man darf das nicht vergessen. Aber man muss es auch nicht überbewerten.

Neulich bei einer Lesung in einem Vorort von Zürich hatte der Lehrer meiner Meinung nach nicht das richtige Buch für die pubertierenden Zwölf- bis Vierzehnjährigen ausgesucht. Da saßen lange Lulatsche mit Schuhgröße 44, aufgelackte junge Frauen mit Handtaschen, und ich sollte nun von einem zwölfjährigen Mädchen erzählen, das einsam ist, keine Freundin findet, sich immer missverstan-

den fühlt, von ihrer Familie, den Lehrern, der ganzen Welt.

„Das ist genau das Thema!“, sagte der Lehrer auf meinen Einwand hin, „glauben Sie mir. Und außerdem: Jedes Alter ist schwierig. Meins auch.“ Dann lachte der 55-Jährige und er sollte recht behalten: Lange Beine, coole Haltung, lackierte Fingernägel, Lidschatten, aber hinter den Fassaden saß die Einsamkeit meiner zwölfjährigen Protagonistin.

LEBENSWELT

Es ist die Lebenswelt, die sich ändert, nicht der Mensch in seiner Entwicklung. Das Problem ist nur, dass der Mensch nicht mehr hinterherkommt. Der Schuldruck ist immens gestiegen. Die verkürzten Schuljahre, aber auch Studien wie PISA haben das Leistungsverhalten immens angekurbelt. Welches Mädchen, welcher Junge versucht nicht, einen Schnitt von 1,1 im Abitur zu schaffen, damit Tür und Tor offen stehen für Jura-, Psychologie- oder Medizinstudium.

Denn: Man will unabhängig sein. Das ist durchaus richtig.

Man will etwas darstellen, etwas werden. Das ist nicht verwerflich. Die Frage ist nur, zu welchem Preis. Die meisten Jugendlichen möchten „reich“ werden, viele auch „berühmt“. Aber das Bild des Weges, auf dem man reich und berühmt wird, hat sich verändert. Viele junge Menschen meinen, man müsste nur clever sein und die richtigen Leute kennen.

Sie haben ein hochgestecktes Ziel, sehen den Gipfel und vergessen, dass ein





Aufstieg mit Mühen, mit Gefahren verbunden ist und dass man es nie allein schaffen kann, sondern den anderen braucht, der einen stützt und dem man vertraut.

Bedingt durch den Medienrummel, sehen viele nur den Ruhm, nicht die Gefahr, nicht die Folgen, wenn mit heißer Luft gehandelt wird anstatt mit fundiertem Wissen.

Konzentration, Ausdauer und Leidenschaft waren früher die Zutaten, die jemanden erfolgreich machten. Egal ob Sportler oder Wissenschaftler, man lernte, man trainierte und nichts war geschenkt. Der Ruhm war erarbeitet.

Die Finanzkrise und der schlechte Arbeitsmarkt erhöhen aber den Druck in den Elternhäusern. Und so, wie einige extrem strebsam auf diesen Druck reagieren, gibt es sehr viele, die wissen, dass sie niemals einen guten Durchschnitt erreichen können, und aufgeben.

Sicherlich hatte die Elterngeneration, meist Kinder der 1970er-Jahre, vielfältige Möglichkeiten, die Welt stand damals gefühlt offen. Heute sehen die meisten Jugendlichen nur Türen, die langsam ins Schloss fallen. Vor allem auf Haupt- und Realschulen herrschen Ängste, das Gespenst der Arbeitslosigkeit geht um.

Mangelnde Zukunftsperspektiven sind demotivierend, nur in einer Atmosphäre der Freiheit, mit Möglichkeiten und Zielen, entwickelt sich die Lust am Lernen. Die meisten Jugendlichen mit Migrationshintergrund sehen ihre Chancen nicht. Bestärkung ist hier gefragt, die Förderung der Fähigkeiten und das Schaffen von Perspektiven.

Es ist die Pflicht unserer Generation, Vorbilder zu stellen. In der Gesellschaft, in der Literatur, in der Politik. Menschen,

die bereit sind, sich für Inhalte einzusetzen, Gesellschaft mitzugestalten, weil sie sich als Teil dessen verstehen. Ein Teil einer Gemeinschaft zu sein, das müssen junge Menschen spüren, und dazu gehört auch, dass sie eine Stimme haben, die wir hören möchten, dass wir ihre Welt verstehen, ihnen aber auch ihre Welt lassen.

Zu dieser Welt gehören Facebook, Twitter und Google+, aber diese Welt bleibt vielen Erwachsenen fremd und kurbelt dadurch unnötig ihre Fantasie an. Es liegt in der Hand der Erwachsenen, sich zu informieren, um nicht im Ungewissen zu bleiben. Für alle sind die medialen Möglichkeiten neu, wir alle müssen lernen, mit der neuen Freiheit und Transparenz umzugehen. Gemeinsam.

ERINNERUNGEN

Die Erinnerungen zuzulassen, scheint manchmal schwer. Liegen denn alle diese pubertären Augenblicke und wilden Jahre verschüttet, weil sie so schrecklich waren? Sie waren doch auch so schrecklich schön.

Vieles geschah zum ersten Mal und war gepaart mit einer Spannung, die man im späteren Leben nie mehr mit dieser Intensität erfahren würde.

Der erste Freund. Der erste Zungenkuss. Der erste Urlaub. Der erste Sex. Der erste Auftritt vor Fremden. So viele Unsicherheiten. So viele Unbekannte. So viele Sehnsüchte, Ängste, Hochgefühle, Tiefgefühle.

So ein langer Weg, bis man das eigene Ich entdeckt, sich akzeptiert und die Geheimnisse des Lebens zu ergründen beginnt, um irgendwann festzustellen, dass man nichts weiß. Dann ist man zum Glück

schon wieder alt genug, um es zu ertragen.

Aber damals war das Leben, die Welt, eine große Unbekannte, die es zu entdecken galt. Diese Mischung aus Vorfreude, Neugierde und Ängsten erzeugt ein ganz besonderes Herzklöpfen, das man nie vergessen sollte, weil es stärkt für den langen Weg ins Erwachsenensein.

WERTSCHÄTZUNG

Wir müssen die jungen Menschen ebenso achten wie die Kinder, die unsere Hilfe brauchen, die Alten, denen wir Respekt entgegenbringen, und alle anderen, die mit uns zusammenleben.

Schätzen wir die Jugendlichen, die trotz schwieriger häuslicher Verhältnisse ihren Alltag meistern. Schätzen wir die Leistungen, die Talente, die Disziplin, die viele schon in früher Jugend für eine Sache aufbringen, im sozialen, sportlichen oder künstlerischen Bereich.

Freuen wir uns über die Fähigkeit zu Leidenschaft, zu Engagement, zu Empathie und auch zu Humor und Fröhlichkeit, die Erwachsene auf ihrem Lebensweg bedauerlicherweise oft verlieren.

Lernen wir von den jungen Leuten, wie sie Freundschaften leben, wie sie die Welt bereisen, wie sie das Leben meistern. Ein Leben übrigens, das im Zeitalter der Medien und der Mobilität so viel komplexer und komplizierter geworden ist.

Unsere Aufgabe muss es sein, den jungen Menschen Räume des Vertrauens zu bieten, das Tempo wieder zu drosseln, das Miteinander wieder in den Mittelpunkt zu rücken, der Individualisierung und dem Narzissmus entgegenzuwirken.

Mein Respekt gilt der Jugend des einundzwanzigsten Jahrhunderts. Sie hat viel zu bewältigen!

*PS: Ganz ehrlich, habe ich mich schon oft gefragt:
Kann man eigentlich Jugendlichen die Probleme von Erwachsenen erklären?*

Frisch, fromm, Facebook, frei

Ägyptens revolutionäre Jugend zwischen
Fremdzuschreibung und Selbststilisierung

ANDREAS JACOBS

Geboren 1969 in Kleve, seit Juni 2012 Koordinator für Islam und Religionsdialog in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Von August 2007 bis Mai 2012 war er ihr Landesbeauftragter in Ägypten.

Zwei Jahre ist es her, dass junge Internetaktivisten in Ägypten zu Massendemonstrationen aufriefen und damit das Ende des Mubarak-Regimes einleiteten. Seither ist die Welt fasziniert vom Bild einer ägyptischen Jugend, die mit Kreativität per Mobiltelefon für Freiheit und Demokratie

kämpft. Modern, gut ausgebildet, sozial vernetzt und politisch aktiv sei die Generation der unter 25-Jährigen. Mit Islamismus und Radikalismus habe sie wenig am Hut, eine Benachteiligung von Frauen und religiösen Minderheiten lehne sie ab. An diesem Bild ist manches richtig, vieles überzeichnet und einiges falsch. Die ägyptische beziehungsweise arabische Jugend ist zur Projektionsfläche von Hoffnungen und Wünschen geworden. Vor allem im Westen wurde ein Bild entworfen, das tatsächliche oder vermeintliche Vorurteile widerlegen will und damit neue schafft. Was stimmt also? Wo steht die ägyptische Jugend zwei Jahre nach dem Sturz Hosni Mubaraks?

Die Hälfte der über achtzig Millionen Ägypter ist unter 25 Jahre alt. Ihre Chancen auf einen anständig bezahlten Job stehen nach wie vor schlecht. Die wirtschaftliche Lage, soziale und kulturelle Schranken, Korruption und Vetternwirtschaft und vor allem eine miserable Bildungssituation machen es ihnen schwer. Die verbreitete Vorstellung, dass Ägyptens Jugend gut ausgebildet sei, ist nur zur Hälfte wahr. Es stimmt, dass noch nie so viele Ägypter Zugang zu so hohen Bildungsabschlüssen hatten wie heute. Es stimmt aber auch, dass das ägyptische Bildungssystem selten so schlecht war wie heute. Jahrzehntelange Vernachlässigung der öffentlichen Schulen und ein marodes Universitätssystem haben dazu geführt, dass die ägyptischen Bildungsabschlüsse im internationalen Vergleich oft nicht mithalten können. Während das Land noch bis in die 1980er-Jahre Lehrer, Ärzte und Ingenieure exportierte, sind Akademiker vom Nil in den arabischen Nachbarstaaten heute immer weniger gefragt.

UNERFÜLLBARE ERWARTUNGEN

Auch bei der Berufsausbildung klaffen Anspruch und Wirklichkeit auseinander. Seit Jahrzehnten pumpen internationale Geldgeber hohe Beträge in die berufliche Bildung. Der geringe Erfolg hat auch kulturelle Gründe. Wer eine teure Ausbildung durchlaufen hat, sieht sich weniger in der Werkshalle als vielmehr in der Chefetage. Berufs- und Universitätsabschlüsse sind Prestigefaktoren und qualifizieren in ägyptischen Augen zu Leitungsfunktionen. So wird die Sekretärin zur Büroleiterin, der Facharbeiter zum Ingenieur, der Hausmeister zum „Facility-Manager“. Der Sprachwitz des ägyptischen Alltagsarabisch kennt diesen Trend seit Langem. Wer eine Schraube umdrehen kann, ist ein „Ingenieur“, wer lesen kann, ist ein „Professor“; nur wer gar nichts kann, wird zum „Präsidenten“. Das Ergebnis sind große Erwartungen, die immer seltener erfüllt werden können. Auch darin liegt eine Ursache für die Frustration der Jugend.

Verdeckt wird die Misere vom Nebeneinander staatlicher und privater Bildung. Jeder, der es sich irgendwie leisten kann, bringt seine Kinder auf Privatschulen unter. Und davon gibt es immer mehr. Ägypten hat eine Mittelschicht, die zwar (relativ) immer weiter schrumpft, in Anbetracht des rasanten Bevölkerungswachstums aber (absolut) wächst. Mehrere Millionen Ägypter haben Zugang zu einem Auto, zu privater Bildung, zu internationalen Medien und zum Internet. Vor allem die privaten Universitäten produzieren jährlich Tausende (tatsächlich) gut ausgebildete Akademiker mit exzellenten Sprachkenntnissen und internationaler Erfahrung. Es ist diese Bildungselite, mit der es internationale Besucher meistens zu tun haben und die oft das Bild der Ägypter im Ausland prägt: modern, selbstbewusst, international und eloquent. Die Kinder der Mittel- und Oberschicht waren enorm wichtig für die

Revolution, weil sie über Wissen, Selbstbewusstsein und Kontakte zum Machtapparat verfügen. Mit der Masse der Bevölkerung haben sie allerdings wenig zu tun.

VERNETZT UND RELIGIÖS

Ein weiteres Missverständnis betrifft das religiöse Element. Fast aufatmend war in westlichen Medien zu lesen, dass die ägyptische Jugend überwiegend säkular eingestellt sei. Tatsächlich ist „Säkularismus“ in Ägypten ein Schimpfwort. Bekennende Atheisten, wie Maikel Nabil und die „Nacktbloggerin“ Aliaa El-Mahdy, die mit Nacktfotos von sich selbst gegen Gewalt, Sexismus und sexuelle Belästigung protestiert hatte, sind für Ägyptens Jugend genauso repräsentativ wie Pierre Vogel und Daniela Katzenberger für die deutsche Generation unter dreißig. Kaum ein ägyptischer Jugendlicher, egal ob Christ oder Muslim, würde sich nicht als gläubig bezeichnen. Die meisten politisch aktiven Jugendlichen und Blogger bekennen sich zu ihren religiösen Überzeugungen, und viele Aktivistinnen tragen selbstverständlich Kopftuch. Wael Ghoneim etwa, der mit seiner Facebook-Seite „Wir sind alle Khaled Said“ die ägyptische Revolution mit auslöste, begann seine Karriere als Begründer einer islamischen Website.

Vernetzt und religiös ist in Ägypten kein Widerspruch. Wie in anderen traditionellen Gesellschaften ist das Internet oft Ersatz für die oft trostlose Realität und eine Möglichkeit zur Umgehung von Verbots und Beschränkungen. Wer in Ägyptens Städten kein Geld für Fast Food, Café oder Kino hat, steht sprichwörtlich auf der Straße. Überall auf den wenigen öffentlichen Plätzen oder auf den Nilbrücken sieht man Gruppen von jungen Männern auf der Suche nach Unterhaltung, Abwechslung und Kontakt zu Frauen. Sexuelle Belästigung ist ein Riesenproblem. Eine Alternative zum „Abhängen“ bietet oft nur das Internet. Fast jeder junge Ägypter, der Zugang zu einem Rechner hat, verfügt auch über einen Facebook- oder Twitter-Account. In allen Büros, auf allen Smartphones laufen Netzwerkprogramme im Hintergrund mit. 95 Prozent der Facebook-Kontakte drehen sich angeblich ums Kennenlernen, meist des anderen Geschlechts. Auch deshalb hatte sich die allgegenwärtige Staatsicherheit des Mubarak-Regimes kaum um den Facebook-Trend gekümmert.

NEUER KAISER OHNE KLEIDER

Aber soziale Netzwerke schaffen noch keine Inhalte. Genau das war das Problem der ägyptischen Facebook-Revolutionäre. Nach dem Abtritt Mubaraks war Ägyptens Jugend zwar der neue Kaiser, stand aber ohne Kleider da.

Eloquenz wurde mit politischem Handeln, Pathos mit Programm verwechselt. Es gab keine Plattform, keinen Plan für die Zeit danach. Die Blogs und Facebook-Seiten, über die der Aufstand organisiert wurde, transportierten hauptsächlich Forderungen, Emotionen und Know-how für den Aufstand gegen Mubarak und sein Regime. Rückblickend wird deutlich, wie unterschiedlich die Motive der Revolutionäre waren. Der Slogan der Revolution war: „Brot, Freiheit, Gerechtigkeit“, aber gerufen wurde auch: „Mubarak, du Agent Israels“ und „Der Islam ist die Lösung“. Die säkulare Jugendaktivistin von der Amerikanischen Universität war ebenso dabei wie der Nachwuchsfunktionär der Muslimbruderschaft und der von Klebstoffdämpfen benebelte Fünfzehnjährige aus dem Armenviertel.

WILLKOMMENES VENTIL

Gerade viele junge Männer sahen in den Auseinandersetzungen mit der alten und neuen Staatsmacht auch nur ein willkommenes Ventil, um Dampf abzulassen. Dass die Straßenschlachten mit der Polizei zum großen Teil von den Fangruppen der großen Fußballclubs organisiert worden waren, hatte man in der westlichen Berichterstattung lange übersehen. Wael Ghoneims Facebook-Aufruf an die „Ultras“ der Clubs von Ahly, Zamalek und Ismailiya verzeichnete Mitte Januar 2011 doppelt so viele Klicks wie fast alle seine früheren Einträge. Aber randaleerprobte Fußballfans passten nicht in das Bild, das man sich im Westen von der revolutionären Jugend Ägyptens machte. Auch hier wurde das Alltägliche mit dem Historischen verwechselt.

Hätte es nicht so viele Tote gegeben, wären das Zeltlager auf dem Tahrir-Platz die Schlachten vor dem Innenministerium 2011 und vor den Partizentralen der Muslimbrüder 2012 für Ägyptens Jugend kollektive Erlebnisse gewesen, wie es für westliche Jugendliche Woodstock oder die Massendemos der 1980er-Jahre waren. Auch bei dem Sturm auf die US-Botschaft im September 2012 ging es nicht in erster Linie um Politik, sondern um den Kick des öffentlichen Aufruhrs, aber auch um offene Rechnungen zwischen Ultras und Polizei. Antiamerikanismus und Israelfeindlichkeit sind bei allen Auseinandersetzungen im Namen der „Revolution“ als Grundschwingung sowieso immer dabei.

REVOLUTION ALS LABEL

Ägyptens Revolution ist mittlerweile ohnehin zum Legitimitätsausweis für alles Mögliche geworden. Die Muslimbrüder beziehen sich ebenso auf sie wie viele Vertreter des alten Regimes. Das Label „revolutionärer Jugendlicher“ ist zum begehrten Gütesiegel geworden. Meist verleiht man es sich selbst. Fast

alle Ägypter unter 25 wollen auf dem Tahrir-Platz dabei gewesen sein – genauso wie die meisten westlichen Journalisten und Nahostexperten. Die Selbststilisierung ist lukrativ, sie bringt Anerkennung und Aufmerksamkeit. Gerade englischsprachige Revolutionäre stehen bei internationalen Medien- und Politikvertretern hoch im Kurs.

DAS EGO DER AKTIVISTEN

Junge Ägypter und Tunesier sind als Gäste auf den zahllosen Konferenzen, Panels und Workshops zum „Arabischen Frühling“ unverzichtbar. Als Sprecher und Stipendiaten sind sie in Berlin, Washington, Warschau und Madrid wesentlich gefragter als in Kairo oder Kairouan. Nicht wenige Aktivisten verwalten mittlerweile gut gefüllte Terminkalender. Der bekannte Blogger Mahmoud Salem ätzte deshalb in einer seiner Twitter-Meldungen, dass manchen Aktivisten das Ego wichtiger sei als die Aktion. Niemand kann es jungen Ägyptern vorwerfen, die internationale Aufmerksamkeit zu nutzen, um im Ausland Geld und Karriere zu machen. Aber dem Aufbau einer demokratischen Gesellschaft hilft das erst einmal nicht.

Eigentlich würden sie dafür dringend gebraucht. Wael Ghoneim bloggt und twittert weiter, hat sich aber aus dem politischen Aktivismus zurückgezogen. Auch um Asmaa Mahfouz, Wael Abbas, Ahmed Maher und die anderen Aktivisten der Anti-Mubarak-Bewegung ist es ruhiger geworden.

Auf dem politischen Parkett tummeln sich andere: Militärs, Muslimbrüder und die alten Seilschaften des Mubarak-Regimes. Viele Revolutionäre haben zu spät begriffen, dass ein Machtwechsel an der Spitze des Landes noch keinen durchgreifenden Wandel schafft. Das gesellschaftliche System, gegen das die Revolutionäre vor zwei Jahren aufgelehnt waren, ist nicht mit Mubarak abgetreten. Es ist oft noch so wirkmächtig wie zuvor. Geld und Beziehungen bestimmen über das persönliche Fortkommen, nicht Klugheit und Leistung. Jobs, Wohnungen und Privilegien werden nach wie vor über mafiöse Netzwerke zugeteilt, zu denen viele einfache Ägypter keinen Zugang haben.

ALTE ORDNUNG IM NEUEN REGIME

Auch das erklärt die Heftigkeit der jüngsten Auseinandersetzungen um den Verfassungsprozess. Es geht nicht in erster Linie darum, dass die neue Verfassung islamistischer ist als die alte. Es geht um den politischen Kontext ihres Zustandekommens.

Ägyptens Jugend ist vor zwei Jahren auf die Straße gegangen, um die Alleinherrschaft eines überalterten, korrupten Männerbundes abzuschütteln.

Ein ebensolcher bringt sich gerade wieder in Stellung, unter neuem Namen und mit neuen Gesichtern, aber mit den alten Methoden. Was in europäischen Medien als Kampf zwischen einer neuen (islam)demokratischen Ordnung und den Vertretern des alten Regimes in der Justiz missverstanden wird, ist tatsächlich der Kampf gegen die alte Ordnung im neuen Regime.

MISCHUNG AUS ANPASSUNG UND AUFBEGEHREN

Ägyptens Jugendliche sind nicht alle Helden oder Revolutionäre. Sie sind auch nicht alle gut ausgebildet, säkular oder an demokratischen Werten interessiert. Viele von ihnen sind fromm, nationalistisch und kritisieren den Westen. Andere interessieren sich vor allem für Fußball und Frauen. Sie sind verwurzelt in einer Gesellschaft, die hierarchisch, religiös, autoritär und patriarchalisch ist und die sie oft ablehnen.

Das Ergebnis ist eine Mischung aus Anpassung und Aufbegehren. Die jungen Ägypter eint die Erfahrung von Bevormundung, Unfreiheit und Fremdbestimmung. Sie eint aber auch die Gewissheit, dass es sich lohnt, mit frischem Mut, dem Glauben an Veränderung und einem Facebook-Konto für die Freiheit und Veränderung zu kämpfen. Keine ägyptische Regierung wird das jemals vergessen. Ägyptens Jugend ist heterogen und unorganisiert, selbstbewusst und selbstverliebt, religiös und modern, vernetzt und planlos. Genau darin könnte ihre Stärke liegen. Berechenbar ist sie für keinen Machthaber.

Jugend in zwei Diktaturen

Von der instinktiven Gegnerschaft zum politischen Widerstand

WERNER DOLATA

Geboren 1927 in Brandenburg an der Havel, gehört zur letzten Generation, die die verbotene katholische Jugendarbeit in der NS-Zeit noch aus eigenem Erleben schildern kann. Dolata leitete ab 1942 eine katholische Pfarrjugendgruppe in Brandenburg, wurde 1946 von der sowjetischen Besatzungsmacht kurzzeitig inhaftiert, arbeitete später als Zahnarzt in West-Berlin und war von 1981 bis 1987 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Herr Dolata, vor siebzig Jahren, am 22. Februar 1943, wurden die Geschwister Scholl hingerichtet. Was verbinden Sie mit diesem Datum?

Werner Dolata: Die Hinrichtung selbst habe ich damals gar nicht wahrgenommen. Da ging ich noch zur Schule, in die Mittelschule in Brandenburg an der Havel. Kriegszeit, Bombenalarm, Fliegeralarm. Ich war noch in der Jungschar, aber habe mitbekommen, dass unsere Pfarrjungführer Wimpel und andere Dinge im Pfarrgarten vergraben haben. Bei uns in der Wohnung hat die Gestapo Kolpingbanner und Unterlagen gesucht. Mein Vater war gerade

in den Mitteldeutschen Stahlwerken in Brandenburg arbeiten, aber meine weinende Mutter wurde bedrängt, Schubläden wurden herausgerissen und ausgeleert. Zweimal hatten wir Hausdurchsuchungen.

Die Geschwister Scholl dominieren das Gedenken an die Jugend im Widerstand. Für welche jungen Menschen, die Widerstand gegen Hitler leisteten, wünschten Sie sich mehr Beachtung? In Ihrem Tagebuch spielt der Lübecker Christenprozess eine Rolle, in dessen Folge drei katholische Priester und ein protestantischer Pastor hingerichtet worden sind?

Werner Dolata: Nur wenn man es in weiterem Sinne sieht, war die Arbeit bei uns in der katholischen Jugend „Widerstand“. Eigentlich handelte es sich mehr um Resistenz, also um ein bewusstes Abseitsstehen von einer nationalsozialistisch bestimmten Gesellschaft.

Aber wir hatten den Pfarrer Schubert in Brandenburg an der Havel. Er hat die „Fremdarbeiter“ unterstützt, auch auf Polnisch Messen gelesen und die Beichte gehört, was verboten war. Er wurde später verhaftet und ist im Berliner Polizeipräsidium am Alexanderplatz, wie wir schon damals vermutet haben, ermordet worden. Die Nationalsozialisten behaupteten, er habe Selbstmord begangen. Dennoch ist er unter großer Anteilnahme der Bevölkerung in Brandenburg beerdigt worden. Das war eine Persönlichkeit, die nicht mit dem Regime konform ging und dafür mit ihrem Leben bezahlt hat. So ist er von uns Jugendlichen und von anderen wahrgenommen worden.

Darüber habe ich übrigens mit unserem Erzbistum einen jahrelangen Briefwechsel

geführt. Für einen angeblichen Selbstmörder wollte das Ordinariat nicht erlauben, eine Gedenktafel in unserer Heimatkirche anzubringen. Erst 1988 konnte ich die Verantwortlichen überzeugen.

In Brandenburg gehörten Sie ja zum Bistum Berlin, dessen Oberhirte, der spätere Kardinal Konrad von Preysing, einer der schärfsten Gegner des Nationalsozialismus unter den deutschen Bischöfen war. Haben Sie Preysings Adventspredigt von 1942, in der er gegen Morde aus rassistischen Gründen Stellung bezogen hat, damals wahrgenommen?

Werner Dolata: Ja, weil unser Kaplan Szydzyk – Jugendseelsorger, später Prälat in Bonn und beim katholischen Kommissariat in Mainz – die Predigt vervielfältigt und unter der Hand an Soldaten und andere Ältere verteilt hat. Das wussten wir, aber uns Jugendlichen hat er den Text nicht gegeben – wohl, um uns zu schützen.

Wie hat sich die Arbeit in der eigentlich illegalen katholischen Pfarrjugend während der NS-Zeit gestaltet?

Werner Dolata: Wie gesagt, bewusster Widerstand war das in unserer Wahrnehmung nicht, aber umso mehr eine instinktive Gegnerschaft als katholische Jugendliche zu allen Institutionen des Regimes. Wenn wir beispielsweise bei einer Radwanderung auf eine HJ-Einheit trafen, haben wir uns geprügelt. Daraus ergaben sich aber keine weitergehenden Folgen. Dem stand nicht entgegen, dass viele von uns gleichzeitig in der Hitlerjugend (HJ) waren – gezwungenermaßen. Ich hatte das große Glück, durch die Beschwerde

meines Vaters die Mitgliedschaft in der HJ vermeiden zu können: Als man mich zum Mitmachen verpflichten wollte, geriet das in Konflikt mit dem sonntäglichen Kirchgang. Mein Vater berief sich auf eine Rede des Reichsjugendführers Baldur von Schirach, in der dieser den katholischen Eltern versichert hatte, dass sie die christliche Erziehung fortführen könnten, und dazu gehörte natürlich auch der Gottesdienst. Nach drei, vier Monaten wurde der HJ-Führer, bei dem ich mich immer zum Gottesdienst anmelden musste, zum Militär eingezogen, und so bin ich um die HJ herumgekommen.

Andere in meiner Pfarrgruppe – ich war ja Gruppenleiter – mussten weiter dahin und haben geschimpft, aber sie haben dort natürlich den Mund halten müssen. Im katholischen Milieu konnten sie offen sprechen. Dort hat man sich nicht gegenseitig verraten.

Die katholische Jugendgruppe in Brandenburg hat über das Kriegsende hinaus bruchlos weiterbestanden?

Werner Dolata: Ja, eigentlich durch mich. Ich war zuletzt Pfarrjugendführer, ehe ich im Februar 1944 einberufen wurde. Nach dem Krieg war ich als Erster wieder zurück. Und da gab es doch einen Wandel im positiven Sinne: Mit Kaplan Szydzyk haben wir den ersten Aufruf zur Gründung der Union 1945 noch handschriftlich vervielfältigt und verteilt. Wir haben bei den Wahlen in der SBZ 1946 als Gruppe im Wahlkampf der CDU geholfen. Mein Vater war Ortsvorsitzender.

Weil meine Gruppe dann beim Überkleben von Plakaten bestimmter anderer Parteien erwischt worden war, kam ich in Untersuchungshaft. Das war höchst riskant, weil

damals sowjetische Lagerhaft drohte. Mein Vater hat Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um mich freizubekommen. Der katholische Diözesanjugendseelsorger Pfarrer Lange setzte sich für mich ein. Weihbischof Heinrich Winken, der Verhandlungsbeauftragte der Fuldaer Bischofskonferenz beim Alliierten Kontrollrat, schrieb einen Brief an Erich Honecker, der Vorsitzender des FDJ-Zentralrates war. Nach zwei Wochen wurde ich wieder entlassen.

Wie gestaltete sich 1946 die Gründung der FDJ? Die katholische Jugend war ja genau wie die evangelische Junge Gemeinde auf dem ersten „Parlament“ der FDJ vertreten.

Werner Dolata: Ich war nicht Mitglied der FDJ. Im Gegensatz zur Stadt Werder, wo der Pfarrjugendführer und die katholische Jugend en bloc Mitglied der FDJ geworden sind, haben wir das in Brandenburg abgelehnt, denn wir hatten bereits die Gefahren der Gleichschaltung vor Augen. Als die Jugendausschüsse, die Vorfäule der FDJ, von der Stadt gegründet wurden, sind der Kaplan und der Pfarrer von offizieller Seite schriftlich aufgefordert worden, Vertreter für den Jugendausschuss zu benennen. Unter anderen wurde ich nominiert – und so kamen wir in den Jugendausschuss, der später in die Stadtleitung der FDJ umgewandelt wurde. Von uns hatte man erwartet, dass wir Mitglied würden. Das haben wir, wie gesagt, abgelehnt. Damit ich trotzdem Zugang zur FDJ-Gründungsversammlung 1946 bekam, besorgte mir Manfred Klein, der Vertreter der CDU im Zentralen Jugendausschuss, einen Presseausweis für die katholische Jugendzeitschrift *Die Botschaft*.

Auf dem „Parlament“ gab es die sowjetische Vorgabe an die SED, aus deutschland-politischen Rücksichten eine gemeinsame Jugendorganisation zusammen mit der evangelischen und der katholischen Jugend zu gründen, wobei natürlich nur die Kommunisten das Sagen haben sollten. Einer der schärfsten kommunistischen Vertreter war der sächsische Delegierte Robert Bialek. In einer Verhandlungspause beschrieb er in einem privaten Gespräch ihre Taktik und sagte, später werde man den Kirchen schon einen Nackenschlag verpassen. Ein katholischer Delegierter aus dem Eichsfeld bekam das mit, und die kirchliche Jugend sowie die CDU-Vertreter drohten mit dem Auszug. Offiziell gaben dann die Kommunisten nach und konzidierten, dass die kirchlichen Gruppen nicht als FDJ-Gruppen, sondern selbstständig arbeiten durften. Das war der Knackpunkt! Die entsprechenden Forderungen der Kirchen hatten wir im Gruppenraum meiner Jugendgruppe – im Steintorturm in Brandenburg – formuliert. Es gab keine Illusionen über die eigentlichen Ziele der SED, aber die formale Mitarbeit hat uns Zeit für den Aufbau der katholischen und evangelischen Jugendarbeit verschafft.

Der Vertreter der CDU im FDJ-Zentralrat war Manfred Klein, dessen Widerstand gegen das SED-Regime heute leider fast vergessen ist. Wie haben Sie Manfred Klein kennengelernt?

Werner Dolata: Hier in Berlin durch den Diözesanjugendseelsorger Pfarrer Lange. Er war zuerst für die katholische Jugend im Zentralrat der FDJ zuständig und wurde dann für die CDU tätig – hatte also praktisch eine Doppelfunktion. Er griff Erich Honecker im Zentralrat direkt an

und hat mit großem persönlichem Mut trotz seiner drohenden Verhaftung weitergekämpft. Er wurde damals von den Sowjets zu Spitzeltätigkeiten gedrängt, aber hat sich dagegen gewehrt und mir und anderen das mitgeteilt. 1947 wurde er verhaftet und zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt. 1956 ist er entlassen worden und ging in den Westen, wo er später Abteilungsleiter in der Bundeszentrale für politische Bildung wurde.

Wie war Jugend im Nationalsozialismus und Jugend im Sozialismus in Ihrer Wahrnehmung im Vergleich? Wenn Sie sich zurückerinnern: Gab es Ähnlichkeiten? Wo lagen die Unterschiede?

Werner Dolata: Die Ähnlichkeiten überwiegen zwischen der NS-Zeit und der DDR. Hier Hitlerjugend und dort die katholische Jugend, die offiziell nicht mitmachte, von der eine Reihe von Personen aber Mitglied in der HJ waren. Das war im „Dritten Reich“ genauso wie nachher. Dennoch gab es auch Unterschiede: Unsere Gruppenarbeit war während der Nazizeit inoffiziell. Wir trafen uns unter dem Vorwand von Glaubensstunden, Religionsunterricht und privaten Zusammenkünften. Demgegenüber waren wir während der DDR-Zeit – auch in Phasen der Auseinandersetzung mit der FDJ und mit der Stadtverwaltung – nicht verboten, sondern öffentlich wahrnehmbar. Wir konnten einen Aushang im Schaukasten machen oder den Pfarrer um eine Kanzelvermeldung bitten, was im „Dritten Reich“ so nicht machbar gewesen wäre. Die Auseinandersetzungen in der SBZ/DDR liefen meist auf der Führungsebene. In dieser Hinsicht konnten wir uns in der SBZ und in der DDR freier bewegen, wir haben Zeltlager organisiert et cetera.

Der grundsätzliche Unterschied bestand darin, dass in der NS-Zeit nur der Rückzug in den kirchlichen Bereich blieb, während die kirchliche Jugendarbeit in der DDR nach außen wirken konnte. Wir haben etwa im kulturellen Bereich Veranstaltungen in der Stadthalle gemacht. Da ist die FDJ mit Programm punkten aufgetreten und die katholische Jugend der Pfarrei Heilige Dreifaltigkeit mit einem Sprechchor und mit einem Lied. Dafür wäre man im „Dritten Reich“ verhaftet worden. Besonders in der Anfangszeit waren jedoch die Auseinandersetzungen in der SBZ recht hart, wir haben beispielsweise unseren Gruppenraum, den schon erwähnten Steintorturm, einen sehr schönen Raum in einem Turm der Brandenburger Stadtmauer, samt Inventar an die FDJ abgeben müssen.

Wie sah dann die Diskriminierung für Mitglieder der katholischen Jugend in der DDR aus?

Werner Dolata: Wie man sie erfahren hat, hing wesentlich vom individuellen Lebensweg ab. Ich selbst habe trotz meiner „staatsfeindlichen“ Ausrichtung in der frühen DDR wenig Zurücksetzung erfahren müssen. Ich konnte Zahnarzt werden und habe an der Humboldt-Universität in Mitte und im Westen Berlins die Approbation doppelt gemacht, weil niemand wusste, wie die politische Entwicklung ausgehen würde. Dagegen haben spätere Jahrgänge bei der Berufswahl massive Einschränkungen erfahren. Ich habe einen Cousin, der studieren wollte, aber nicht durfte, weil sein Vater auch Zahnarzt war. Eine Cousine wollte Optikerin werden, hat aber keine Lehrstelle bekommen und ist Krankenschwester geworden.

Es ist bemerkenswert, dass Jugendliche in zwei aufeinanderfolgenden Diktaturen die Kraft hatten, sich nicht einordnen zu lassen.

Werner Dolata: Das kommt wahrscheinlich auf das Elternhaus an, und dann hatten wir ja den Kaplan, der uns Vorbild war und Haltung vermittelt hat. Da spielte auch der Jagdflieger Werner Mölders eine Rolle, der Mitglied unserer katholischen Pfarrjugend in Brandenburg gewesen war und trotz seiner militärischen Erfolge in Distanz zum NS-Regime geblieben ist. Wichtig war für mich mein Vater – auch aufgrund seiner Arbeit für die Kolpingfamilie.

Es gab übrigens auch Familien wie die eines hohen NS-Funktionärs, dessen Frau regelmäßig die Messe besuchte, aber nicht zum Spitzel wurde. Als unser Pfarrer Jochmann über Christenverfolgung aus früheren Jahrhunderten erzählte und den Vergleich zur Judenverfolgung zog, hatte das keine Konsequenzen.

Wie haben Sie damals aus der katholischen Umgebung heraus die Leute betrachtet, die mit bei der Hitlerjugend waren und später in der FDJ?

Werner Dolata: Wer bei uns in der katholischen Jugend mitmachte und zwangsläufig durch den Dienst in der HJ in Uniform zum Gruppenabend gekommen ist, den haben wir für voll genommen und ihm keine Vorwürfe gemacht Klassenkameraden, die – selbst wenn sie katholisch waren – nicht bei uns in der Gruppe mitmachten, sondern nur in der HJ waren, haben wir persönlich gemieden. Allerdings gab es durchaus Freundschaften quer durch die politischen Lager. Ich

hatte in der Schulkasse einen sehr guten Freund, den Sohn des NSDAP-Kulturwärts der Stadt Brandenburg. Er war nicht katholisch, aber ich bin in der Familie ein- und ausgegangen und er bei uns. Sein Vater hat vermutlich mehrmals die schützende Hand über mich gehalten.

Könnten Sie die Gründungsphase der CDU nach dem Krieg näher beschreiben?

Werner Dolata: In Brandenburg hat Pfarrer Jochmann im Sommer 1945 eine entscheidende Rolle gespielt, bevor der Entpolitisierungsartikel des Reichskonkordates für Geistliche wieder durchgesetzt wurde. Er hat ein paar Männer angesprochen, als die Idee der Parteigründung von Berlin herüberkam – ich weiß nicht, auf welchen Wegen sie nach Brandenburg weitergegeben wurde –, und dann hat mein Vater sich bereit erklärt, den Ortsverband Altstadt aufzubauen.

Alles funktionierte über Mundpropaganda zwischen guten Bekannten, sodass in dieser Anfangszeit fast nur ehemalige Zentrums- oder Kolpingsleute die Union aufbauten, trotz der Diasporasituation. Das wandelte sich aber verhältnismäßig schnell, denn wir hatten ja erstaunlichen Zulauf.

Die Motivation war die Überzeugung, dass sich eine Katastrophe wie die NS-Diktatur nicht noch einmal wiederholen dürfe. Wir Jugendlichen waren dabei aber nicht die treibende Kraft, wir kamen häufig über unsere Eltern oder die Pfarrjugend zur Union. Ich selbst bin 1946 eingetreten. Sobald – nach der Absetzung von Jakob Kaiser – Ende 1947 die CDU in der SBZ gleichgeschaltet wurde, hat sich mein Vater zurückgezogen, wie die meisten kirchennahen Unionsmitglieder beider

Konfessionen. Er hatte da nur noch Schwierigkeiten, man wollte ihm etwa die Konzession für seine christliche Buch- und Kunstdiensthandlung entziehen. Mein Vater wollte trotzdem, dass ich eine Zahnarztpraxis in Brandenburg übernehme, aber ich habe seit Ende der 1940er-Jahre im Westteil Berlins gewohnt und wollte nicht zurück in die DDR.

Sobald Sie in West-Berlin ansässig waren, haben Sie sich bis heute für die CDU politisch engagiert?

Werner Dolata: Ja. Bloß wenn ich mich zu sehr über die Berliner CDU geärgert habe, habe ich gesagt, ich trete aus und gründe die CSU Berlin! Ich habe mich von Anfang an als Kreisjugendringvertreter für den Jugendwohlfahrtsausschuss nominiert lassen und bin dann Bezirksverordneter, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und schließlich Bundestagsabgeordneter geworden. Das war mein Ziel, ich hätte auch Bürgermeister hier in Schöneberg werden können. Insgesamt war ich 34 Jahre Parteivorsitzender in Schöneberg und bin jetzt Ehrenvorsitzender.

Das Interview führten Wolfgang Tischner und Bernd Löhmann.

Jugend als politisches Subjekt

Deutsche Jugendbewegung von ihren Anfängen bis zum Zweiten Weltkrieg

CHRISTOPHER BECKMANN

Geboren 1966 in Essen, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Zeitgeschichte, Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

JÜRGEN NIELSEN-SIKORA

Geboren 1973 in Köln, Leiter der Abteilung Zeitgeschichte, Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Der 11. Oktober 1913 war ein regnerischer, nebliger Herbsttag. Das hielt 2.000 bis 3.000 junge Frauen und Männer – genauere Zahlen fehlen – nicht davon ab, sich zu Fuß auf den Weg zum Hohen Meißner zu machen, einem 756 Meter hohen Bergmassiv im Kaufunger Wald bei Kassel. Man versammelte sich zum ersten „Freideutschen Jugendtag“. Unter den Teilnehmern befanden sich so unterschiedliche Persönlichkeiten wie der spätere Philosoph

Walter Benjamin, der Kulturpolitiker Adolf Grimme, der Schriftsteller Manfred Hausmann und der Pädagoge Wilhelm Flitner. Auch prominente ältere Teilnehmer waren dabei, so der Schriftsteller und Kunsttheoretiker Ferdinand Avenarius, der Reformpädagoge Gustav Wyneken und der liberale Theologe und Politiker Friedrich Naumann, Mentor von Theodor Heuss.

Begleitet wurden die Diskussionen und Reden durch Theaterspiel, Sport, Volkslieder und Lagerfeuer. Politisch-weltanschaulich waren die meisten Teilnehmer eher im linksliberalen Spektrum zu verorten. Die deutsche Jugendbewegung umfasste vor und nach dem Ersten Weltkrieg zwar nur eine kleine Minderheit der deutschen Bevölkerung. Dennoch handelte es sich, wie Jürgen Reulecke festgestellt hat, nicht um eine „isolierte Insel“, sondern um einen in vieler Hinsicht typischen „Mikrokosmos einer sich stark wandelnden Gesellschaft“. Mit vielen Assoziationen verbunden, war die Jugendbewegung der Versuch einer Antwort auf die ungewisse Zukunft der europäischen Massengesellschaft und die drängende Frage nach Individualität und politisch-sozialer Mitgestaltung. Angesichts der ökonomischen und sozialen Dynamik sowie durch technologischen Fortschritt veränderter Arbeits- und Lebensbedingungen kamen in den 1890er-Jahren vermehrt zivilisationskritische Diskussionen auf. Die Jugendbewegung, im wilhelminischen Bürgertum entstanden, verstand sich als Reaktion auf die geistige Starrheit, die gesellschaftliche Enge und die politische Krise des Kaiserreichs. Sie nahm reformpädagogische und kulturkritische Strömungen in sich auf, die sie zu einer Art Katalysator gesamtgesellschaftlicher Widersprüche und Defizite werden ließen.

WILLE ZUR EIGENSTÄNDIGKEIT

Die bis heute wohl bekannteste jugendbewegte Gruppierung dieser Zeit war der „Wandervogel“, 1895 an einem Berliner Gymnasium aus der Taufe gehoben. Er griff auf das Ideal des freien Scholarentums zurück und protestierte gegen „seelenlose“ Großstadtkultur und klassischen Schulbetrieb. Das Wandern in freier Natur war sein charakteristisches Merkmal und symbolisierte die Flucht aus der industrialisierten Umwelt. Nicht weniger als die Rettung des Planeten und die Vollendung der Religiosität standen auf dem Programm einer stark emotionalisierten Generation, die mit Schillerkragen und Kniehosen angetreten war, gegen die Normen der Älteren zu rebellieren. Die Jugendbewegung war vielgestaltig, weltanschaulich heterogen und unübersichtlich. Eine der wenigen Gemeinsamkeiten war der Wille zur Eigenständigkeit, der auf dem Treffen im Oktober 1913 in der berühmten „Meißner-Formel“ zum Ausdruck gebracht wurde: „Die Freideutsche Jugend will nach eigener Bestimmung, vor eigener Verantwortung, in innerer Wahrhaftigkeit ihr Leben gestalten. Für diese innere Freiheit tritt sie unter allen Umständen geschlossen ein.“

Man hat dies rückblickend als die Geburtsstunde eines neuen Verständnisses von Jugend sowie als Ausgangspunkt des später oft konstatierten Jugendkultes betrachtet. Die Jugendjahre wurden nicht mehr nur als ein Übergang zur persönlichen Reife verstanden, sondern als eigenständige und eigenwertige Lebensphase angesehen, die es selbstständig zu gestalten galt.

Der Erste Weltkrieg bedeutete auch für die Jugendbewegung eine wichtige Zäsur. Viele ihrer Vertreter sahen im Krieg die Möglichkeit, die alte Gesellschaft zu überwinden, zur Führungselite aufzusteigen und an gesellschaftspolitischen Prozessen zu partizipieren beziehungsweise diese selbst voranzutreiben. Im Bemühen, ihre Erfahrungen zu verarbeiten, erlebte die Jugendbewegung in der Weimarer Republik eine zweite Blütezeit in Gestalt der bündischen Jugend.

BÜNDISCHE JUGEND

Auch sie war eine heterogene Erscheinung. Kurz nach dem Ende des Krieges entstanden zahlreiche, sehr unterschiedlich orientierte Bünde, die Elemente der früheren Jugendbewegung aufnahmen: Zivilisationskritik und Naturverbundenheit, „Auf-Fahrt-Gehen“, Formulierung und Praktizierung eigener Lebensziele und Lebensformen, Selbstverantwortung ohne zu viel Abhängigkeit von Erwachsenen. Gemeinsam war auch die Abgrenzung gegenüber der Jugendpflege und -fürsorge durch staatliche oder kirchliche Institutionen, wo junge Menschen weniger Subjekte denn Objekte des Handelns waren. Solche jugendpflegerischen Überlegungen standen im Mittelpunkt der Diskussionen um das 1922 verabschiedete Reichsjugendwohlfahrtsgesetz. Im Gegensatz zu ihren Vorgängern waren die Bünde stärker durchorganisiert, hierarchisch strukturiert und pflegten das Idealbild des charismatischen Führers, der eine treue, sich freiwillig unterordnende Gefolgschaft um sich scharte. Einige lösten sich von der alleinigen Fixierung auf die Jugend und propagierten das Ideal eines die Generationen umspannenden „Lebensbundes“.

Neben konservativ-national beziehungsweise nationalistisch ausgerichteten Bünden wie dem „Jungnationalen Bund“, den „Adlern“ und „Falken“, der vor allem der Verbreitung des „Wehrgedankens“ verschriebenen „Schilljugend“ oder den „Artamanen“, die sich der Pflege des Erbes der „deutschen Bauernkultur“ verpflichteten, entstand 1926 mit der „Deutschen Freischar“ ein eher liberal ausgerichteter, um weltanschauliche Offenheit bemühter Bund, der einen exzessiven Nationalismus ablehnte.

NICHT IN DER MASSE AUFGEHEN

Auch im kirchlichen Bereich gewannen in der Zwischenkriegszeit die Bünde zunehmend an Bedeutung. Der katholische „Bund Neudeutschland“ (ND), 1919 gegründet, adaptierte Methoden und Umgangsformen der Jugendbewegung, betonte aber zugleich die Begrenzung der Freiheit durch die von Gott gewollte Autorität der Eltern und der Kirche. Im „Hirschberg-Programm“

von 1923 verpflichtete er seine Mitglieder zu einer „neuen Lebensgestaltung in Christus“. Der ND bildete eine Art geistige und politische Führungsschicht innerhalb der katholischen Jugend, was sich nicht zuletzt darin niederschlug, dass später unter den jüngeren CDU-Politikern in Führungspositionen zahlreiche „Neudeutsche“ zu finden waren. Ein weiteres interessantes Beispiel ist der „Graue Orden“, der sich vor allem aus Mitgliedern des ND und des ebenfalls katholischen „Quickborn“ gebildet hatte. Das verbindende Element dieser sich durchaus als Angehörige einer Elite betrachtenden jungen Männer war das Bestreben, sich ein Anders-Sein zu bewahren und nicht in der Masse aufzugehen. Man praktizierte – dem Vorbild des Kreises um den Dichter Stefan George nacheifern – die Kleinschreibung, gab sich „Fahrtennamen“ und betonte die Einzigartigkeit des Individuums. Das ehemalige Mitglied von ND und „Grauem Orden“ Josef Rommerskirchen, nach 1945 Gründungsvorsitzender des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend und des Bundesjugendrings, später verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, schrieb rückblickend: „Wir versuchten, in der Zeit zunehmender Gleichmacherei und Gleichschaltung in Freiheit und eigener Verantwortung – ganz im Sinne der Hohen-Meißner-Formel der deutschen Jugendbewegung – unseren eigenen Stil zu leben.“ Das ist ein Beleg dafür, wie sehr die Versammlung von 1913 auf die Jugendbünde aller Couleur ausstrahlte.

Auch evangelische Bünde entstanden, so der sozial engagierte „Christdeutsche Bund“, der dezidiert antivölkische „Bund Neuwerk“ oder der „Bund deutscher Jugendvereine“, der als sein Ziel propagierte, „in alle Lebensgebiete hinein Menschen zu stellen, die aus dem Evangelium heraus zu handeln gewillt sind“. Die meisten Bünde legten sich eine einheitliche Kluft zu – beim „Bund Neudeutschland“ etwa grünes Hemd und kurze graue Hose.

SKEPSIS GEGENÜBER DER DEMOKRATIE

Zwischen bündischer Jugend und Hitlerjugend (HJ) gab es durchaus Berührungspunkte, die über Ähnlichkeiten bei Kleidung und Habitus hinausgingen. Zu nennen sind die Skepsis gegenüber der Demokratie als Herrschaft der anonymen „Masse“, die Hoffnung auf einen charismatischen „Führer“ und daraus resultierend die Reserve gegenüber der Weimarer Republik, bis hin zur offenen, feindseligen Ablehnung. In den konfessionellen Bünden und in der „Deutschen Freischar“ gab es zwar zahlreiche „Vernunftrepublikaner“, die bereit waren, sich auf den Boden der aktuellen Verhältnisse zu stellen. Auch sie waren aber kritisch gegenüber dem Parlamentarismus mit seinem „Parteiengezänk“. Mehrheitlich betrachtete man Politik als schmutziges Geschäft, von dem es sich fernzuhalten gelte. Auch die verbreitete „Gemeinschaftsideologie“

mit ihrer Gegenüberstellung von angeblich organischer „Gemeinschaft“ und lediglich zweckrationaler „Gesellschaft“ resultierte nicht selten in einer kritischen Distanz gegenüber dem parlamentarischen System und der Hinwendung zum Ideal der „Volksgemeinschaft“.

Das Verhältnis der bündischen Jugend zum NS-Staat stellt sich daher ambivalent dar. Einerseits knüpfte die Hitlerjugend an jugendkulturelle Errungenschaften der Jugendbewegung an und betonte die Eigenständigkeit gegenüber den Erwachsenen durch Übernahme des vom ND geprägten Grundsatzes „Jugend muss durch Jugend geführt werden“. In den Bünden verbreitete neuromantische, in der Regel diffuse Vorstellungen von der Wiederherstellung des abendländischen „Reiches“ schienen auf den ersten Blick kompatibel mit nationalsozialistischem Gedankengut. So fragten Angehörige der konfessionellen Bünde trotz aller weltanschaulichen Differenzen, ob es möglicherweise Hitlers historischer Auftrag sei, die Voraussetzungen für ein dann von den Christen zu vollendendes Reich zu schaffen.

HITLERJUGEND GEGEN „BÜNDISCHE UMTRIEBE“

Auf der anderen Seite widersprachen die Betonung von Eigenständigkeit und Unabhängigkeit diametral den Ansprüchen des totalitären NS-Staates und führten, auch wenn man keinen bewussten Widerstand anstrebte, zwangsläufig zu Konflikten mit HJ und Polizei, die nach der Regierungsübernahme durch Adolf Hitler verstärkt begannen, gegen sogenannte „bündische Umtriebe“ vorzugehen. Auch gab es nicht wenige Bündische, die sich dem immer stärkeren Gleichschaltungsdruck zu entziehen suchten. Zu denjenigen, die sich zum aktiven Widerstand gegen das NS-Regime entschlossen, gehörten der 1943 als Mitglied der studentischen Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ hingerichtete Willi Graf, der als Angehöriger des „Kreisauer Kreises“ ebenfalls der NS-Justiz zum Opfer gefallene Pater Alfred Delp, die ebenso zu den Kreisauern zählenden Horst von Einsiedel und Carl-Dietrich von Trotha und der spätere Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier.

Nach der sogenannten „Machtergreifung“ schlossen sich einige der nichtkonfessionellen Bünde zum „Großdeutschen Bund“ zusammen in der Hoffnung, im Rahmen der entstehenden Staatsjugend die von ihnen vertretenen Lebensformen beibehalten zu können. Der Versuch scheiterte am Monopolanspruch der Hitlerjugend und ihres „Reichsjugendführers“ Baldur von Schirach. Das NS-Regime begnügte sich nicht mit einer begrenzten Zustimmung, sondern verlangte letztlich die Kapitulation. Nachdem die evangelischen Bünde bereits 1934/35 von Reichsbischof Ludwig Müller in die Staatsjugend überführt worden oder dem durch Selbstauflösung zuvorgekommen

waren, folgten im Sommer 1939 die bis dahin durch die Bestimmungen des Reichskonkordats geschützten, wenn auch in ihrer Handlungsfreiheit zunehmend eingeschränkten katholischen Bünde.

POLITISCHES ERBTEIL DER BUNDESREPUBLIK

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es, trotz verschiedener Versuche, nicht zu einem Wiederaufblühen der Bünde. Versuche einer Rückbesinnung auf traditionelle bündische Lebensformen und Gefühlswelten sahen sich der starken Konkurrenz anderer jugendkultureller Formen und Sozialisationsangebote ausgesetzt, die zudem teilweise von den Siegermächten initiiert waren. Hinzu kam, dass – jenseits der materiellen Schwierigkeiten in der „Zusammenbruchsgesellschaft“ – für die Tätigkeit von Jugendgruppen eine förmliche Genehmigung durch die Besatzungsbehörden vonnöten war. Schließlich verhinderten die Erfahrungen der NS-Zeit und des Krieges und ihre Verarbeitung eine bruchlose Wiederanknüpfung an die Weimarer Zeit. Eine – vorübergehende – Blüte erlebten allerdings die konfessionellen Bünde, die sich an die nach außen hin scheinbar unbeschadet gebliebene Institution Kirche anlehnen konnten. Viele frühere Angehörige der bündischen Jugend entschlossen sich aber zu einem stärkeren gesellschaftlichen Engagement und zum mitgestaltenden Einsatz für den demokratisch-parlamentarischen Rechtsstaat. Für die Unionsparteien zu nennen sind hier unter anderem Persönlichkeiten wie Rainer Barzel, Hermann Ehlers, Arnold Fratzscher, Eugen Gerstenmaier, Hans Katzer, Ernst Majonica und Bernhard Vogel. Insofern gehört die Jugendbewegung der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts mit ihrem Streben nach Freiheit, Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit durchaus zum politischen Erbteil der Bundesrepublik Deutschland.





Seitenblick

Frankreich

Streitlust und Stolz

Frankreich 2063 Jahre nach dem Gallischen Krieg

CHARLES DELAMARE

Geboren 1928 im Deauville/Normandie, Chefredakteur der französischen Zeitschrift „France Forum“, die vierteljährlich erscheint.

Franken, die sie zu Franzosen machte, an dieser Eigenschaft nichts geändert. In Frankreich streitet man gern.

Wenn es dafür noch eines Beweises bedurfte, so liefert ihn jetzt die Partei des früheren Präsidenten Nicolas Sarkozy. Die Auseinandersetzung um die Führung dieser Partei wäre in Zeiten der Merowinger vielleicht blutiger gewesen, aber die Herren Copé und Fillon und ihre Anhängerschaften sind in der Wahl ihrer Mittel auch nicht zimperlich. Man hat den Eindruck, als streben sie den gemeinsamen Selbstmord an. Es geht ihnen um die Krone der *Union pour un Mouvement populaire* (UMP), der Partei der rechtsstehenden Gaullisten, weder um das Wohl ihrer Bewegung und ihrer Wähler noch gar um das Wohlergehen der Republik. Sie führen einen privaten Machtkampf, wobei nicht klar ist, wo die Macht liegen soll. Bei einer Spaltung der UMP wäre die bürgerliche Rechte weiter denn je entfernt von einer Rückkehr in den Élysée-Palast.

Vor zweitausend Jahren vertrat Julius Cäsar in *De Bello Gallico* die Auffassung, der hervorstechende Charakterzug der Gallier sei ihre Neigung zum Zwist. Anscheinend hat die Germanisierung der Gallier durch die

Besonders bitter an dem Streit in der UMP ist, dass die Streithähne nicht weiter blicken als bis zum Kirchturm des nächsten Dorfes. Frankreich steckt, wie die ganze Europäische Union, mitten in einer tiefen Krise. Es kann nicht mehr von den Zinsen der industriellen Revolution leben. Der Anschluss an den Weltmarkt, auf dem schon heute andere Hauptrollen einnehmen wie China oder Indien, droht verloren zu gehen. Sehr viel steht also auf dem Spiel. Das ist der Grund, weshalb der Streit in der republikanischen Rechten von den Franzosen, die eigenen Anhänger eingeschlossen, als vollkommen unzeitgemäß empfunden wird. Frankreich muss Antworten finden auf die Globalisierung. Statt ihre Energien dafür einzusetzen, verpulvern die Führer der UMP ihre ganze Kraft in Intrigen.

Nicht viel besser sieht es im linken Lager aus, das bei der Präsidentenwahl den Sieg errungen hat. Man reibt sich verwundert die Augen, wenn man bestimmte Ideen und Vorhaben auf den Prüfstand stellt. So wurde beispielsweise ernsthaft die zeitweilige Verstaatlichung eines Stahlwerks erwogen, das in den Sog der weltweiten Stahlkrise geraten war. Genauso unzeitgemäß wäre das Verbot der Suche nach Erdgas in den tieferen Schichten der Erde (Schiefergas). Kein Industrieland kann sich den Luxus erlauben, auf eine neue Energiequelle zu verzichten, ohne sie wenigstens zu erproben.

IM KERN EINE BEWUSSTSEINSKRISE

Die politische Krise Frankreichs ist nicht zuletzt eine Bewusstseinskrise. Engstirnig hat man allzu lange die Augen davor verschlossen, dass die Globalisierung eine große Herausforderung darstellt, die man mit den Antworten von gestern nicht meistern kann. Die Einsicht wird kommen, die Frage lautet: Wann? Höchste Eile ist geboten.

Die ersten Anzeichen eines Umdenkens sind im Regierungslager spürbar. Ein Markstein war die Vorlage des sogenannten Gallois-Berichts. Louis Gallois war früher Chef von Airbus. Der Bericht empfiehlt im Wesentlichen eine bedeutende Reduzierung der Soziallasten für die Unternehmen. Auf diese Weise sollen die Betriebe wettbewerbsfähiger werden. Im Großen und Ganzen zielen Gallois' Vorschläge in eine Richtung, die Deutschland vor einigen Jahren mit der Agenda 2010 eingeschlagen hat.

Es war ein geschickter Schachzug von Präsident François Hollande, ausgerechnet Gallois mit dem heiklen Thema Wettbewerbsfähigkeit zu betrauen. Warum? Es war absehbar, dass die Vorschläge den Arbeitgebern gefallen würden, den Sozialisten aber sehr viel weniger. Weil Gallois ein Beamter sozialistischer Herkunft ist, konnte der *Parti Socialiste*, die große Regierungspartei, den Bericht nicht in Bausch und Bogen zurückweisen. Etwas verwässert, hat ihn die Regierung von Ministerpräsident Jean-Marc Ayrault zu ihrem Programm gemacht.

Die kommenden Monate werden für Frankreich sehr schwierig sein. Es ist damit zu rechnen, dass die Arbeitslosigkeit, die bereits sehr hoch ist, noch weiter ansteigen wird. Glücklicherweise hat die Regierung den Mut gehabt, mit der im Wahlkampf versprochenen Reduzierung des Haushaltsdefizits zu beginnen. Da die Zeit knapp war, liegt der Schwerpunkt der Maßnahmen auf einer Verbesserung der Einnahmen. Einschnitte bei den Ausgaben wird es auch geben. Im Vergleich mit den beschlossenen Steuererhöhungen werden sie jedoch vorerst gering ausfallen. Das führt dazu, dass der Anteil der öffentlichen Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt auf 56 Prozent steigt. In Deutschland liegt der entsprechende Anteil zehn Prozent darunter.

WENDE ZU MEHR REALITÄTSSINN

Die beschlossene Verminderung der Abgabenlast für die Wirtschaft markiert einen Wendepunkt in der Politik der sozialistischen Regierung. Sie hat erkannt, dass man der Realität nicht ausweichen darf. Aber weitere Schritte zur Sanierung des Budgets müssen folgen. Auch müssen die Arbeitsbedingungen der Wirtschaft reorganisiert werden. Frankreichs Industrie ist intakt und leistungsfähig. Ihr Problem besteht darin, dass die Arbeitskosten zu hoch und die Regeln des Arbeitslebens (zum Beispiel bei der Arbeitszeit) zu starr sind. Das hat dazu geführt, dass die Fertigung oft ins Ausland verlagert worden ist, weil dort flexibler und preiswerter produziert werden kann. Gegenwärtig sprechen Gewerkschaften und Arbeitgeber über diesen Sachverhalt. Die Regierung will das Ergebnis dieses Dialogs abwarten, um dann ihre Schlussfolgerungen zu ziehen.

Die Bevölkerung Frankreichs ahnt, dass schwere Zeiten auf sie zukommen und Opfer von ihr verlangt werden. Generell blicken die Franzosen pessimistischer in die Zukunft als ihre europäischen Mitbürger. Dieser Pessimismus stellt ein eigenes Problem dar. Andererseits sollte es für die Regierung nützlich sein, zu wissen, dass die Franzosen mit strengen Reformmaßnahmen rechnen. Ich teile übrigens den verbreiteten Pessimismus nicht. Unser Land verfügt über tüchtige Staatsbeamte wie Gallois oder Trichet, der bis vor Kurzem Präsident der Europäischen Zentralbank war, und andere Absolventen der *Grandes Écoles*. Sie leiden an der Lage des Landes und sind davon überzeugt, dass Frankreichs Wirtschaft einer energischen und durchgreifenden Kur bedarf, damit das Land wieder eine starke Position in der globalisierten Welt einnehmen kann.

FEHLER DES WAHLKAMPFES

Im Wahlkampf hatten Hollande und seine Anhänger so getan, als könne sich Frankreich über die Erwartungen der Welt einfach hinwegsetzen. Das war ein schwerer Fehler, den der Präsident der Republik inzwischen wohl erkannt hat. Frankreich hat seinen Platz in der Europäischen Union, es hat seinen Platz an der Seite Deutschlands. Der Blick auf die Nachbarn ist immer hilfreich. Viele Franzosen glauben, dass Deutschland im Augenblick ein gutes Beispiel für Frankreich sein kann.

In der Bundesrepublik wird 2013 gewählt. Diese Wahl wird ohne Zweifel in meinem Land mit größter Anteilnahme verfolgt werden. In Frankreich hat die zurückliegende Präsidentschaftswahl einen Führungswechsel zur Folge gehabt. Im Anschluss daran gab es Reibungen und zahlreiche Missverständnisse zwischen unseren Ländern. Alain Minc, ein hoch angesehener Ratgeber vieler Politiker, hat geschrieben: „Normalerweise braucht ein neuer französischer Präsident zwei Jahre, um Deutschland zu verstehen.“ Ich hoffe, dass es diesmal nicht ganz so lange dauert. Frankreich ist auf Deutschland angewiesen wie Deutschland auf Frankreich. Das Bewusstsein dafür ist durch die Krise gewachsen.

Für die französische Regierung wird nach meiner Überzeugung das Jahr 2013 zu einem Härtestest werden. Die eigenen Probleme sind an und für sich schon groß genug. Meine Sorge ist, dass sie durch die Entwicklung in den Vereinigten Staaten noch größer werden könnten. Wenn es dort nicht bald gelingt, die enorme Staatsverschuldung zu bremsen und den Haushalt zu sanieren, könnten die Rückwirkungen auf Frankreich und die gesamte Europäische Union massiv werden.

Umso wichtiger ist es, dass Frankreich jetzt seine Hausaufgaben macht. Vor Kurzem hat die britische Wirtschaftszeitschrift *The Economist* die provozierende Frage aufgeworfen, ob Frankreich vielleicht der nächste Insolvenzkandidat innerhalb der EU sein werde. Das mag Schwarzseherei gewesen sein. Dennoch ist die Frage von der französischen Elite mit großem Ernst zur Kenntnis genommen worden. Ein mächtiger Druck lastet auf unserer Regierung. Reformen sind auf vielen Gebieten unerlässlich – von der Wirtschaft bis hin zu den kostspieligen regionalen und lokalen Gebietskörperschaften.

Um auf Julius Cäsar zurückzukommen: Er fand die Gallier nicht nur streitsüchtig. Er lernte sie auch als ein stolzes Volk kennen. Die deutschen Freunde werden sehen, dass die Franzosen den Herausforderungen der Zeit nicht ausweichen werden. Dazu sind sie zu stolz.

Freundschaft plus

Fünfzig Jahre Élysée-Vertrag

DANIEL VERNET

Geboren 1945 in Chamalières, ehemaliger Chefredakteur (1985 bis 1991) und Direktor für die internationalen Beziehungen (1991 bis 2008) der französischen Tageszeitung „Le Monde“. Schreibt Kommentare über Außenpolitik für die Onlinemagazine „Boulevard-Exterieur.com“ und „Slate.fr“.

Bedeutsame Geburtstage dienen häufig dazu, Bilanz zu ziehen, sie bieten aber auch die Gelegenheit, neue Ansätze und Orientierungen zu suchen. Der fünfzigste Jahrestag des Élysée-Vertrags ist in dieser Hinsicht ein ganz besonderes Jubiläum für die deutsch-französische Zusammenarbeit – wie schon 2003, als

sich Deutsche und Franzosen lange mit der Frage nach einem würdigen Inhalt für die Feierlichkeiten zum vierzigsten Geburtstag abmühten. Frankreich wünschte sich mit seiner Vorliebe für große symbolische Gesten einen neuen Vertrag. Deutschland mit seiner pragmatischen Sichtweise konnte den Partner davon abbringen. Das hinderte ein Jahrzehnt später den frisch gewählten Staatspräsidenten François Hollande nicht daran, das Thema wiederzubeleben – auch diesmal ohne Erfolg. Er wollte mit diesem Vorschlag seine grundsätzliche Verbundenheit mit der deutsch-französischen Freundschaft demonstrieren, da er sich im Vorfeld missbilligend über die sogenannte „Merkozy“ geäußert hatte, die von der französischen Linken als „Gefolgschaft“

von Nicolas Sarkozy gegenüber der Politik Angela Merkels verstanden wurde. Ein neuer, von den beiden Regierungen feierlich unterzeichneter Vertrag hätte die grundlegenden politischen Meinungsverschiedenheiten in den Hintergrund gedrängt und mit einigen Versprechungen für die Zukunft die bei den europäischen Projekten bestehende Dissonanz überdeckt. Berlin macht sich Sorgen über die wirtschaftliche „Distanzierung“ Frankreichs von Deutschland und über die Weichenstellung der neuen sozialistischen Führung, die im völligen Gegensatz zur Sparpolitik der Bundesregierung steht.

In Paris zeigt man sich zuversichtlich in einer gemeinsamen „südlichen“ Front (Frankreich, Italien, Spanien) und tröstet sich mit dem Hinweis, dass es immer wieder Disharmonien zwischen Frankreich und Deutschland gegeben hat, die Zusammenarbeit jedoch dadurch nie ernsthaft gefährdet wurde. Missverständnisse scheinen konjunkturbedingt. Bei einem Regierungswechsel in Deutschland oder Frankreich wird in der Regel zunächst das deutsch-französische „Tête-à-Tête“ kritisiert, man sieht sich nach anderen Partnern um und kehrt dann mehr oder weniger schnell zum deutsch-französischen Zweibund zurück, da keine Alternative gefunden wurde.

„ERSATZ“ FÜR GESCHEITERTES MODELL

Geburtstage sind Anlass für Feiern und Selbstbeglückwünschung, aber man sollte auch zurückblicken und sich daran erinnern, dass schon bald nach Abschluss des Élysée-Vertrags grundlegende Divergenzen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik auftraten. Der deutsch-französische Vertrag war übrigens nur ein „Ersatz“ für das gescheiterte – intergouvernementale und NATO-unabhängige – gaullistische politische Unionsmodell für die Mitglieder der EWG. Charles de Gaulle wollte im Zweierverbund erreichen, was zu sechst nicht gelungen war. Doch der Bundestag versah den Vertragstext mit einer Präambel, die in Paris wegen ihrer „Atlantikbündnislastigkeit“ Missstimmung auslöste und de Gaulle davon überzeugte, das ganze Unterfangen sei eine Totgeburt.

Dieser übersteigerte Pessimismus war erwiesenermaßen fehl am Platz. Der Vertrag hat die Wechselseite der Geschichte überstanden. Die Verständigung war vielleicht nicht immer so eng wie beabsichtigt, aber der unverzichtbare, wenn auch nicht alleinige Beitrag der deutsch-französischen Zusammenarbeit zum europäischen Aufbauwerk wird von allen anerkannt. Ohne die hierbei geleistete europäische Integrationsarbeit wäre der Westteil unseres alten Kontinents während des Kalten Kriegs marginalisiert worden. „Objektive“ Umstände wirkten unterstützend: Die Folgen des Zweiten Weltkriegs, der Wiederaufbau der Volkswirtschaften, die Ost-West-Konfrontation und die Zweiteilung des Kontinents mit dem Grenzverlauf mitten durch Deutschland sowie das amerikanische Engagement in Europa schafften günstige

Voraussetzungen für die deutsch-französische Aussöhnung und Zusammenarbeit. Das Gleichgewicht zwischen den beiden Ländern wurde durch die „Symmetrie der Asymmetrie“, wie der amerikanische Politologe Stanley Hoffmann es nannte, gewährleistet. Deutschland war wirtschaftlich stark, aber zweigeteilt, seine Hoheitsrechte waren durch die Alliierten eingeschränkt und bis 1973 war Deutschland nicht einmal Mitglied der Vereinten Nationen. Frankreich hingegen zählte zu den fünf „Großen“, den ständigen Mitgliedern im Sicherheitsrat der UNO. Charles de Gaulle machte Frankreich außerdem zur Atommacht.

In der Europapolitik vertraten die zwei Länder eine unterschiedliche Ausgangsposition. Das eine wollte ein Europa der Nationen als eigenständige Macht gegenüber den Vereinigten Staaten und der NATO, die als bewaffneter Arm der USA galt. Das andere Land hegte wegen seiner jüngsten Geschichte tiefes Misstrauen gegen die Nation und favorisierte ein supranationales Europa oder gar die Vereinigten Staaten von Europa als Wirtschafts- und Handelsmacht von Weltrang, die ihre Sicherheit allerdings dem transatlantischen Bündnis anvertraute. Deutschland brauchte Frankreich, denn die Beziehungen zum Nachbarn waren für alle anderen europäischen Partner der beste Beleg seiner neu erlangten Ehrwürdigkeit. Frankreich brauchte Europa, um Deutschland zu bändigen und seine Währungs- und Wirtschaftskraft besser zu kanalisieren.

WANDEL SEIT NIZZA

Dieses gegenseitige Nehmen und Geben dauerte bis zum Anfang der 1990er-Jahre und zur deutschen Wiedervereinigung an. Das Verhältnis veränderte sich – wenn auch nicht sofort wahrnehmbar – mit dem Ende des Kalten Kriegs. Anfänglich brauchte Deutschland noch die Kaution durch Frankreich und Europa. Der Gipfel von Nizza im Dezember 2000 modifizierte das Prinzip der Stimmengleichheit der Länder im Europäischen Rat und setzte dieser ersten Periode dadurch auch ein symbolisches Ende.

Die Attribute der französischen Überlegenheit verloren ihre relative Bedeutung, vornehmlich das nukleare Waffenarsenal. Deutschland konnte in dieser Zeit nach der diffizilen Integration der neuen Bundesländer seinen wirtschaftlichen Vorsprung gegenüber Frankreich vergrößern. Mit dem Euro, den Bundeskanzler Kohl im Gegenzug zur Unterstützung der Wiedervereinigung Deutschlands akzeptiert hatte, sollte – so die Vorstellung der Pariser Regierungskreise – der Vorherrschaft der D-Mark ein Ende bereitet werden. Frankreich begriff allerdings sehr bald, dass die Europäische Zentralbank nach dem Vorbild der Bundesbank geschaffen worden war. Nicht alle fanden dies bedauerlich, jedenfalls nicht die Verfechter einer Reform des französischen „Sozialmodells“.

Die Eurokrise macht deutlich, dass Frankreich und Deutschland zweierlei Wirtschafts- und Finanzpolitik betreiben. Dieser Gegensatz bestand schon während der Präsidentschaft Sarkozys, wurde jedoch teilweise durch dessen politische Entscheidung überdeckt, sich eng an Deutschland anzulehnen, um im Klub der tugendhaften Länder zu verbleiben. Verstärkt erkennbar ist diese Gegensätzlichkeit bei François Hollande, auch wenn der zweite sozialistische Präsident der Fünften Republik ein Lippenbekenntnis zur Haushaltsdisziplin ablegt.

„POLITISCHE UNION“ ODER „SOLIDARISCHE INTEGRATION“

Angela Merkel spricht von einer „politischen Union“ Europas und meint damit eine stärkere EU-Kontrolle der Staatshaushalte der Euroländer, möglicherweise verbunden mit einer engeren parlamentarischen Kontrolle. François Hollande versteht darunter die Ausdehnung des deutschen „Modells“ auf die gesamte Eurozone. Er spricht vorzugsweise von „solidarischer Integration“, wobei die Solidarität beinhaltet, dass die Überschussländer den Not leidenden Ländern zu Hilfe eilen.

Hinter den Begriffen versteckt sich eine politische Realität. In den französischen Führungskreisen herrscht abseits von der politischen Couleur ein tief verwurzeltes Misstrauen gegen die früher aus Bonn und jetzt aus Berlin stammenden Vorschläge über eine politische Union. 1994 blieb das „Schäuble-Lamers-Papier“ über die Schaffung eines Kerneuropas mit einer gemeinsamen Währung ohne Antwort. Im Jahr 2000 wurden die Vorschläge des damaligen Außenministers Joschka Fischer in seiner Rede an der Berliner Humboldt-Universität als gefällige intellektuelle Gedankenspiele abgestempelt. 2005 wurde das bestehende Misstrauen durch das klare Nein der französischen Bevölkerung zum europäischen Verfassungsentwurf zusätzlich verstärkt. Die massive Ablehnung der europäischen Verfassung war für die politische Klasse und besonders für die Anhänger Europas, zu denen auch François Hollande zählt, ein veritable Trauma. Das Negativvotum von 2005 traf ihn in zweierlei Hinsicht schwer, denn er war ein enger Vertrauter von Jacques Delors und hatte im Jahr zuvor als Vorsitzender der Sozialistischen Partei die mehrheitliche Zustimmung seiner Parteigenossen zur europäischen Verfassung erhalten. Zum Zeitpunkt des Referendums hingegen war die Partei gespalten und verhalf dem „Non“ zum Sieg. François Hollande wird sich nicht so schnell auf ein neues institutionelles Abenteuer einlassen.

Auf die Vorschläge Deutschlands für eine politische Union reagieren die Franzosen zwiespältig. Sie waren zwar lange selbst eifrige Befürworter eines politischen Europa, wollen die Deutschen jedoch nicht beim Wort nehmen. Sie befürchten, Deutschland könne es tatsächlich ernst meinen und sie auf

einen Weg bringen, der über die vermeintlichen Wünsche der Menschen zu dem Thema hinausgeht. Andererseits werden Deutschland Hintergedanken unterstellt, mit dem Begriff der politischen Union nur die Ausdehnung des deutschen Modells kaschieren zu wollen und seine budgetären, finanziellen und fiskalischen Forderungen mit einem unrealistischen europäischen Engagement zu schmücken.

EINE ART GROSSE SCHWEIZ?

Die Urteile des Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag von Lissabon und zum Euro-Rettungsschirm ESM werden als Ausprägungen von Europaskepsis interpretiert und nicht als ein Aufruf, sich mit der Frage der demokratischen Kontrolle der europäischen Politik auseinanderzusetzen, immer gemäß dem Grundsatz „no taxation with-out representation“.

Eine politische Union für ein Europa, das nicht bereit wäre, eine führende Rolle auf der Weltbühne zu übernehmen – worin läge der Sinn? Diese Frage wird in Paris gestellt. Und die jüngsten Entscheidungen von Berlin, unter anderem die Enthaltung in der Libyenkrise, könnten bedeuten, dass Deutschland keine internationale Verantwortung übernehmen will und das auch für Europa nicht wünscht. In Frankreich wird Deutschland immer noch als eine Art große Schweiz wahrgenommen, ein Land, dem es gut geht, das ein wenig zu Egoismus neigt und seine internationale Marktpräsenz stetig ausbauen möchte, aber keine großen politischen Ambitionen hegt. Die Gegenfrage, ob Frankreich von einem übergeordneten politischen Projekt beseelt ist, ist berechtigt. Falls dem so ist, hat Frankreich überhaupt die Mittel dazu oder begnügt es sich mit Bestandswahrung?

KONTRÄRE POSITIONEN, GUTE KOOPERATION

Der Motor der deutsch-französischen Zusammenarbeit in den vergangenen fünfzig Jahren war weder die persönliche oder ideologische Sympathie der politischen Führungsspitzen der beiden Länder füreinander (wobei gute persönliche Beziehungen hilfreich sein können) noch die Gemeinsamkeit der Standpunkte bei den großen Themen. Im Gegenteil. Die Kooperation funktionierte immer dann besonders gut, wenn die beiden Regierungen völlig konträre Positionen in Europa vertraten. Die angestrebten und eingegangenen Kompromisse stellten einen Mittelweg dar, dem sich alle anderen Partner unabhängig von ihrer Ausgangsposition anschließen konnten. In diesem Sinn hat sich in der EU nicht viel verändert, auch wenn ein Kompromiss zwischen 28 schwieriger zu schließen ist als zwischen sechs Partnern.

Frankreich und Deutschland brauchen einander. Deutschland kann seine Vormachtstellung in Europa (ob es will oder nicht) nicht allein ausfüllen, ohne das „deutsche Problem“ wieder heraufzubeschwören. Deutschland kann sich den Zerfall der Eurozone nicht leisten – Bundeskanzlerin Merkel weiß, dass die Folgen für die deutsche Wirtschaft verheerend wären. Sie hat ebenfalls verstanden, dass auch die beste Konvergenzpolitik die Sachverhalte in Europa nicht homogen gestalten kann. Das deutsche Modell lässt sich nicht überall durchsetzen. Nicht alle können Klassenprimus sein.

DEUTSCHES „ÜBER-ICH“

Frankreich kann zu den drei genannten Elementen einen stabilisierenden Beitrag leisten. Auch Frankreich braucht Europa und es braucht dieses deutsche „Über-Ich“, um nicht dem Beispiel der südlichen Länder zu erliegen. Außerdem vertritt es eine strategische Ambition, die ein integriertes Europa erfordert. Will Frankreich sich Gehör verschaffen, muss es zwei Voraussetzungen erfüllen: Es muss seine Wirtschaft wieder ankurbeln und den Widerspruch zwischen dem theoretischen Diskurs für ein starkes politisches Europa und der gegenläufigen politischen Praxis auflösen. Die Wahlkampagne für die Europawahlen 2014 wäre eine ausgezeichnete Gelegenheit, die vielfältigen Konzeptionen für ein politisches Europa zur Diskussion zu stellen.

Aus dem Französischen von Christa Vahsen

Obama Borgia?

Staatlich sanktionierte Tötungen und die „Individualisierung des Krieges“

MICHAEL BÖHM

Geboren 1969 in Dresden, freier Publizist und Autor, unter anderem für „Du – Das europäische Kulturmagazin“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, Deutschlandfunk und Deutschlandradio Kultur.

Armin Krishnan: Gezielte Tötung – Die Zukunft des Krieges, Verlag Matthes & Seitz, Berlin 2012, 270 Seiten, 17,90 Euro.

Der amerikanische Sicherheitsexperte Armin Krishnan prophezeit eine gefährliche Zukunft. Mit Heimtücke, so weiß man, entledigten sich im Italien des fünfzehnten Jahrhundert die berüchtigten Borgias diskret ihrer Feinde. Doch 600 Jahre später, so scheint es, wird sie zur anerkannten Praxis bei den Staatslenkern der westlichen Welt. Sie rufen öffentlich dazu auf, ordnen sie an, zeigen sich erfreut, wenn sie fruchtet: So war es, als amerikanische Elitesoldaten auf Befehl des Präsidenten Barack Obama in Pakistan Osama bin Laden erschossen. Und so war es auch, als Frankreichs vormaliger Präsident Nicolas Sarkozy forderte, Muammar al-

Gaddafi durch gezielte Militärschläge umzubringen. Nach Meinung einiger Juristen sind darin jedoch Straftaten zu erkennen: Anstiftung zum versuchten Mord an Staatsoberhäuptern etwa, die völkerrechtlich geschützt sind; begangener Mord in souveränen Staaten, mit denen man sich nicht im Kriegszustand befindet, und Billigung von Mord, dazu geeignet, den öffentlichen Frieden zu stören – ein Hamburger Staatsanwalt zeigte Bundeskanzlerin Angela Merkel in diesem Zusammenhang an.

TÖTEN MIT „MORALISCHEM ERGEBNIS“?

„Aber“, so fragt Armin Krishnan, „warum nicht heimtückisch töten, wenn dies ein moralischeres Ergebnis produziert?“ In seinem Buch beschreibt der Professor für Security Studies an der University of Texas die Geschichte und Praxis der „gezielten Tötung“, die dem Opfer keine Chance lasse, sich zu wehren oder sich zu ergeben, und die deshalb alle Eigenschaften eines heimtückischen Mordes aufweise: angefangen von den britischen Spezialkräften, die im Zweiten Weltkrieg Partisanen unterstützten, damit sie deutsche Offiziere und hochrangige Nazis liquidierten, bis hin zum Drohnenkrieg, mit dem die USA in Pakistan Taliban und El-Kaida-Terroristen töten, ferngesteuert vom Computer und ohne Risiko für die eigenen Soldaten, angesiedelt in einer Grauzone zwischen Polizei- und Kriegseinsatz und damit ohne klare juristische Legitimation, stillschweigend geduldet von der pakistanschen Regierung. Bei militärischen Konflikten wie diesen sind Zivilisten und Kämpfer nicht mehr zu unterscheiden –

und daher auch nicht, wen Soldaten nach dem Kriegsvölkerrecht bekämpfen können und wen nicht.

Unter US-Präsident Obama, dem Friedensnobelpreisträger von 2009, sei der Drogenkrieg in Pakistan „regelrecht eskaliert“, heißt es, nicht nur was die Anzahl der Angriffe anbelange, sondern auch hinsichtlich der Regeln des Gefechts: Den Drogenpiloten sei es erlaubt, jeden in den Stammesregionen des Landes anzugreifen, der sich wie ein militanter Islamist verhalte.

Diese „Menschenjagden“ und „politischen Morde“ drohen für Krishnan zur „Zukunft des Krieges“ zu werden. Denn die Apologeten „gezielter Tötungen“ rechtfertigen diese unter anderem mit den Kosten: Sie seien billiger, heißt es etwa, da man Terroristen sofort „neutralisieren“ könne, statt deren Ziele durch aufwendige Sicherheitsmaßnahmen zu schützen; sie seien ideal für „Enthauptungsschläge“ auf Diktaturen, da dort nur wenige Führer herrschen würden, sodass Widerstand schnell zusammenbreche, was teure Feldzüge und Menschenleben spare.

ATTENTATE IN MAFIAMANIER

Krishnan sieht indes die Gefahr, diese „Attentate in Mafiamanier“ könnten sich letztlich auch in den westlichen Demokratien gegen Kritiker und Oppositionelle richten – warnendes Beispiel seien die russischen Dissidenten Alexander Litwinenko und Anna Politowskaja, die offenbar Putins Geheimdienst 2006 habe umbringen lassen.

„Gezielte Tötungen“ seien aber überall mit geheimdienstlichen Aktivitäten

verwoben und damit demokratischer Kontrolle entzogen, würden durch globale Suchnetze, Mikrodrohnen und Nanowaffen technisch immer weiter perfektioniert, sodass es immer schwieriger werde, sie von natürlichen Todesfällen zu unterscheiden. Nicht zuletzt ließen sich innere und äußere Konflikte kaum mehr voneinander trennen, wie denn überhaupt moderne Kriege „Polizeiaktionen“ seien, „in denen Staaten gegen Individuen kämpfen“ würden und umgekehrt. „Im schlimmsten Fall“, schreibt Krishnan, „könnnten auch westliche Regierungen die eigene Bevölkerung zum Feind erklären und durch heimliche selektive Tötungen ausdünnen, um damit ideologische und sozialtechnische Ziele zur verfolgen.“ Nur ein „klares und umfassendes Verbot von gezielten Tötungen“ sei daher imstande, „staatlichen Missbrauch zu verringern und die schlimmsten Gefahren abzuwenden“.

KRIEGSREGELN UND IRREGULÄRE KÄMPFER

So verständlich, wie diese Forderungen angesichts dieser beklemmenden Studie auch sein mögen, so unverständlich ist es, dass der Autor die tieferen Gründe nahezu unberücksichtigt lässt, auf denen die effizienzorientierte Praxis der „gezielten Tötung“ beruht. Zwar bezieht er sich auf Carl Schmitt, nach dem Partisanen und Terroristen den modernen Krieg „individualisieren“ würden, da sie das Gewissen zu kämpfen ermächtige statt der Befehl einer regulären Armee; zwar räumt er ein, der deutsche Staatsrechtler sei „sehr weit-sichtig“ gewesen, da solche irregulären Kämpfer per definitionem gegen Kriegs-

regeln verstößen würden, sodass es für ihre staatlichen Gegner leicht sei, „sie zu Verbrechern zu erklären und als solche zu behandeln“. Doch nichts erfährt der Leser von der aufklärerischen Idee, ein „demokratisches Weltbürgerrecht“ könne Kriege verhindern, wie sie beispielsweise Immanuel Kant in seiner Schrift *Vom ewigen Frieden* entfaltete – inspiriert vom Glauben an die Vernunft, die nicht nur moralisches Gebot sei, sondern auch Bedingung für Effizienz; und genauso wenig ist von der Rechtslehre des Königsberger Philosophen die Rede, in der es unter anderem heißt, derjenige, der nicht nach ewigem Frieden strebe, sei ein „ungerechter Feind“.

Dass vor allem diese Vorstellung den Grundsatz untergrub, kriegsführende Parteien hätten sich als Feinde anzusehen und nicht als Verbrecher, damit ein Friedensschluss möglich sei; dass sich hierdurch das europäische Völkerrecht moralisierte und dazu einlud, den früher geachteten Kriegsgegner zu verteufeln, gegen den jede Waffe gerechtfertigt ist; dass sich also deshalb der Krieg von der „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ bis zu den heimtückischen „gezielten Tötungen“ „entgrenzte“ – davon schweigt der Autor. Das ist zweifellos ein Manko dieses sonst gut recherchierten Buches; denn um diese Praxis tatsächlich ächten zu können, wird man nicht umhinkommen, ihre geistesgeschichtlichen Fundamente zu hinterfragen.

Experiment gelungen – Patient gesund?

Das Buch zum Dialogprozess der Bundeskanzlerin

MICHAEL BORCHARD

Geboren 1967 in München, Studium der Politikwissenschaft, der Neueren Geschichte und des Öffentlichen Rechts in Bonn, Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Angela Merkel (Hrsg.): *Dialog über Deutschlands Zukunft*, Murmann Verlag, Hamburg 2012, 256 Seiten, 19,90 Euro.

Sehr verknappt und stilistisch schnörkellos hat ein Beitrag im Blog „Zukunft-Volkspartei“ auf den Punkt gebracht, was über das von Angela Merkel herausgegebene Buch *Dialog über Deutschlands Zukunft* zu sagen ist: „Ich finde es gut, dass sich Angie auch moderner Möglichkeiten des Dialogs wie jetzt der Tele-Townhall annimmt. Klar, ist auch PR, aber alleine, dass sie diesen Dingen eine Chance gibt und damit experimentiert, zeigt doch, dass sie ernsthaft an der Meinung der Menschen interessiert ist.“

Dieses ernsthafte Interesse nachvollziehbar herauszuarbeiten und deutlich zu

machen, hat sich *Dialog über Deutschlands Zukunft* – das Buch zum Dialogprojekt der Bundeskanzlerin – zum Ziel gesetzt. Kein ganz einfaches Unterfangen! Wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* kürzlich so passend formuliert hat, seien Expertentagungen in Redaktionen aller Mediensparten „etwa so willkommen wie Freibier unter Alkoholikern“. Noch mehr trifft das auf die „Unterabteilung“ Politikerbuch zu. Allen Büchern jener Sparte, zumal jenen, die nicht allzu fern vor der nächsten Wahl veröffentlicht werden, wohnt die Gefahr inne, dass solche Zeitgenossen, die nicht ganz so wohlmeinend sind, eine schnell vergängliche, völlig unkritische „Heiligungssprechung“ der Spitzenpolitikerin oder des Spitzenpolitikers oder gar Wahlkampf unterstellen.

„METHODE MERKEL“ WIRD ERLEBBAR

Auf den ersten – sehr oberflächlichen – Blick scheint auch das „Begleitbuch“ zum Dialog der Kanzlerin von diesen Gefahren nicht gänzlich frei zu sein. Aufmachung und Umschlaggestaltung mit einer recht freundlich lächelnden Kanzlerin lassen das klassische „Politikerbuch“, das zweckorientierte Auftragswerk, die PR-Maßnahme erwarten. Ja, klar, das Buch ist ein Auftragswerk, und es ist sicherlich nicht frei von PR-Überlegungen, aber ein besonderes Buch, ein Buch, das sich von der üblichen Literatur dieses Genres unterscheidet, ein Buch, das auch über den Wahltag hinaus lesenswert sein wird, ist es am Ende doch geworden. Dem Journalisten Christoph Schlegel ist das Kunststück gelungen, die „Methode Merkel“, von der

raunend im „Blätterwald“ getuschelt wird, wirklich erlebbar und offensichtlich zu machen. Er hat sich dabei den Ratschlag der Kanzlerin, „machen Sie etwas Lesbares daraus, keinen trockenen Bericht“, offenbar sehr zu Herzen genommen. Das Buch hat allerdings seine Stärken nicht dort, wo er die journalistischen Rahmenstriche für das Bild ansetzt: Einleitende Sätze wie „[...] es schneit ein bisschen. Der richtige Winter lässt immer noch auf sich warten“ oder wie „Vor ihnen liegt der Huwenowsee. Es ist ein Spätsommertag im Ruppiner Land. Der See glatt wie ein Spiegel. Die Sonne hoch am Himmel“ lassen den Leser schmunzeln, weil sie manchmal doch eine Spur zu dick gezeichnet sind. Sie lenken den Blick hin und wieder vom eigentlichen Fokus des Buches ab. Stark ist das Buch nämlich dort, wo es, gleichsam wie eine auf den Schultern der Beteiligten festgeschnallte Kamera, den unmittelbaren Dialog wiedergibt.

Es macht genau das eindrucksvoll deutlich, was die Kritiker der Kanzlerin am Beginn dieses Dialogprozesses abgesprochen haben: die ungeheure Ernsthaftigkeit, mit der Angela Merkel diesen Dialog betreibt; dass sie sich einlässt auf „neue Blickwinkel“; dass sie diesen Dialog eben nicht als Parteipolitikerin betreibt, sondern mit Expertinnen und Experten, mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen will, auf ihre Einschätzungen neugierig ist, aber letztlich auch, um ihrer Verantwortung als Regierungschefin umfassend gerecht zu werden.

Sie wehrt sich gegen Anglizismen und macht aus einem „Joint Fact Finding“ eine gemeinsame Datensammlung von Planern und Bürgern in einem Planfeststellungsverfahren – mit dem zutreffenden Hinweis, dass Bürgerbeteiligung auch die entspre-

chende verbindende und nicht trennende Sprache benötige und englische Fachwörter dabei nicht hilfreich seien. Sie erdet die Diskussion, wenn die Euphorie zentraler staatlicher Steuerung – beispielsweise im Bildungsbereich – mit den Wissenschaftlern zu offensichtlich durchgeht, und verweist darauf, dass es immer die Frage sei, was der Bund bei diesem Thema machen könne und dürfe. Sie beklagt, dass wir mehr über die Zugrouten des Storches wissen als über Jugendliche, die keinen Bildungsabschluss haben – um nur einige Beispiele für die Merkel'sche Herangehensweise an das Gespräch mit den Experten deutlich zu machen. Sie stellt präzise Nachfragen, klopft immer wieder alles auch auf die Umsetzungsfähigkeit, auf die politische Machbarkeit ab.

mit möglichst geschlossenen Konzepten überzeugt haben. Heute werden die Parteien als Problemlösungsagenturen begriffen. Individuelle Werte wie Selbstverwirklichung, die in der Folge der 68er-Zeit besonders betont worden sind, mischen sich mit traditionellen Gemeinschaftswerten. Konkret bedeutet das: Die Menschen wollen sich für das Gemeinwohl durchaus engagieren, aber sie wollen auch erkennen können, welchen persönlichen Nutzen ihnen ein Engagement verschafft. Sie beurteilen Politik vor allem dann positiv, wenn sie den Eindruck haben, dass ihre Probleme erkannt und einer Lösung zugeführt werden.

POLITIK NACHVOLL-ZIEHBAR MACHEN

CLEVERE „KÜMMERKANZLERIN“

Von der cleveren „Kümmerkanzlerin“ ist in der Folge dieser Methode halb abfällig, halb bewundernd die Rede, die den Dialog vor allem nutze, um sich selbst als bürgerlich zu präsentieren. Eigentlich aber, so der Vorwurf, beispielsweise im *stern*, gehe es darum, damit von den schwierigen anstehenden Themen – von Energiewende bis Eurorettung – abzulenken. Solche Unterstellungen verkennen, dass die Kanzlerin vielleicht mehr als andere erkannt hat, wie sehr sich die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger verändert haben. In den hochpolitisierten 1970er-Jahren der Bundesrepublik waren die Parteien so etwas wie Weltanschauungslieferanten, die

In der Tat zeigen auch die Forschungsergebnisse, die die Konrad-Adenauer-Stiftung in den letzten Monaten ermittelt hat, dass die Menschen der Politik vielfach nicht nur ablehnend gegenüberstehen, sondern dass sich bereits eine strukturelle Distanz gegenüber der Politik eingestellt hat. In einer – bislang noch nicht veröffentlichten – Umfrage (Durchführung: Forschungsgruppe Wahlen) hat sie ermittelt, dass etwa 77 Prozent der Menschen – irrigerweise – gar nicht den Eindruck haben, dass Politik sie ganz persönlich betrifft. Die Kenntnisse über politische Vorgänge – und sei das auch nur die Frage, wer für die CDU 2005 als Spitzenkandidatin angetreten ist, was ja beileibe nicht gerade das 100.000-Dollar-Quiz ist – sind erschreckend gering. Mehr als sechzig

Prozent konnten die richtige Antwort nicht nennen.

Wer die Demokratie verteidigen und Vertrauen zurückgewinnen will, der muss deshalb möglicherweise sehr viel tiefer ansetzen, als bislang vermutet wird. Die Menschen müssen erst wieder in Politik involviert werden, bevor sich so etwas wie ein politisches Bewusstsein neu herausbildet. Sie müssen das Gefühl von Intransparenz der politischen Entscheidungen überwinden. Sie müssen den Eindruck der Selbstbezogenheit von Politik abbauen können. Und sie müssen in einer Sprache angesprochen werden, mit Begriffen adressiert werden, die ihrer Lebenswirklichkeit entsprechen, die sie nachvollziehen können.

Dass der Dialogprozess genau das beabsichtigt hat, wird auch an seinem thematischen Aufbau und an der Formulierung der Kernfragen deutlich. Drei große Fragenkomplexe stehen im Vordergrund und über dem gesamten Projekt, das neben diesem – Buch gewordenen – Expertendialog ja noch einen Internetdialog sowie die Bürgergespräche der Kanzlerin in verschiedenen deutschen Städten umfasst hat: Wie wollen wir zusammenleben? Wovon wollen wir leben? Wie wollen wir lernen?

UNGESCHLIFFENE DIAMANTEN

Das Buch zeigt sehr nachvollziehbar das Bemühen auf, diesen Fragen wirklich detailliert auf den Grund zu gehen, neue Akzente und Entwicklungen zu beleuch-

ten und Vorschläge zu erarbeiten. Themen wie der Umgang mit älteren Menschen, das Verhältnis der Generationen zueinander, um nur ein Beispiel zu nennen, werden fundiert bearbeitet.

Hin und wieder tauchen neben der soliden Grundsatzarbeit sogar Diamanten auf, die nur noch des weiteren Schliffs bedürfen. Das ist neben der „Zeitpolitik“, die über Zeitkonten nachdenkt, der Vorschlag der Gleichstellung aller Arbeitsformen, also der Erwerbs-, Familien- und Freiwilligenarbeit, weil wir künftig alle – Männer und Frauen, alte und junge Menschen – brauchen werden. Solche Diskussionsansätze, die hier eher in den Anfängen stecken geblieben sind, bedürfen dringend der weiteren Vertiefung. An diesen Stellen ist in dem Buch immer wieder das Dilemma deutlich geworden, das auch der schönste Dialogprozess nur wenig ausgleichen kann: nämlich die unterschiedlichen Sphären, Erwartungen, Sprachen von Politik und Wissenschaft! Immer wieder wird deutlich, dass die Wissenschaft den ganz großen Wurf anstrebt, ohne nach den politischen Pfadabhängigkeiten zu fragen.

Der Dialog über Deutschlands Zukunft hat detailliert und durchaus fundiert stattgefunden; umso ärgerlicher ist die Tatsache, dass der Prozess in der Medienbetrachtung am Ende so deutlich auf die plakativen Forderungen aus dem Internetdialog reduziert worden ist, wie etwa auf die Freigabe von Cannabis oder die Bewertung der Verbrechen, die an den Armeniern begangen worden sind, als Völkermord. Vielleicht rächt sich hier die Tatsache, dass die drei Elemente des Dialogprozesses zumindest nach außen

eher unverbunden nebeneinanderstehen.
Gemeinsame Linien werden nicht gezogen.

„INKLUSIVES“ EXPERIMENT

Ein ganz kleines Bauchgrimmen bleibt in einem anderen Zusammenhang zurück: Das Buch selbst kann zwar nicht mit Umsetzungsvorschlägen aufwarten, denn das Manuskript war bereits im Mai 2012 fertig, als der Prozess selbst noch gar nicht abgeschlossen war. Aber wie bei jedem Dialog und Beteiligungsprozess ist die Umsetzung – wenigstens einiger weniger Anregungen – am Ende das entscheidende Kriterium für den dauerhaften Erfolg. Es war in diesem Zusammenhang etwas irritierend, dass die gefundenen Lösungen und Ansätze, die Frage, was nun tatsächlich implementiert wird, in diesem Buch bewusst ausgeklammert wurden. Vielleicht hätte man mit dem Termin des Erscheinens noch warten sollen. Denn jeder, der einmal Bürgerbeteiligung in der Praxis genauer betrachtet hat, weiß: Noch schlimmer als die Nichtexistenz eines Bürgerdialogs ist seine Folgenlosigkeit.

Sie wird die Bürgerin und den Bürger, die Zeit investiert haben, nicht dazu motivieren, sich erneut zu engagieren. Es bleibt – gerade auch wegen der deutlichen Signalwirkung dieses Dialogs – die Erwartung, dass die Lösungen und Ergebnisse, die aus dem Prozess wirklich entstanden sind und die Eingang in den ausführlichen Abschlussbericht gefunden haben, auch nachhaltig weiterverfolgt und entsprechend kommuniziert werden.

Was hat der Dialog gebracht? „Se muessen de Menschen nehmen, wie se sin“, hat Konrad Adenauer in seinem rheinischen Idiom gesagt, „andere jibbet nit.“ Dahinter steckt ja nicht etwa Misanthropie, sondern der zutiefst christlich-demokratische Gedanke, den Menschen in seinen Bedürfnissen, seinen Sorgen, aber auch seiner Fehlbarkeit in den Mittelpunkt allen politischen Handelns zu stellen. Insofern hat die Kanzlerin eine gute Tradition aufgenommen und weiterentwickelt. Wenn dieses „inklusive“ Experiment wenigstens ein Stück weit stilbildend für modernes Regieren wird, dann werden auch die Kritiker nicht umhinkommen, es als gelungen zu betrachten.

Denker für morgen

Projekt für ein „Kaleidoskop der Perspektiven“

Neuem Denken und neuen Köpfen Raum zu geben, ist der Kern eines neuen Projekts. Zu sondieren, was die Gesellschaft treibt, hilft, das Profil zu schärfen. Zu erspüren, welche Entwicklungen kommen können, trägt dazu bei, eigene Positionen zu vertiefen und gegebenenfalls zu überarbeiten. Mit den „Denker für morgen“ hat die Konrad-Adenauer-Stiftung ein Netzwerk von jüngeren Menschen geschaffen, die gemeinsam darüber nachdenken, was die Gesellschaft von morgen ausmacht, prägt und zusammenhält. Dabei geht es um gesellschaftliche und politische Fragen, aber ebenso um die individuelle Verantwortung für die Zukunft des Gemeinwesens.

Im Sommer 2010 initiierte die Stiftung diesen Diskussionskreis von bis zu vierzigjährigen jungen Menschen. Zentral bei der Auswahl der Teilnehmer war, möglichst umfassend fachliche Disziplinen und gesellschaftliche Hintergründe abzubilden. Mit einem Brief an die „Denker“, der sich intensiv mit globalen Querschnittsfragen, mit Einordnung und Zukunftsrelevanz von Themen befasste, konnten Lehrer, Juristen, Theologen, Physiker, Designer, Sozial- wie Naturwissenschaftler, Psychologen und Genforscher gewonnen werden.

Vor ziemlich genau zwei Jahren hatten die „Denker für morgen“ ihr Auftakttreffen in der Villa La Collina in Cadenabbia. Ein in Berlin hervorragend vernetzter Teilnehmer machte dem Projekt ein großes Kompliment: „Hier kenne ich wirklich niemanden!“ Bereits nach einem Abend kristallisierten sich thematische Schwerpunkte der künftigen Arbeit heraus. Partizipation, Gemeinwohlstand und Verantwortungsfähigkeit werden die Fragen sein, mit denen sich die „Denker“ vertieft beschäftigen wollen. In einzelnen Arbeitsgruppen wurde in Cadenabbia weitergedacht, formuliert und später online weitergeschrieben. Inzwischen sind die „Denker für morgen“ auch inoffiziell in Berlin und Hamburg miteinander in Kontakt und treffen sich autark ohne Stiftungsanschub.

Nächste Station: Frühjahr 2011, Schloss Wendgräben – dort wurden die Thesen vertieft, auch im Hinblick auf ein geplantes Buchkonzept. In Wendgräben waren erstmals Fachkollegen aus der Stiftung dabei, und bei den Thesen wurde mit Blick auf politische Machbarkeiten zum Teil hart gerungen. Damit das „Denker“-Projekt Bodenhaftung behielt und den Dialog mit politischen Akteuren und Generationengruppen jenseits der 30 führte, hatte die Konrad-Adenauer-Stiftung regelmäßige Begegnungen mit aktiven und ehemaligen Politikern vorgesehen. Um politische Machbarkeiten und um die Chance, jenseits des politischen Geschäfts denken zu können, ging es in direkten Gesprächen mit Roland Koch, Horst Köhler und Jens Spahn.

Im Oktober 2011 stand beim Treffen im Berliner „Münzsalon“ im Mittelpunkt, die „Denker“-Thesen im intensiven ganztägigen Dialog mit älteren Denkern abzuprüfen. Eingeladen waren Kurt Biedenkopf, Heinrich Oberreuter und Gerd Langguth. Alle drei attestierten den „Denkern“ richtige und gute Ansätze,betteten diese in die bundesrepublikanische Geschichte ein, fragten aber gleichzeitig beharrlich nach Umsetzungsmöglichkeiten der Thesen und Beteiligungsmöglichkeiten innerhalb des repräsentativen Systems. Ein „Macht mit!“ stand als Appell an die „Denker“-Generation im Raum. Der Tag – im Zeichen der Begegnung zwischen den Generationen – bot aber auch einen Einblick in gesellschaftspolitische Deutungshoheiten und damit eine gute Gelegenheit zu erspüren, wo die „Denker für morgen“ derzeit stehen.

Inzwischen wurden Mitglieder aus dem Kreis der „Denker für morgen“ für andere Stiftungsaktivitäten gewonnen, sie treten jetzt als Referenten und Experten auf. Das Buchprojekt trat in die Phase der Manuskripterstellung: Ein umfassender Text über die drei zentralen Themen, formuliert von Christian Schüle, wird begleitet von diversen Einzelthemen, die die „Denker“ beisteuerten. Mit Herder hat die Konrad-Adenauer-Stiftung einen renommierten Verlag gefunden, der dem Projekt „Denker für morgen“ von Beginn an sehr wohlwollend und offen gegenüberstand und den Prozess der Buchwerdung professionell begleitete.

Ende November 2012 wurde das Buch in Berlin vom Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung, Michael Thielen, und dem betreuenden Lektor des Herder-Verlags, Lukas Trabert, vorgestellt. Ein „Kaleidoskop der Perspektiven“ hat der Generalsekretär die Publikation der „Denker für morgen“ genannt, und es sei „zum Glück kein 125. Forderungskatalog an die Politik“. Perspektiven für morgen zu erdenken, soll auch künftig Aufgabe der „Denker für morgen“ sein.

*Elisabeth von Uslar
Leiterin der Stabsstelle Stiftungsübergreifende Strategien*

Literatur:

Denker für morgen. Herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Freiburg, Basel, Wien 2012.

AUSBLICK

Die nächste Ausgabe erscheint im März 2013
zum Thema

Wissen

Klimawandel für die Forschung

Hierzu schreiben unter anderen Jutta Dalhoff, Monika Schäfer-Korting,
Cornelis Menke und Nikolaus Risch.

IMPRESSUM

Nr. 518, Jan./Feb. 2013, 58. Jahrgang, ISSN 0032-3446

DIE POLITISCHE MEINUNG



Konrad
Adenauer
Stiftung

**Herausgegeben für die
Konrad-Adenauer-Stiftung von**
Wolfgang Bergsdorf, Hans-Gert Pöttering,
Bernhard Vogel

Begründet 1956 von
Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Geschäftsführung
Walter Bajohr

Redaktion
Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Rita Anna Tüpper-Fotiadi (Redakteurin)
Redaktionsassistenz: Cornelia Wurm
Studentische Hilfskraft: Roman Harbort

Anschrift
Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstr. 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92
Faxnummer: (0 22 41) 2 46 26 10
rita.tuepper-fotiadi@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
www.politische-meinung.de

Verlag und Anzeigenverwaltung

Verlag A. Fromm,
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück
Telefonnummer: (05 41) 31 03 34
Faxnummer: (05 41) 31 04 40
C.Brinkmann@fromm-os.de

Herstellung

Druck- und Verlagshaus FROMM GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10–16, 49074 Osnabrück

Konzeption und Gestaltung

Stan Hema GmbH
Agentur für Markenentwicklung, Berlin
www.stanhema.com

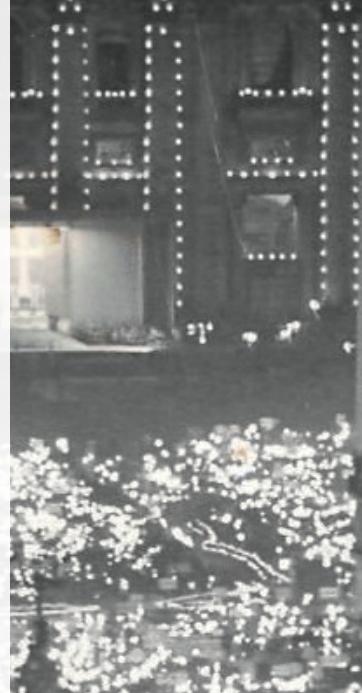
Bezugsbedingungen

Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr.
Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 €
zzgl. Porto. Einzelheft 6,00 €. Schüler und Studenten
erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugs-
dauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern
das Abonnement nicht bis zum 15. November eines
Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen über
den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der
Politischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten
die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch
bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich
abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch
Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war Deutschland international geächtet. Es waren nicht zuletzt die Jugendverbände, die erste internationale Kontakte herstellten: Josef Rommerskirchen, der Vorsitzende des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend, nahm im September 1948 an den Feierlichkeiten zum achtzigjährigen Bestehen der *Gioventù Italiana di Azione Cattolica* in Rom teil. Auf dem Petersplatz versammelten sich 200.000 Menschen aus allen Kontinenten. Josef Rommerskirchen – ein Deutscher – sprach die Grußbotschaft für Europa. Brausender Beifall brandete auf. Rommerskirchen deutete ihn als „Beweis des Vertrauens allen deutschen Brüdern und Schwestern“ gegenüber. In seinem Nachlass befinden sich das Original der in italienischer Sprache gehaltenen Rede mit handschriftlicher deutscher Übersetzung sowie das ebenfalls hier abgedruckte Foto.

Quelle: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP),
Nachlass Josef Rommerskirchen
01-234-026/2



Mein Wort in der Nacht

La gioventú cattolica Europea eroica nelle vittorie e nelle sofferenze, saluta il Santo Padre e la gioriosa gioventú cattolica italiana. Siamo venuti a Roma da tutti i paesi d'Europa per rinnovare il nostro voto di fedeltà al Vicario di Cristo, per confermare la fraternità in Cristo di tutta la gioventú cattolica del mondo, per festeggiare con Voi l'ottantesimo anniversario della fondazione della Vostra Associazione.

L'Europa si trova in mezzo alla battaglia, deve scegliere tra la luce e le tenebre, tra la vita e la morte, tra l'ordine nell'amore e il caos nel odio, con Cristo o contro Cristo.

La gioventú cattolica ha fatto la sua scelta.

Noi tutti siamo con Cristo, perché solo Cristo può salvare l'Europa, perché solo in Lui è la soluzione di tutti i pm problemi d'oggi. Portiamo la luce di Cristo a tutta la gioventú del mondo, a quelli che lo odiano e a quelli che lo odiano, decisi andar con Cristo nel martirio e nella vittoria. Quella vittoria che c'è, quando Cristo vive nei nostri cuori, nei nostri sacrifici.

Christus vincit, Christus regnat, Christus imperat.

Per Cristo, per la Chiesa, per il Papa la VITA!

Die katholisch-jüdische Europa, bewohnt und terrorisiert in Furcht und Verfolgung, heißt? Heiliger Vater und die ausgezeichnete katholische Jugend Italiens. Aus allen Ländern Europas sind wir von Rom zusammengekommen, um dem Stellvertreter Christi auf ewig unter ihm zu geloben, um in der Sammlung der katholischen Jungen der ganzen Welt unsere Einheit in Christus zu erleben, um mit Eint, Kinder Heiligen, das achthundertjährige Jubiläum einer bewundernswerten Vereinigung zu feiern.

Europa befindet sich in der Entscheidung zwischen Stern und Sturm: es ist in zwischen ewigem Licht oder Finsternis, zwischen Leben oder Tod, zwischen Ordnung in Liebe oder Chaos im Haf, es geht entweder mit Christus oder gegen Christus! Wir sind vereint im Namen Christi, allein in Christus wird Europa gerettet, allein in ihm ist die Lösung aller augenblicklichen Probleme beschlossen.

Christus lebt, Seine Freiheit lebt und zu allen jüden in der Welt tragen, zu Russen, zu den lieben uns Russen, zu den Leuten, lebt und legen Christi sein im Martyrium und die ewige Freiheit. Unsere Hand ist voll Feuer, wenn wir Christus in unser Herzen legen, und Er sei Si uns unsere Land schützt. Christus lebt, Christus regnat, Christus imperat!



Mittelstandsbank

Näher dran und leistungsstärker

Regional und international Ihr strategischer Partner

Die Commerzbank ist näher dran am deutschen Mittelstand. Mit einem der dichtesten Filialnetze aller privaten Banken in Deutschland. Mit einem grenzüberschreitend einheitlichen Betreuungskonzept an allen internationalen Standorten. Mit Netzwerken und systematischen Analysen Ihrer Branchen und Märkte. Mit einer engen Verzahnung von Corporate- und Investmentbanking im Rahmen eines ganzheitlichen Beratungsansatzes.

So leben wir unseren Anspruch, die beste Mittelstandsbank für Sie zu sein. Mit Größe, Erfahrung und Leistungsfähigkeit, von der jeder Kunde profitiert. www.commerzbank.de/mittelstandsbank



COMMERZBANK 
Die Bank an Ihrer Seite